



5. November 2025

Einbürgerungen der zweiten Ausländergeneration

Bericht des Bundesrates
in Erfüllung des Postulats 22.3397
der Staatspolitischen Kommission
des Ständerates vom 5. Mai 2022

Zusammenfassung

Am 27. September 2022 hat der Ständerat das Postulat 22.3397 «Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen» seiner Staatspolitischen Kommission angenommen. Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht über die Gründe für die aus Sicht des Ständerates tiefe Zahl der Einbürgerungsgesuche von in der Schweiz geborenen und/oder aufgewachsenen Personen und für die Ablehnung dieser Gesuche vorzulegen. Der Bericht soll insbesondere die Fragen beantworten, wer aus der zweiten Ausländergeneration ein Einbürgerungsgesuch stellt, wer dies nicht tut und aus welchen Gründen, warum solche Gesuche abgelehnt werden, welche Unterschiede zwischen den Kantonen bei den Einbürgerungsvoraussetzungen bestehen, welche Einflüsse auf die Zahl der Einbürgerungen daraus resultieren und wie hoch die Kosten einer Einbürgerung sind.

Zur Beantwortung der Fragen hat das Staatssekretariat für Migration eine externe Studie und ein rechtsvergleichendes Gutachten in Auftrag gegeben. Gemäss dem Gutachten ist der Erwerb der Staatsangehörigkeit in einigen europäischen Staaten deutlich schwieriger als in anderen, was zu erheblichen Unterschieden bei den Einbürgerungsquoten führt. Im Jahr 2022 lag die Einbürgerungsquote in den 27 EU-Mitgliedstaaten bei 2,6 Prozent. Schweden hatte mit 10,6 Prozent die höchste Einbürgerungsquote, Estland und Lettland mit 0,4 Prozent die niedrigste. In der Schweiz lag die Einbürgerungsquote bei 1,9 Prozent. Die Nachbarländer Deutschland (1,5) und Österreich (0,7) weisen tiefere Einbürgerungsquoten auf als die Schweiz, Italien (4,2) und Frankreich (2,2) hingegen höhere.

Im Rahmen einer Online-Befragung gaben rund 4000 Ausländerinnen und Ausländer, welche die formellen Einbürgerungsvoraussetzungen auf nationaler Ebene erfüllen, sich aber bisher nicht eingebürgert haben, Auskunft darüber, was aus ihrer Sicht für oder gegen eine Einbürgerung spricht. Dies entspricht einer überdurchschnittlichen Rücklaufquote bei derartigen Umfragen.

Die erhobenen Daten ermöglichen signifikante Schlussfolgerungen. Einbürgern lassen sich gemäss der Studie in der Schweiz vor allem gut ausgebildete Ausländerinnen und Ausländer, Ehepaare mit Kindern, jüngere Personen sowie Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation. Gründe für eine Einbürgerung sind die eigene gute Integration in der Schweiz, der Wunsch nach politischer Mitbestimmung und die Zugehörigkeit zur Schweiz. Als Hindernisse werden hohe Gebühren und das aufwendige Einbürgerungsverfahren genannt. Ausländerinnen und Ausländer mit tieferem Bildungsabschluss nennen diese Gründe häufiger und haben mehr Bedenken wegen der Prüfungen und Gespräche mit den Behörden als Ausländerinnen und Ausländer mit höherem Bildungsabschluss. Ein weiteres Hindernis besteht darin, dass viele Ausländerinnen und Ausländer das Schweizer Bürgerrecht nur dann erwerben wollen, wenn ihr Herkunftsstaat es erlaubt, ihre Staatsangehörigkeit zu behalten. Für die zweite Ausländergeneration fällt ins Gewicht, dass man nicht um etwas bitten will (Schweizer Bürgerrecht), was selbstverständlich erscheint. Bei jüngeren Männern kann auch die obligatorische Militärdienstpflicht ein Hindernis darstellen.

Abschreibungen und Ablehnungen von Einbürgerungsgesuchen erfolgen am häufigsten auf Gemeindeebene aufgrund mangelnder Kenntnisse der Lebensweise, Kultur und Geografie der Schweiz oder fehlender Kontakte zur einheimischen Bevölkerung. Die Verweigerung des Kantonsbürgerrechts ist seltener, die entsprechende Quote liegt (in den Kantonen, die dazu Angaben machen können) zwischen 1 und 2 Prozent. Kantonale Ablehnungen basieren hauptsächlich auf Registerabfragen (z. B. Strafregistereinträge, nicht erfüllte Wohnsitzvoraussetzungen). In Kantonen, die die Erledigung von Gesuchen auf Kantons- und Gemeindeebene erfassen, werden zwischen 0 und 20 Prozent der Gesuche um ordentliche Einbürgerung abgelehnt oder abgeschrieben. Ablehnungen bei der zweiten Ausländergeneration sind eher selten. Nebst Strafregistereinträgen und der finanziellen Situation können auch nicht erfüllte Wohnsitzvoraussetzungen oder mangelnde Kenntnisse der Lebensweise, Kultur und Geografie

der Schweiz zu einer Ablehnung führen. Für die zweite Ausländergeneration gibt es keine spezifischen Gebührensätze. Die Gebühren orientieren sich daher an der Einbürgerung von Einzelpersonen. Die Gebühr für die kommunale Einbürgerung einer Einzelperson liegt in den 33 befragten Gemeinden der Kantone Bern, Obwalden, Zug, Glarus, Basel-Landschaft, Graubünden und Jura zwischen 0 und 3500 Franken. Addiert man die Gebühren von Bund, Kanton und Gemeinde, bewegen sich die Kosten für eine Einbürgerung in diesen sieben Kantonen zwischen 600 und 5200 Franken.

Für die ordentliche Einbürgerung erlässt der Bund Mindestvorschriften, was zu unterschiedlichen Einbürgerungsvoraussetzungen auf kantonaler Ebene führt. Ein Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen kantonalen Einbürgerungsvoraussetzungen und den Anteilen an Ablehnungen und Abschreibungen kann anhand der vorhandenen Daten nicht nachgewiesen werden. Die kantonalen Voraussetzungen haben jedoch einen Einfluss darauf, ob Ausländerinnen oder Ausländer überhaupt ein Gesuch einreichen. In Kantonen mit weniger hohen Voraussetzungen werden mehr Gesuche eingereicht und auch (gemessen an der Anzahl derjenigen, welche die formellen Voraussetzungen erfüllen) mehr Personen eingebürgert als in Kantonen mit höheren Voraussetzungen. Höhere Gebühren gehen mit weniger Einbürgerungen einher. Höhere Gebühren und strengere Voraussetzungen für eine Einbürgerung wirken dabei mehrfach: Hohe Gebühren und Anforderungen führen dazu, dass weniger Personen die Voraussetzungen erfüllen. Ausländerinnen und Ausländer aus tiefen Bildungs- und Einkommensschichten lassen sich teilweise aber auch nicht einbürgern, da sie vom komplexen Verfahren überfordert sind.

Der Bundesrat stellt fest, dass bei der ordentlichen Einbürgerung erhebliche kantonale Unterschiede bestehen, wodurch die Chancengleichheit nicht in allen Fällen gewährleistet ist. Eine Vereinheitlichung der Einbürgerungsvoraussetzungen auf nationaler Ebene würde eine Änderung der Bundesverfassung (Art. 38 Abs. 2 BV) erfordern. Der Bundesrat ist jedoch der Auffassung, dass mit einer solchen Kompetenzverschiebung das bewährte föderalistische System der Dreistufigkeit des Schweizer Bürgerrechts in Frage gestellt würde. Er regt an, dass die Kantone aufgrund der Ergebnisse der Studie und des Gutachtens gemeinsam Möglichkeiten zur Vereinfachung und zur Harmonisierung des Einbürgerungsverfahrens prüfen. Damit wäre es nicht mehr so entscheidend, in welcher Gemeinde und in welchem Kanton eine Bewerberin oder ein Bewerber das Gesuch einreicht. Dies soll auch zu einem effizienteren Verfahren mit weniger administrativen Aufwand insbesondere für Gemeinden, Kantone und den Bund, aber auch für die Bewerberinnen und Bewerber führen. Zudem wären Erleichterungen wünschenswert, die die grosse Mobilität der Bewerberinnen und Bewerber noch besser berücksichtigen. So kann verhindert werden, dass ein Wohnsitzwechsel innerhalb eines Kantons oder zwischen Kantonen zu unverhältnismässigen Verzögerungen bei der Einbürgerung führt. Das EJPD bzw. das SEM werden die Erkenntnisse aus dem Postulatsbericht mit Kantonen und Gemeinden reflektieren.

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	5
1.1	Auftrag	5
1.2	Hintergrund	5
1.3	Vorgehen zur Erfüllung des Postulats	6
1.4	Tragweite der Bundeskompetenz nach Artikel 38 Absatz 2 BV	7
1.5	Rechtsvergleich mit europäischen Staaten	7
2	Beweggründe für eine Einbürgerung	11
2.1	Ausländische Wohnbevölkerung	11
2.2	Anzahl Einbürgerungen und Einbürgerungsquoten	12
2.3	Gründe für eine Einbürgerung	12
2.4	Gründe für den Verzicht auf die Einbürgerung	13
2.5	Wichtigster Grund für den Verzicht auf die Einbürgerung nach Ausländergenerationen	14
2.6	Einflussfaktoren für einen Verzicht auf die Einbürgerung	14
2.7	Einbürgerungsabsichten	15
3	Gründe für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen	16
4	Unterschiede zwischen den Kantonen	17
4.1	Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Einbürgerung	17
4.2	Ordentliche Einbürgerung	18
4.3	Unterschiede bei den kantonalen und kommunalen Einbürgerungsvoraussetzungen	21
4.3.1	Übersicht über die Bürgerrechtsgesetze sowie deren Ausführungsbestimmungen	21
4.3.2	Sozialhilfeabhängigkeit als Einbürgerungshindernis	23
4.3.3	Selbstständige Einbürgerung von Minderjährigen	24
4.3.4	Kantonale und kommunale Wohnsitzfristen	25
5	Einbürgerungsgebühren	27
6	Ergebnisse der Untersuchungen	31
7	Schlussfolgerungen	33
	Anhang: Ländervergleich	35

1 Ausgangslage

1.1 Auftrag

Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt der Bundesrat das Postulat der Staatspolitischen Kommission des Ständerates (SPK-S) vom 5. Mai 2022 «Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen» (22.3397). Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

«Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Gründe für die tiefe Zahl der Einreichung sowie für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen von in der Schweiz geborenen und/oder aufgewachsenen Personen vorzulegen. Der Bericht soll auch Aufschluss geben über die Art der Erledigung von Weiterzügen von negativen Einbürgerungsentscheiden.»

Im Begleittext wird zur Begründung des Postulats Folgendes ausgeführt:

«Die Einbürgerungsquote ist in der Schweiz mit 2% im europäischen Vergleich sehr tief. Viele jungen betroffenen Menschen sind hier geboren und haben nie in einem anderen Land gelebt, aber haben die formelle Zugehörigkeit zur Schweiz nicht. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass ein solcher Ausschluss längerfristig zu einer gesellschaftlichen Spaltung und zu einem Demokratiedefizit führt. Der Bundesrat soll deshalb einen Bericht ausarbeiten, der untersucht,

- welche Personen der zweiten Generation ein Einbürgerungsgesuch stellen bzw. welche dies nicht tun und welche dies aus welchen Gründen nicht tun;*
- aus welchen Gründen Einbürgerungsgesuche von Personen der zweiten Generation abgelehnt werden;*
- welche Unterschiede bezüglich der Hürden und der Zahl der Einbürgerung von Personen der zweiten Generation zwischen den Kantonen bestehen;*
- wie hoch die Kosten für eine Einbürgerung für Personen der zweiten Generation sind.»*

Der Bundesrat beantragte am 29. Juni 2022 die Annahme des Postulats. Er wies darauf hin, dass die Gründe, warum die Angehörigen der zweiten Ausländergeneration ein Einbürgerungsgesuch einreichen oder darauf verzichten, sehr unterschiedlich seien und nicht einfach zu erheben sein werden. Die uneinheitliche Daten- und Rechtslage in den Kantonen und Gemeinden erschwere die Beantwortung der weiteren Fragen ebenfalls. Das Postulat wurde am 27. September 2022 im Ständerat angenommen.

1.2 Hintergrund

Das Postulat ist auf die von Lisa Mazzone (ehemalige Ständerätin, Grüne, Genf) am 10. März 2021 eingereichte Motion 21.3112 «Die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation erleichtern» zurückzuführen. Die Motion hatte folgenden Wortlaut:

«Ich beauftrage den Bundesrat, einen Entwurf zur Änderung von Artikel 38 Absatz 3 Buchstabe a der Bundesverfassung vorzulegen, sodass der Bund nicht nur die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation, sondern auch von jenen der zweiten Generation erleichtert.

Am 13. Dezember 2021 beantragte Andrea Caroni (Ständerat, FDP, Appenzell Ausserrhodens), die Motion an die SPK-S zur Vorprüfung zu überweisen. Am 5. Mai 2022 stimmte die SPK-S der Einreichung eines Kommissionspostulates zu.

1.3 Vorgehen zur Erfüllung des Postulats

Mit der Behandlung des Postulats und der Erstellung des Berichts wurde das Staatssekretariat für Migration (SEM) beauftragt. Zur Beantwortung des Postulats hat das SEM eine externe Studie und ein rechtsvergleichendes Gutachten in Auftrag gegeben. Das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) führte die erste Studie durch (nachfolgend: Studie BASS).¹ Die Studie befasst sich mit Ausländerinnen und Ausländern der ersten Generation und den nachfolgenden Generationen, die nicht eingebürgert wurden oder sich nicht einbürgern lassen wollen. Das SEM setzte eine Begleitgruppe zu dieser Studie ein. Sämtliche kantonalen Einbürgerungsbehörden, die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), der Schweizerische Städteverband (SSV), der Schweizerische Gemeindeverband (SGV), die Eidgenössische Migrationskommission (EKM) und das Bundesamt für Statistik (BFS) wurden eingeladen, die Erarbeitung der Studie zu begleiten. Aus der Gruppe der kantonalen Einbürgerungsbehörden nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus Zürich und Basel-Stadt teil. Die Begleitgruppe hatte die Aufgabe, zum Verlauf des Studienprojekts und zu den Ergebnissen fachlich Stellung zu nehmen. Um einen rechtsvergleichenden Überblick über den Erwerb der Staatsangehörigkeit zu erhalten, beauftragte das SEM das Europäische Hochschulinstitut (EUI), Global Citizenship Observatory (GLOBALCIT), mit der Erstellung eines rechtsvergleichenden Gutachtens (nachfolgend: Gutachten GLOBALCIT).² Ein Überblick über die Länderberichte findet sich in Ziffer 1.5 und im Anhang.

Die im Postulat aufgeführten Fragen werden in der gestellten Reihenfolge beantwortet. Zunächst wird in Ziffer 2 erläutert, welche Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation ein Einbürgerungsgesuch stellen können, welche dies nicht tun und aus welchen Gründen sie davon absehen. Anschließend werden in Ziffer 3 die Gründe für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation analysiert. In Ziffer 4 werden die Unterschiede der Einbürgerungsvoraussetzungen zwischen den Kantonen und die Zahl der Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation gegenübergestellt. Ziffer 5 schliesslich befasst sich mit den Einbürgerungsgebühren und zeigt die Unterschiede zwischen den Kantonen auf. Ziffer 6 schliesst mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchungen, und in Ziffer 7 werden die Schlussfolgerungen dargestellt.

¹ Severin Bischof, Lena Liechti, Patrice Sager, Jürg Guggisberg, Studie zur Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern, Büro BASS, 2024 Bern, abrufbar unter: www.sem.admin.ch > Publikationen & Service > Berichte > Bundesratsberichte > 2025 > Studie zur Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern.

² Maarten Vink, Jelena Džankić, Rainer Bauböck, Citizenship acquisition by immigrants and their descendants: an international legal comparison, Global Citizenship Observatory, European University Institute, 2024 Florence, abrufbar unter: www.sem.admin.ch > Publikationen & Service > Berichte > Bundesratsberichte > 2025 > Citizenship acquisition by immigrants and their descendants: an international legal comparison.

1.4 Tragweite der Bundeskompetenz nach Artikel 38 Absatz 2 BV

Nach Artikel 38 Absatz 2 der Bundesverfassung³ (BV) erlässt der Bund Mindestvorschriften über die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern durch die Kantone und erteilt die Einbürgerungsbewilligung. Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat sich in einem Gutachten ausführlich zur Tragweite dieser Bundeskompetenz geäußert, weshalb hier nur ein kurzer Überblick erfolgt.⁴ Nach Artikel 38 Absatz 2 BV muss es den unteren Staatsebenen möglich sein, für ihre Einbürgerungsentscheide weitere Voraussetzungen vorzusehen als diejenigen, die der Bund für die Einbürgerungsbewilligung verlangt. Artikel 38 Absatz 2 BV erlaubt es daher grundsätzlich nicht, dass der Bund einen oberen Rahmen für die materiellen Voraussetzungen, die die Kantone und Gemeinden an Einbürgerungsgesuche stellen, vorgibt.

1.5 Rechtsvergleich mit europäischen Staaten

Das rechtsvergleichende Gutachten GLOBALCIT untersuchte die Regeln zum Erwerb der Staatsangehörigkeit in ausgewählten europäischen Staaten. Ausgewählt wurden die Nachbarstaaten der Schweiz (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich) sowie weitere europäische Staaten (Belgien, Dänemark, Lettland, Niederlande, Portugal, Schweden, Vereinigtes Königreich) aufgrund ihres unterschiedlichen Anteils der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, ihrer unterschiedlichen historischen Entwicklungen, ihrer unterschiedlichen Einwanderungspolitik sowie unterschiedlichen Varianten des Geburtsortprinzips. Die Ergebnisse dieser elf Staaten wurden in einen breiteren Kontext dargestellt und mit insgesamt 31 europäischen Staaten (alle 27 EU-Mitgliedstaaten sowie die Schweiz, Island, Norwegen und das Vereinigte Königreich) verglichen.

Aus dem Gutachten ergeben sich insbesondere folgende Erkenntnisse:⁵

- Alle 31 europäischen Staaten bieten die Möglichkeit zum Erwerb der Staatsangehörigkeit auf der Grundlage eines Aufenthalts im jeweiligen Land. Die Einbürgerungsvoraussetzungen unterscheiden sich jedoch von Staat zu Staat in Bezug auf die Dauer des Aufenthalts, die zulässigen Aufenthaltsunterbrechungen und die Anforderungen an den Aufenthaltstitel.
- Am weitesten verbreitet ist die Voraussetzung eines fünfjährigen Aufenthalts, um eingebürgert zu werden. Einige Staaten verlangen eine längere Aufenthaltsdauer von bis zu zehn Jahren. Beschleunigte Einbürgerungsverfahren für besondere Gruppen existieren europaweit. In verschiedenen Staaten gelten kürzere Aufenthaltsanforderungen für Ehegattinnen und Ehegatten oder Lebenspartnerinnen und -partner von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, Flüchtlinge oder Staatenlose sowie Staatsangehörige bestimmter Herkunft (z. B. EU-Staatsangehörige sowie Angehörige der Nordischen Passunion).
- In allen elf untersuchten Staaten ist ein rechtmässiger Aufenthaltsstatus zum Zeitpunkt der Antragstellung für den Erwerb der Staatsangehörigkeit aufgrund des Aufenthalts (ordentliche Einbürgerung) vorausgesetzt. Die Anzahl und die Art der zulässigen Unterbrechungen der erforderlichen Aufenthaltsdauer variieren erheblich zwischen den Staaten. Einige Staaten berechnen einen Prozentsatz oder die Anzahl der im Ausland verbrachten Tage, während andere den Wohnsitz eher auf der Basis von qualitativen Kriterien festlegen, indem sie den Lebensmittelpunkt oder ausreichende Bindungen bestimmen.

³ SR 101

⁴ BJ, Gutachten zur Tragweite der Bundeskompetenz nach Art. 38 Abs. 2 BV, S. 11 ff, abrufbar unter: www.bj.admin.ch > Publikationen & Service > Berichte und Gutachten > Tragweite der Bundeskompetenz nach Art. 38 Abs. 2 BV.

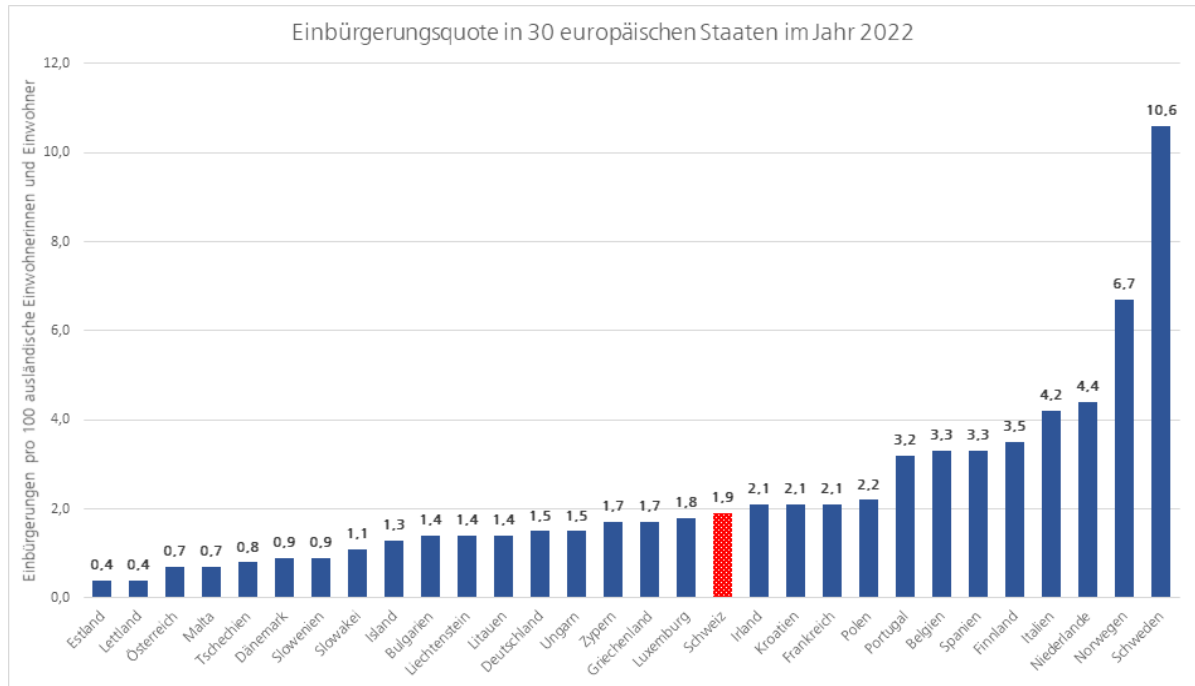
⁵ Gutachten GLOBALCIT, S. 12–17.

- Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit sind in Europa zunehmend unüblich. In den wenigen europäischen Staaten, die immer noch den Verzicht auf eine andere Staatsangehörigkeit als Voraussetzung für die Einbürgerung verlangen, gibt es erhebliche Ausnahmen (z. B. für Ehegattinnen und Ehegatten, Partnerinnen und Partner von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern oder Staatsangehörige von Herkunftsländern mit starken historischen oder politischen Bindungen an den Staat).
- Die meisten Staaten verlangen von Bewerberinnen und Bewerbern den Nachweis von Sprachkenntnissen, die in der Regel ein mittleres Niveau erreichen müssen und in einem Sprachtest geprüft werden. Tests zu den Kenntnissen über den Staat sind etwas weniger verbreitet, werden aber immer noch häufig angewandt. Es gibt einige Unterschiede zwischen den Staaten in Bezug darauf, ob der Wissenstest während eines persönlichen Gesprächs oder in schriftlicher Form durchgeführt wird.
- Das Verfahren für die ordentliche Einbürgerung ist in der Regel ein Ermessensverfahren. Das bedeutet, dass die Erfüllung aller Einbürgerungsvoraussetzungen erforderlich ist, aber keine rechtliche Garantie für den Erwerb der Staatsangehörigkeit besteht. Einige Staaten geben den Behörden Hinweise zur Auslegung des Gesetzes. In einigen wenigen Staaten besteht ein Anspruch auf Einbürgerung, wenn die Bewerberin oder der Bewerber alle Voraussetzungen erfüllt, oder für bestimmte Kategorien von Bewerberinnen und Bewerbern, wenn alle Kriterien erfüllt sind, z. B. für Ehegatten oder minderjährige Kinder. In solchen Fällen haben die Behörden nur einen geringen Ermessensspielraum.
- Die Bewerberinnen und Bewerber müssen für ihr Gesuch Unterlagen zur Verfügung stellen. Dazu gehören in den meisten Fällen ein gültiger Ausweis (z. B. eine Kopie oder das Original eines Reisepasses), Geburtsurkunden und ein Nachweis des Wohnsitzes oder eine Kopie der Aufenthaltsgenehmigung. Diese Dokumente müssen in die Sprache des Aufnahmestaates übersetzt (und in einigen Fällen vom Heimatstaat beglaubigt) werden.
- Die Einbürgerungsbehörde kann dezentral (bei einer kommunalen oder regionalen Behörde), zentral bei einem Ministerium oder auf beiden Ebenen angesiedelt sein. Der Ablauf eines Gesuchs ist unterschiedlich, je nachdem, wo die Behörde angesiedelt ist. In zentralisierten Systemen werden in der Regel dieselben standardisierten Verfahren angewandt, sobald das Gesuch bei der zuständigen Behörde eingereicht wurde. In dezentralisierten Systemen kann der Ablauf von Gemeinde zu Gemeinde oder von Region zu Region variieren.
- In den elf untersuchten Staaten variiert die Bearbeitungszeit nach Einreichung eines Gesuchs zwischen sechs und 48 Monaten. Einige Staaten garantieren einen bestimmten Zeitrahmen, innerhalb dessen sie eine Entscheidung treffen werden. Nachdem ein Gesuch angenommen wurde, müssen die Bewerberinnen und Bewerber in einigen Ländern an einer Einbürgerungszeremonie teilnehmen und einen Eid ablegen.
- In fast allen Staaten, die im Gutachten untersucht wurden, besteht die Möglichkeit, Beschwerde gegen einen Negativbescheid einzulegen. Es gibt Unterschiede zwischen den Staaten, wie die Beschwerden gehandhabt werden und wer sie behandelt. Beschwerden können an die zuständige Behörde zurückgehen, an eine höhere Behörde weitergeleitet oder an die Gerichte übergeben werden.
- In allen Staaten müssen die Bewerberinnen und Bewerber eine Gebühr entrichten. Die Gebühren unterscheiden sich massgeblich und reichen von etwa 30 Euro bis weit über 2000 Euro. Diese Grundgebühr deckt keine weiteren Kosten ab, die den Bewerberinnen und Bewerbern entstehen, wie z. B. Sprachkurse, das Sammeln oder Übersetzen von Dokumenten. Die meisten Staaten

gewähren ermässigte Gebühren für Minderjährige, Ehegattinnen und Ehegatten, Flüchtlinge und Staatenlose.

- Neben der aufenthaltsrechtlichen Einbürgerung für Zugewanderte der ersten Generation bieten viele europäische Staaten erleichterte Verfahrenswege für die Einbürgerung von Kindern von Migrantinnen und Migranten. Es existieren unterschiedliche Verfahren für Kinder, die in jungen Jahren in den Aufenthaltsstaat eingereist sind oder dort geboren wurden.
- Nur in wenigen Staaten existiert ein Einbürgerungsverfahren, das auf dem Aufenthalt bzw. der Einschulung während der Kindheit basiert und in der Regel vom Alter bei der Ankunft im Staat oder der Anzahl der Jahre bzw. der Art der abgeschlossenen Schulbildung abhängt. Für gewöhnlich erfolgt die Einbürgerung von Minderjährigen als Zweitantragstellende im Zuge des Gesuchs ihrer Eltern.
- In keinem europäischen Land kann die Staatsbürgerschaft alleine durch Geburt im jeweiligen Land erworben werden. Dennoch bieten mehrere Staaten den Erwerb der Staatsangehörigkeit an, wenn eine Person im jeweiligen Staat geboren worden ist, auch wenn kein Elternteil Staatsangehöriger ist. In diesen Fällen hängt der Erwerb der Staatsangehörigkeit vom Aufenthaltsstatus und von der Dauer seines Aufenthalts des ausländischen Elternteils im Staat ab. Ist ein Elternteil im Aufenthaltsstaat geboren, so kann das im Staat geborene Kind zum Teil auch bei seiner Geburt das Recht auf die Staatsangehörigkeit erhalten. In einigen Staaten können im Aufenthaltsstaat geborene Personen unter bestimmten Bedingungen die Staatsangehörigkeit nach der Geburt oder vor Erreichen der Volljährigkeit erwerben.
- Einige Staaten bieten spezielle Einbürgerungsverfahren als erleichterter Weg zur Staatsangehörigkeit an, die auf der Geburt im Staat oder dem Aufenthalt bzw. Schulbesuch in der Kindheit basieren. Diese Verfahren beinhalten in der Regel die Abgabe einer mündlichen oder schriftlichen Erklärung (durch die Person oder ihren gesetzlichen Vertreter) bei den zuständigen Behörden. In einigen Staaten bedarf eine solche Erklärung keiner weiteren Entscheidung der Behörde. Die Staatsangehörigkeit wird dann sofort per Erklärung erworben.
- Wenn die Staatsangehörigkeit durch Erklärung erworben werden kann, sind die Anforderungen an die Unterlagen in den meisten Fällen weniger streng als bei der Einbürgerung aufgrund des Aufenthalts. Im Allgemeinen ist die zuständige Behörde, die auch für die aufenthaltsbasierte Einbürgerung zuständig ist. Insgesamt ist der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Erklärungsrecht schneller als die gewöhnliche Einbürgerung aufgrund des Aufenthalts.
- In der Regel sind die Behörden nicht verpflichtet, im Staat geborene Personen über die Möglichkeit des Erwerbs der Staatsangehörigkeit zu informieren. Die meisten Staaten informieren auf verschiedenen Websites oder in Broschüren über die Voraussetzungen und die dafür notwendigen Schritte der Antragstellung. Die potenziellen Bewerberinnen und Bewerber sind jedoch selbst dafür verantwortlich, sich darüber zu informieren, ob sie die Anforderungen für die Staatsangehörigkeit erfüllen.

Einbürgerungsquote in 30 europäischen Staaten im Jahr 2022



Quelle: Gutachten GLOBALCIT, S.19 und Eurostat

Der Erwerb der Staatsangehörigkeit ist in einigen Staaten deutlich schwieriger als in anderen, was zu erheblichen Unterschieden in den Einbürgerungsquoten (Anteil der Einbürgerungen an der im Staat lebenden ausländischen Bevölkerung) führt. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz im Jahr 2022 mit einer Einbürgerungsquote von rund 1,9 Prozent der ausländischen Bevölkerung im Mittelfeld, aber unter dem Gesamtdurchschnitt der 27 EU-Mitgliedstaaten von 2,6 Prozent. Die Bandbreite reicht von 10,6 Prozent in Schweden bis zu 0,4 Prozent in Estland und Lettland. Die Nachbarländer Deutschland (1,5 %) und Österreich (0,7 %) verzeichnen eine niedrigere Einbürgerungsquote als die Schweiz, während Italien (4,2 %) und Frankreich (2,2 %) höhere Quoten aufweisen.

In der Schweiz hat der Ausländeranteil aufgrund der Netto-Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen. Im Jahr 2022 lag er bei 25,7 Prozent im Vergleich zu den 8,4 Prozent in den EU-Mitgliedstaaten. Deutschland hatte 2022 beispielsweise einen Ausländeranteil von 13 Prozent. Dieser ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, lag zuvor aber über viele Jahre bei zwischen 8 und 9 Prozent.⁶

⁶ Studie BASS, S. 72–73.

2 Bewegunggründe für eine Einbürgerung

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Frage, welche Personen der zweiten Ausländergeneration ein Einbürgerungsgesuch stellen bzw. welche dies nicht tun und welche dies aus welchen Gründen nicht tun.

2.1 Ausländische Wohnbevölkerung

Die vorliegende Definition der Ausländergenerationen orientiert sich am Bürgerrechtsgesetz vom 20. Juni 2014⁷ (BüG) und an der Botschaft vom 21. November 2001 zum Bürgerrecht für junge Ausländerinnen und Ausländer.⁸ Demnach hängt die Zugehörigkeit nicht primär von der Geburt in der Schweiz ab, sondern davon, ob die obligatorische Schule mehrheitlich in der Schweiz besucht wurde. Da Angaben zur Schulbildung in den Datenquellen nur lückenhaft vorhanden sind, stützt sich die vorliegende Definition anstatt auf die Schulbildung auf das Alter bei der Einreise in die Schweiz: Die obligatorische Schulzeit beträgt in der Schweiz in den meisten Kantonen elf Jahre, wobei die Einschulung mit dem Besuch des ersten Kindergartenjahres im Alter von vier Jahren erfolgt. Kinder, die mit acht Jahren in die Schweiz einreisen, sind im Schulalter der dritten Primarstufe und haben demnach mit sechs weiteren Schuljahren die Mehrheit der obligatorischen Schulzeit noch vor sich. Demnach werden Kinder der zweiten Generation zugeordnet, wenn sie in der Schweiz geboren sind oder wenn sie bei ihrer Einreise in die Schweiz acht Jahre oder jünger waren. Kinder, die bei der Einreise über acht Jahre alt aber noch minderjährig sind, werden der internationalen Literatur entsprechend als Generation 1.5 bezeichnet.

Im Jahr 2022 lebten insgesamt 2,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz (ständige Wohnbevölkerung). Rund 1,5 Millionen gehören der ersten Ausländergeneration an. Sie sind nach dem Erreichen des 18. Altersjahres in die Schweiz eingereist. Knapp 170 000 waren bei der Einreise zwischen 9 und 17 Jahre alt. Sie werden der 1.5. Generation zugeordnet. 608 000 Ausländerinnen und Ausländer sind in der Schweiz geboren oder bis zum achten Altersjahr in die Schweiz eingereist. Diese werden der zweiten Ausländergeneration (plus) zugeordnet. Tatsächlich können sie auch der dritten oder einer weiteren Folgegeneration angehören. Die Anzahl Personen der dritten Ausländergeneration lässt sich in der Statistik mit den heutigen Datengrundlagen nicht individuell ermitteln. Gemäss Schätzungen liegt die Anzahl Personen der dritten Generation (ohne Altersbeschränkung) bei rund 67 000.⁹ Mit einem Ausländeranteil von 25,7 Prozent zählt die Schweiz im Jahr 2022 im europäischen Vergleich zu den Ländern mit dem höchsten Anteil, nach Luxemburg und Liechtenstein (EU-Durchschnitt: rund 8,4 %).¹⁰ Insgesamt erfüllen 1,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer die formellen Einbürgerungsvoraussetzungen auf nationaler Ebene. Knapp 226 000 davon sind noch minderjährig. Die formellen Einbürgerungsvoraussetzungen setzen bei der Bewerberin und dem Bewerber eine Niederlassungsbewilligung voraus (Art. 9 Abs. 1 Bst. a BüG). Ausländerinnen und Ausländer müssen bei der Gesuchstellung einen Aufenthalt von insgesamt zehn Jahren in der Schweiz nachweisen, wovon drei in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Gesuchs (Art. 9 Abs. 1 Bst. b BüG). Personen der zweiten Ausländergeneration (plus) erfüllen besonders häufig die formellen Voraussetzungen (72 %, insgesamt 435 000 Personen). Von den Personen der ersten Ausländergeneration erfüllen 45 Prozent die formellen Voraussetzungen.¹¹

⁷ SR 141.0

⁸ Botschaft vom 21. November 2001 zum Bürgerrecht für junge Ausländerinnen und Ausländer und zur Revision des Bürgerrechtsgesetzes, BBl 2002 1911 Ziff. 1.2.1.

⁹ Studie BASS, S. 21.

¹⁰ Studie BASS, S. 73.

¹¹ Studie BASS, S. 22–23.

2.2 Anzahl Einbürgerungen und Einbürgerungsquoten

Personen der zweiten Ausländergeneration (plus) lassen sich häufiger einbürgern als solche der ersten Generation. Rund die Hälfte der Einbürgerungen gehen auf Personen der zweiten Generation zurück, obwohl diese nur rund einen Drittel der Personen ausmachen, die die formellen Einbürgerungsvoraussetzungen auf nationaler Ebene erfüllen. Entsprechend sind die Quoten der zweiten Generation deutlich höher als bei den anderen Generationen. Der Anteil der eingebürgerten Personen aus den deutschsprachigen Nachbarländern in den Jahren 2020–2022 nimmt sowohl bei der ersten als auch der zweiten Ausländergeneration zu. Dagegen sinken die Anteile von Drittstaatsangehörigen deutlich.¹²

2.3 Gründe für eine Einbürgerung

Im Rahmen einer Online-Befragung gaben rund 4000 Ausländerinnen und Ausländer, welche die formellen Einbürgerungsvoraussetzungen auf nationaler Ebene erfüllen, sich aber bisher nicht eingebürgert haben, Auskunft darüber, was aus ihrer Sicht für oder gegen eine Einbürgerung spricht.

Für eine grosse Mehrheit (93 % der Befragten) ist die eigene Integration in der Schweiz ein Grund für eine Einbürgerung. Enge soziale Beziehungen zu Schweizerinnen und Schweizern werden ebenfalls von einer Mehrheit als potenzielles Motiv für eine Einbürgerung genannt. Der Erwerb des Stimm- und Wahlrechts (78 %) und die Aussicht auf eine sichere Zukunft (67 %) sind für sehr viele Befragte ausschlaggebende Gründe.

Hauptgründe für eine Einbürgerung

- eigene Integration in der Schweiz
- enge Beziehung zur Schweiz
- Stimm- und Wahlrecht
- Reisefreiheit und Chancen
- Aussicht auf eine sichere Zukunft

Konkret für eine Einbürgerung sprechen auch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt (52 %) und bei der Wohnungssuche (50 %) sowie einfachere Behördenkontakte (57 %). Als weiteren Grund wurden vereinzelt Kosteneinsparungen (bei Versicherungen und Steuern) genannt. Je nach Staatsangehörigkeit werden die Gründe für eine Einbürgerung unterschiedlich bewertet. Für 80 Prozent der befragten Drittstaatsangehörigen ist die Reisefreiheit entscheidend, während dies nur für 30 Prozent der EU/EFTA-Staatsangehörigen zutrifft. Die Beweggründe für eine Einbürgerung werden in den drei Ausländergenerationen insgesamt ähnlich gewichtet. Das Wahl- und Stimmrecht ist bei Ausländerinnen und Ausländern der zweiten und dritten Generation tendenziell wichtiger. Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation gewichteten den Schutz vor einer Ausweisung aus der Schweiz deutlich höher als die anderen Generationen. Bezüglich des Alters zeigt sich, dass jüngere Ausländerinnen und Ausländer tendenziell mehr Gewicht auf die Einbürgerung legen als ältere.¹³

¹² Studie BASS, Ziff. 7.

¹³ Studie BASS, Ziff. 4.2.

2.4 Gründe für den Verzicht auf die Einbürgerung

Über die Hälfte der Befragten (56 %) geben die Kosten als sehr oder eher wichtigen Hinderungsgrund für eine Einbürgerung an. Fast die gleiche Bedeutung wie die Kosten hat das Einbürgerungsverfahren. Mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) hat bisher kein Gesuch gestellt, weil unter anderem der Einbürgerungsprozess als aufwendig und kompliziert wahrgenommen wird. Ebenfalls häufig werden die Prüfung zu den Kenntnissen der Schweiz (48 %) und die Gespräche mit den Behörden (39 %) als relevante Gründe gegen eine Einbürgerung genannt. Ein Fünftel der Befragten haben ausserdem Bedenken, weil sie von schlechten Erfahrungen bei der Einbürgerung gehört haben. Die hemmende Wirkung des häufig als aufwendig und langwierig erachteten Einbürgerungsverfahrens zeigt sich auch darin, dass eine grosse Mehrheit (78 %) angibt, sich einbürgern zu lassen, wenn dazu nur die Wohnsitzfristen und die Sprachkenntnisse berücksichtigt würden.

Die Hälfte der Befragten sind gegen eine Einbürgerung, weil sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben möchten. Gemäss Selbstangabe sind sieben Prozent der befragten Personen Staatsangehörige aus Staaten, die keine doppelte oder mehrfache Staatsangehörigkeit erlauben. Werden nur diese Personen betrachtet, steigt der Anteil auf 71 Prozent. Etwas mehr als ein Drittel (37 %) sieht insgesamt wenig Vorteile einer Einbürgerung, und für knapp drei von zehn Personen (29 %) ist es nicht wichtig, in der Schweiz wählen und abstimmen zu können. Die obligatorische Militärdienstpflicht oder der Wehrpflichtersatz ist nur für junge Männer ein Hinderungsgrund für eine Einbürgerung. Viele der Befragten (39 %) wollen nicht um etwas (das Schweizer Bürgerrecht) bitten, das ihrer Ansicht nach selbstverständlich sein sollte. Dies betrifft insbesondere Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz geboren sind oder schon lange hier leben.

Ein vergleichsweise kleiner Anteil von acht Prozent hat bisher auf eine Einbürgerung verzichtet, weil die Verbundenheit zur Schweiz gering ist. Auch das soziale Umfeld (Familie und Freunde) ist bei der Entscheidung gegen eine Einbürgerung insgesamt wenig relevant. Ein erheblicher Anteil (47 %) der Befragten hat sich noch nicht für eine Einbürgerung entschieden, und 37 Prozent haben sich noch nicht mit dem Vorgehen befasst. Eine von fünf Personen (21 %) erachtet sich als zu alt für eine Einbürgerung, und fast so viele (19 %) sind unsicher, ob sie die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen würden. 14 Prozent haben sich bisher gegen eine Einbürgerung entschieden, weil sie voraussichtlich nicht für immer in der Schweiz bleiben wollen.¹⁴

¹⁴ Studie BASS, Ziff. 4.3.

2.5 Wichtigster Grund für den Verzicht auf die Einbürgerung nach Ausländergenerationen

Mit Ausnahme des Altersarguments, das nur bei der ersten Generation zu den fünf wichtigsten Gründen zählt, tauchen alle Gründe mindestens in zwei Generationen unter den fünf relevantesten auf. Die Kosten und das Verfahren rangieren sogar in allen Generationen unter den fünf bedeutendsten Hinderungsgründen. Bei der zweiten und dritten Generation gibt es eine stärkere Konzentration auf weniger Gründe: 69 Prozent der Befragten nannten einen der fünf Hauptgründe als den wichtigsten, während 31 Prozent einen der übrigen 14 Gründe nannten. In der ersten Generation konzentrieren sich hingegen 46 Prozent auf die fünf wichtigsten Gründe und 44 Prozent auf die übrigen Gründe.

Erste Generation		Zweite Generation		Dritte Generation	
Wichtigster Grund	Anteil	Wichtigster Grund	Anteil	Wichtigster Grund	Anteil
aktuelle Staatsangehörigkeit behalten	16 %	nicht darum bitten müssen	20 %	Kosten hoch	23 %
Kosten hoch	13 %	Kosten hoch	18 %	nicht darum bitten müssen	16 %
noch nicht für die Einbürgerung entschieden	10 %	Verfahren aufwendig und kompliziert	11 %	Militärdienst / Wehrpflichtersatz	12 %
Verfahren aufwendig und kompliziert	9 %	noch nicht für die Einbürgerung entschieden	10 %	Verfahren aufwendig und kompliziert	10 %
zu alt dafür	8 %	Militärdienst / Wehrpflichtersatz	10 %	aktuelle Staatsangehörigkeit behalten	8 %
übrige Gründe	44 %	übrige Gründe	31 %	übrige Gründe	31 %

2.6 Einflussfaktoren für einen Verzicht auf die Einbürgerung

Die Einflussfaktoren für einen Verzicht auf die Einbürgerung sind vielfältig und unterscheiden sich je nach Alter, Nationalität, Bildungsniveau, Geschlecht und kantonalen Rahmenbedingungen:

- **Alter:** Mit zunehmendem Alter verschieben sich die Gründe gegen eine Einbürgerung von den Kosten hin zu Bedenken gegenüber dem Einbürgerungsverfahren und dem Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit. So sehen ältere Personen insgesamt weniger Vorteile, politische Rechte interessieren seltener und das Argument, dass die aktuelle Staatsangehörigkeit nicht aufgegeben werden möchte, wiegt schwerer als bei jüngeren Personen. Erwartungsgemäss ist die obligatorische Militärdienstpflicht bei jüngeren Ausländern sehr viel relevanter als bei älteren. Für Männer unter 34 Jahren ist die obligatorische Militärdienstpflicht der wichtigste Grund für die bisherige Nichteinbürgerung. Dennoch lassen sich Männer in diesem Alter deutlich häufiger einbürgern als ältere Männer. Dagegen wird das Alter primär und sehr häufig von Personen ab 65 Jahren als Hinderungsgrund für eine Einbürgerung genannt (jede vierte Person dieser Altersgruppe nennt das Alter als wichtigsten Grund für die bisherige Nichteinbürgerung). Insgesamt zeigt sich, dass alle Argumente gegen eine Einbürgerung – mit Ausnahme der Kosten und des Militärdienstes – mit dem Alter stärker gewichtet werden.
- **Nationalität:** EU/EFTA-Staatsangehörige sehen weniger Vorteile (43 % gegenüber 23 %) und sind seltener bereit, ihre aktuelle Staatsangehörigkeit für das Schweizer Bürgerrecht aufzugeben (57 % gegenüber 33 %). Umgekehrt sind Drittstaatsangehörige bei der Einbürgerung doppelt so häufig wie EU/EFTA-Staatsangehörige unsicher, ob sie alle Anforderungen für eine Einbürgerung erfüllen (31 % gegenüber 15 %). Für gut eine von zehn Personen (12 %) ist dies denn auch der relevanteste Grund für den bisherigen Verzicht auf eine Einbürgerung (relevanter sind nur die

Kosten; für 15 % der Drittstaatsangehörigen stellen die Kosten den relevantesten Hinderungsgrund dar). Personen aus den südlichen EU-Staaten (ohne Italien, d. h. vor allem Personen aus Portugal und Spanien) geben signifikant häufiger als Personen aus Italien und dem Westbalkan / der Türkei an, dass sie bisher kein Einbürgerungsgesuch gestellt haben, weil sie nicht für immer in der Schweiz bleiben wollen (24 %) oder sich der Schweiz wenig verbunden fühlen (14 %).

- **Bildungsniveau:** Die Bedenken betreffend das Einbürgerungsverfahren sind bei Personen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss ausgeprägter. Ebenfalls ist bei diesen Personen die Unsicherheit in Bezug auf das Vorgehen und das Erfüllen der Einbürgerungsvoraussetzungen grösser.
- **Geschlecht:** Etwas häufiger als Männer lassen sich Frauen von den Kosten, dem Gespräch und dem Einbürgerungstest abhalten. Bei den Männern ist es eher die obligatorische Militärdienstpflicht.
- **Kantonale Rahmendbedingungen:** In Kantonen mit hohen Anforderungen werden häufiger das Verfahren und negative Erfahrungen als Hindernis genannt, in Kantonen mit hohen Gebühren häufiger die Gebühren. In den Kantonen mit erhöhten Anforderungen an die Einbürgerung wird das aufwendige oder komplizierte Einbürgerungsverfahren häufiger als Hauptgrund gegen eine Einbürgerung genannt. Personen aus diesen Kantonen geben das Verfahren um sieben Prozentpunkte häufiger als Hinderungsgrund an, verglichen mit Personen aus Kantonen mit nur leicht erhöhten Anforderungen. Weiter berichten Personen aus Kantonen mit erhöhten Anforderungen häufiger, dass sie von schlechten Erfahrungen gehört haben und darum Bedenken in Bezug auf eine Einbürgerung haben. Die abschreckende Wirkung von solchen Erfahrungsberichten ist zwar insgesamt wenig relevant (bei jeder fünften befragten Person ist es ein Hinderungsgrund), kann aber in Kantonen mit hohen Anforderungen an die Einbürgerung durchaus von Bedeutung sein.¹⁵

2.7 Einbürgerungsabsichten

Die Absicht, sich langfristig einbürgern zu lassen, ist bei Personen der zweiten Ausländergeneration etwas höher (77 %) als bei Ausländerinnen und Ausländern der ersten Generation (68 %) und der dritten Generation (72 %). Drittstaatsangehörige haben häufiger die Absicht, sich einbürgern zu lassen, als EU/EFTA-Staatsangehörige. Für eine grosse Mehrheit (85 %) der Drittstaatsangehörigen ist es eher oder sehr wichtig, in Zukunft das Schweizer Bürgerrecht zu erwerben. Dieser Anteil ist bei EU/EFTA-Staatsangehörigen mit 55 Prozent deutlich kleiner, wobei es innerhalb der EU-Staaten teilweise deutliche Unterschiede gibt.

Für 70 Prozent der Personen aus Frankreich ist eine künftige Einbürgerung in der Schweiz eher oder sehr wichtig, gegenüber 56 Prozent der Personen aus Deutschland und Österreich. Für vier von fünf Personen zwischen 25 und 44 Jahren ist es wichtig oder sehr wichtig, sich einbürgern zu lassen. Ab Mitte vierzig sind die Einbürgerungsabsichten mit steigendem Alter tiefer (ab 65 Jahren: 47 %). Dies ist auch eine Folge davon, dass sich jüngere Personen mit hoher Absicht auch tatsächlich häufiger einbürgern lassen als ältere. Die Einbürgerungsabsichten steigen ausserdem mit dem Bildungsniveau, was auch tatsächlich zu mehr Einbürgerungen führt, wie die Analysen zu den erfolgten Einbürgerungen bestätigen.

¹⁵ Studie BASS, Ziff. 4.4.

Für 63 Prozent der Befragten mit maximal einem obligatorischen Schulabschluss ist eine künftige Einbürgerung in der Schweiz wichtig oder sehr wichtig. Dieser Anteil beträgt 68 Prozent bei Personen mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II und 73 Prozent bei Personen mit einem tertiären Abschluss. Zwischen Frauen und Männern können dagegen keine klaren Unterschiede festgestellt werden.

Weiter zeigt sich, dass die Einbürgerungsabsichten bei Personen, die sich stark mit der Schweiz identifizieren, höher sind und dass umgekehrt eine starke Identifikation mit dem Herkunftsland die Einbürgerungsabsichten schmälern. Diese Zusammenhänge sind jedoch von der Staatsangehörigkeit abhängig. Zwar sind die Zusammenhänge für beide Herkunftsgruppen feststellbar. Die Einbürgerungsabsichten bei Drittstaatsangehörigen sind jedoch unabhängig vom Zugehörigkeitsgefühl zur Schweiz und zum Herkunftsland höher als bei EU/EFTA-Staatsangehörigen.¹⁶

3 Gründe für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Frage, aus welchen Gründen Einbürgerungsgesuche von Personen der zweiten Ausländergeneration abgelehnt werden.

Gesuche für die ordentliche Einbürgerung werden in der Regel bei den Gemeinden eingereicht und von den Kantonen registriert. Im Zeitraum 2019–2022 wurden jeweils zwischen 20 000 und 23 000 Gesuche bei den Kantonen registriert, wobei ein Gesuch häufig mehrere Personen betrifft. 17 Kantone¹⁷ erfassen die Erledigung von Gesuchen auf Kantons- und Gemeindeebene. Dabei werden zwischen 0 Prozent und 20 Prozent der Gesuche um ordentliche Einbürgerung abgelehnt oder abgeschrieben. In der Regel wird der grössere Teil der nicht gutgeheissenen Gesuche abgeschrieben, und nicht abgelehnt. Eine Ausnahme bilden die Kantone Glarus, Schaffhausen, Wallis und Neuenburg, in welchen deutlich mehr Gesuche abgelehnt als abgeschrieben werden. Abschreibungen entstehen häufig aufgrund eines Rückzugs infolge der Gewährung des rechtlichen Gehörs. In den meisten Kantonen erfolgt die Mehrheit der Abschreibungen und Ablehnungen auf Gemeindeebene. Wichtigste Gründe für die nicht erfolgreiche Einbürgerung auf Gemeindeebene sind «fehlende Grundkenntnisse über die Schweiz» oder der «fehlende Kontakt zu Schweizerinnen und Schweizern». Die Verweigerung des Kantonsbürgerrechts ist deutlich seltener und stützt sich hauptsächlich auf Registerabfragen (Abgleich mit dem Strafregister, Überprüfung der kantonalen Wohnsitzvoraussetzungen). Der Bund prüft bei der Erteilung der Bewilligung für die ordentliche Einbürgerung die Einbürgerungsvoraussetzungen bezüglich der öffentlichen Sicherheit und der Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit, unter anderem indem er das Strafregister-Informationssystem VOSTRA abgleicht. Im Rahmen der ordentlichen Einbürgerung werden durch den Bund jährlich weniger als 0,2 Prozent der Verfahren negativ beurteilt.

Die Gründe für Ablehnungen und Abschreibungen können mit den vorhandenen Datenquellen nicht nach Ausländergeneration differenziert werden. Gemäss übereinstimmender Einschätzung von sieben Kantonen¹⁸ sind Strafregistereinträge einer der Hauptgründe für die Ablehnung der Gesuche von Personen der zweiten Ausländergeneration auf Kantonsebene. Ebenfalls mehrfach genannt wird der finanzielle Leumund («Betreibungen»). Zu den Gründen auf Gemeindeebene ist wenig bekannt. Angaben von einzelnen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern basieren auf wenigen Fällen. Einige weisen daher darauf hin, dass Gesuche der zweiten Ausländergeneration nicht oder selten abgelehnt

¹⁶ Studie BASS, Ziff. 5 (Einbürgerungsabsichten und Informationsverhalten).

¹⁷ Zürich, Uri, Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Auser- rhoden, Graubünden, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Jura.

¹⁸ Nidwalden, Solothurn, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Aargau, Neuenburg, Jura.

werden, da diese eine Schule in der Schweiz besucht haben. Daneben werden ebenfalls Strafregistereinträge, mangelnde Kenntnisse über die Schweiz, die Wohnsitzvoraussetzungen der Gemeinde und die finanzielle Situation genannt.

Vertiefende Analysen zeigen einen Zusammenhang zwischen der Anzahl Einbürgerungsgesuche und dem Index zu den kantonalen Einbürgerungsvoraussetzungen. In Kantonen mit leicht erhöhten Anforderungen werden mehr Gesuche gestellt als in solchen mit stark erhöhten Anforderungen (siehe Ziff. 4.1). Kein Effekt zeigt sich diesbezüglich bei der Ablehnungs- oder Abschreibungsquote. Die Resultate der Kantonsbefragung decken sich grösstenteils mit den Angaben von 195 befragten Personen mit abgelehnten Einbürgerungsgesuchen. Demnach wurden vier von fünf Gesuchen auf Gemeindeebene abgelehnt oder abgeschrieben. Die Gründe dafür betreffen häufig die Integrationskriterien. Gründe mit Bezug zum finanziellen und strafrechtlichen Leumund werden in den Selbstangaben ebenfalls genannt, aber weniger häufig als von den Kantonen und Gemeinden.¹⁹

4 Unterschiede zwischen den Kantonen

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Frage, welche Unterschiede bezüglich der Hürden und der Anzahl Einbürgerungen von Personen der zweiten Ausländergeneration zwischen den Kantonen bestehen.

4.1 Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Einbürgerung

Das Bürgerrecht auf nationaler Ebene wurde erst mit Gründung des Bundesstaates im Jahr 1848 geschaffen. Der Bund übernahm nur nach und nach Kompetenzen von den Kantonen. In der Bundesverfassung von 1874 wurde dem Bund die Aufsicht über die Einbürgerungen auf nationaler Ebene übertragen. 1876 wurde ein erstes Bürgerrechtsgesetz geschaffen. Das im Nachgang zum Zweiten Weltkrieg beschlossene Bürgerrechtsgesetz wurde zwar in einzelnen Punkten immer wieder revidiert, hat den rechtlichen Rahmen für die Einbürgerungen in der Schweiz aber lange geprägt. Mit dem Bürgerrechtsgesetz von 1952 wurde die bundesrechtliche Wohnsitzfrist von zwölf Jahren für die Zeit zwischen dem vollendeten 10. und 20. Altersjahr doppelt angerechnet. Damit wurde das ordentliche Einbürgerungsverfahren für junge Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz aufgewachsen sind, vereinfacht, indem für sie verkürzte Wohnsitzfristen eingeführt wurden. Ebenfalls wurde die erleichterte Einbürgerung geschaffen. Damit sollte Personen, die bereits einen engen Bezug zur Schweiz hatten, insbesondere Ehegatten und Ehegattinnen von Schweizerinnen und Schweizern, der aufwendigere Weg über die ordentliche Einbürgerung erspart werden.

Im Jahr 1994 unterzeichneten die Kantone Bern, Freiburg, Waadt, Neuenburg, Genf und Jura eine Generechtskonvention über die kantonalen Voraussetzungen für die Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer. 1996 trat auch der Kanton Zürich der Konvention bei. Mit dem Beitritt verpflichteten sich diese Kantone, Vereinfachungen für die Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer zwischen dem 16. und 25. Altersjahr einzuführen. Zudem durften nur noch minimale Gebühren erhoben und eine Mindestaufenthaltsdauer von zwei Jahren, davon ein Jahr vor Einreichung des Gesuchs, verlangt werden. Nach der Jahrtausendwende beeinflussten zwei Leitentscheide des Bundesgerichts aus dem Jahr 2003²⁰ die Einbürgerung massgeblich. Das Bundesgericht hatte in diesen beiden Entscheiden

¹⁹ Studie BASS, Ziff. 6 (Abschreibungen und Ablehnungen von Gesuchen).

²⁰ BGE 129 I 217, BGE 129 I 232

festgehalten, dass Einbürgerungsverfahren nicht im rechtsfreien Raum stattfinden, sondern die Grundrechte – namentlich das rechtliche Gehör und das Diskriminierungsverbot – respektieren müssen. Als Folge dieser Rechtsprechung wurden 2009 die Begründungspflicht und die Rechtsweggarantie im Bürgerrechtsgesetz geregelt (Art. 19 und 46–47 BÜG). Eine weitere Änderung war die Revision der Gebührenregelung im Jahr 2006. Die Einbürgerungsgebühren dürfen seitdem höchstens kostendeckend sein (Art. 35 Abs. 2 BÜG).

Am 1. Januar 2018 trat das totalrevidierte BÜG²¹ in Kraft. Die erforderliche Wohnsitzdauer von zwölf Jahren wurde auf zehn Jahre reduziert (Art. 9 Abs. 1 Bst. b BÜG). Ausserdem müssen Bewerberinnen und Bewerber bei Einreichung des Einbürgerungsgesuchs über eine Niederlassungsbewilligung verfügen (Art. 9 Abs. 1 Bst. a BÜG). Für die Berechnung der Aufenthaltsdauer von zehn Jahren wird die Zeit, während der die Bewerberin oder der Bewerber zwischen dem vollendeten 8. und 18. Lebensjahr in der Schweiz gelebt hat, doppelt gerechnet (Art. 9 Abs. 2 BÜG). Bei den materiellen Voraussetzungen wird verlangt, dass eine Person erfolgreich integriert und mit den schweizerischen Lebensverhältnissen vertraut ist und keine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz darstellt (Art. 11 BÜG). Die Einbürgerungsvoraussetzungen auf nationaler Ebene wurden in der neuen Bürgerrechtsverordnung vom 17. Juni 2016²² (BÜV) weiter konkretisiert. Daneben können die Kantone auch nach neuem Recht zusätzlich eigene Anforderungen an die Integration für die Einbürgerung auf kantonaler und kommunaler Ebene festlegen und dabei auch über die Anforderungen des Bundesrechts hinausgehen (Art. 12 Abs. 3 BÜG). Parallel zur Totalrevision des BÜG hat die Stimmbevölkerung im Jahr 2017 einer Verfassungsänderung zugestimmt (Art. 38 Abs. 3 Bst. a BV), die es Personen der dritten Ausländergeneration ermöglichen soll, sich erleichtert einbürgern zu lassen (Art. 24a BÜG). Nach den gescheiterten Einbürgerungsvorlagen in den Jahren 1983, 1994 und 2004 hat die Stimmbevölkerung damit zum ersten Mal einer Erleichterung beim Erwerb des Schweizer Bürgerrechts zugestimmt.²³

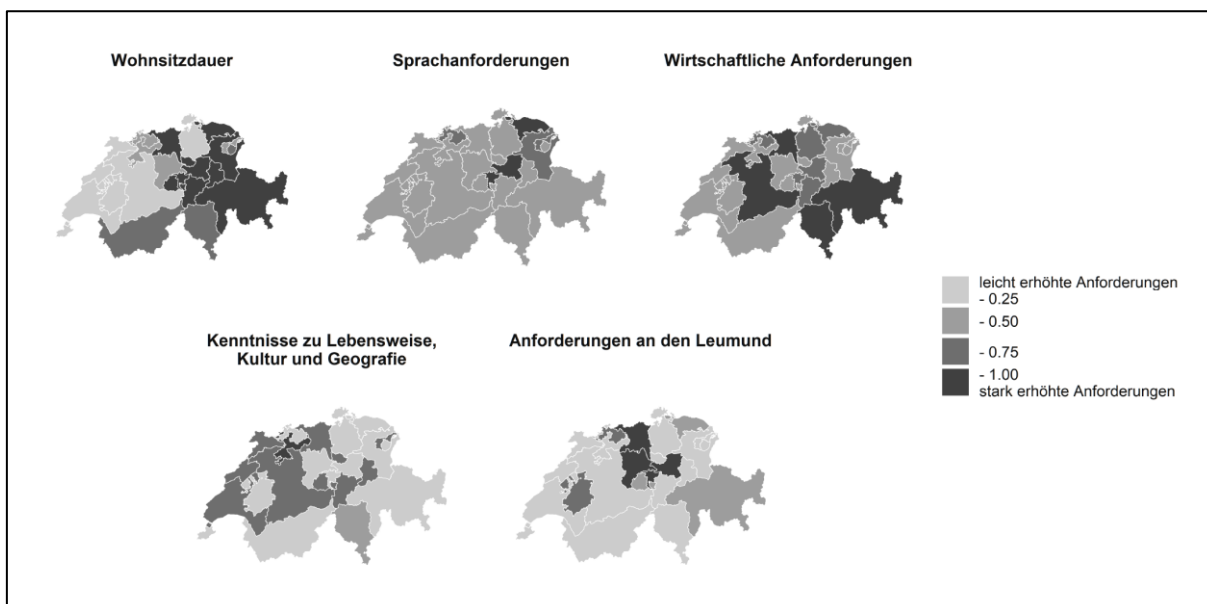
4.2 Ordentliche Einbürgerung

Im ordentlichen Einbürgerungsverfahren regelt die kantonale Bürgerrechtsgesetzgebung das Verfahren innerhalb des Rahmens der bundesrechtlichen Vorgaben (Art. 38 Abs. 2 BV und Art. 13 ff. BÜG). Das Verfahren der ordentlichen Einbürgerung ist dreistufig, was sich aus dem föderalen Aufbau der Schweiz erklärt (siehe die Erläuterungen in Ziff. 4.1). Die Einbürgerungsvoraussetzungen sind in den kantonalen Bürgerrechtsgesetzen und Ausführungsbestimmungen unterschiedlich geregelt. Um die Variation der verschiedenen kantonalen Einbürgerungsvoraussetzungen einheitlich zu vergleichen, wurden Indikatoren zu den Anforderungen an die Wohnsitzdauer, die Sprache, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Kenntnisse über die Lebensweise, Kultur und Geografie sowie den strafrechtlichen Leumund gebildet und zu einem Index zusammengesetzt. Die Abbildung zeigt diese fünf Indikatoren zu den kantonalen Einbürgerungsvoraussetzungen. Eine dunklere Einfärbung steht für stark erhöhte Anforderungen und eine helle Einfärbung für leichtere Einbürgerungsvoraussetzungen.

²¹ AS 2016 2561

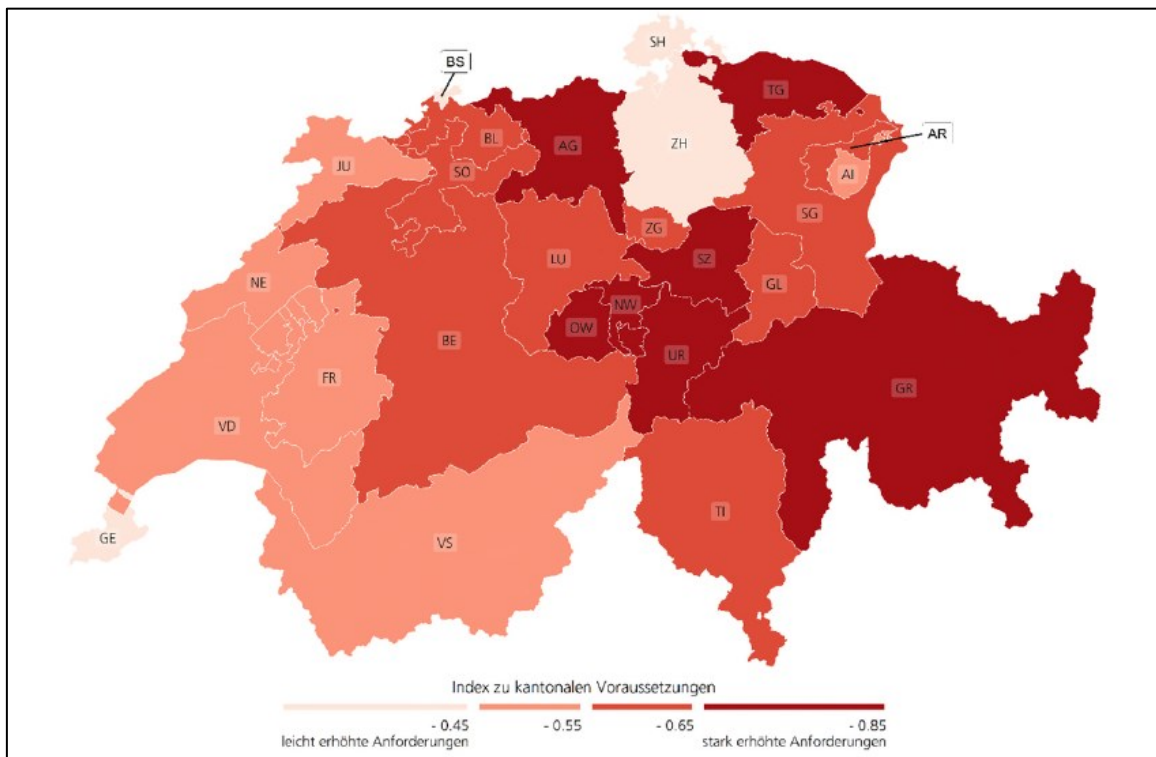
²² SR 141.01

²³ Studie BASS, Ziff. 2.4 (Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Einbürgerung).



- **Wohnsitzdauer:** Die räumliche Verteilung der kantonalen Regelungen zur Wohnsitzdauer zeigt, dass insbesondere in der Romandie die Anforderungen für eine Einbürgerung etwas weniger hoch sind als in der Deutschschweiz und im Tessin, aber auch Kantone mit starker städtischer Prägung – Genf, Basel-Stadt und Zürich – weichen von der höchstmöglichen Mindestaufenthaltsdauer ab (siehe Ziff. 4.5).
- **Sprachanforderungen:** Bezüglich der Sprachanforderungen übernehmen die meisten Kantone die minimalen vom Bund vorgegebenen Anforderungen und verlangen mündlich ein B1- und schriftlich ein A2-Niveau (Art. 6 BüV). Dazu gehören unter anderem alle Kantone der Romandie wie auch Zürich und Basel-Stadt.
- **Wirtschaftliche Anforderungen:** Im Bereich der wirtschaftlichen Anforderungen übernehmen alle Kantone der Romandie wie auch eine Reihe Deutschschweizer Kantone die bundesweit vorgegebenen minimalen Anforderungen, die keinen Bezug von Sozialhilfe in den drei Jahren vor Antragstellung vorsehen (siehe Ziff. 4.3).
- **Kenntnisse über die Lebensweise, Kultur und Geografie:** Im Bereich der Kenntnisse über die Lebensweise, Kultur und Geografie ist der Gegensatz zwischen der Romandie und der Deutschschweiz weniger ausgeprägt. Ein Test im Rahmen eines Gesprächs wird als weniger höhere Anforderung taxiert als ein formaler Test mit (teils) obligatorischen Kursen. Kantone mit formalen Tests und allenfalls Kursen zählen damit zu den Kantonen mit erhöhten Anforderungen.
- **Anforderungen an den Leumund:** Bezüglich der kantonalen Anforderungen an den Leumund wenden die meisten Kantone die minimal vom Bund vorgegebenen Anforderungen an. Dazu zählen mit Ausnahme von Freiburg alle Kantone der Romandie sowie alle Kantone mit starker städtischer Prägung. Es gibt aber auch Kantone, die in diesem Bereich erhöhte Anforderungen kennen und eine vollständige Vorstrafenfreiheit als Einbürgerungsvoraussetzung verlangen (z. B. Aargau und Nidwalden).

Der Durchschnitt dieser fünf Indikatoren ergibt den dargestellten Index zu den kantonalen Anforderungen für die ordentliche Einbürgerung. Je höher der Indexwert, umso höher sind die kantonalen Anforderungen für die Einbürgerung. Der Wertebereich liegt dabei zwischen 0,35 (Minimum, kaum erhöhte Anforderungen) und 0,85 (Maximum, stark erhöhte Anforderungen).²⁴



²⁴ Studie BASS, Ziff. 2 (Einbürgerungsverfahren und -voraussetzungen)

4.3 Unterschiede bei den kantonalen und kommunalen Einbürgerungsvoraussetzungen

4.3.1 Übersicht über die Bürgerrechtsgesetze sowie deren Ausführungsbestimmungen

Die Änderungen der kantonalen Bestimmungen in Genf und in Zug per 1. September 2024 bzw. 1. Januar 2025 wurden berücksichtigt.²⁵

Kanton	Grundlagen
Bund	Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz, BÜG) ↗ Loi sur la nationalité suisse (LN) ↗ Legge federale sulla cittadinanza svizzera (Legge sulla cittadinanza, LCit) ↗ Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsverordnung, BÜV) ↗ Ordonnance sur la nationalité suisse (Ordonnance sur la nationalité, OLN) ↗ Ordinanza sulla cittadinanza svizzera (Ordinanza sulla cittadinanza, OCit) ↗ Handbuch Bürgerrecht ↗ Manuel Nationalité ↗ Manuale sulla cittadinanza ↗
AG	Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG) ↗ Verordnung über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüV) ↗ Elektronisches Handbuch, ordentliches Einbürgerungsverfahren ↗
AI	Landsgemeindebeschluss über die Erteilung des Bürgerrechtes ↗ (abschliessende Regelung des Erwerbs des Kantons- und Gemeindebürgerrechts; Art. 1 VLG). Verordnung über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht (VLG) ↗
AR	Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht ↗ Gesetz über die Gebühren der Gemeinden (Gebührentarif für die Gemeinden) ↗ Amt für Inneres Abteilung Bürgerrecht und Zivilstand, Die ordentliche Einbürgerung von Ausländer/innen im Kanton Appenzell Ausserrhodon ↗
BE	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Kantonales Bürgerrechtsgesetz, KBüG) ↗ Verordnung über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Kantonale Bürgerrechtsverordnung, KBüV) ↗ Wegleitung Einbürgerung und Einbürgerung von Schweizerinnen und Schweizern sowie ordentliche Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern ↗
BL	Bürgerrechtsgesetz Basel-Landschaft (BüG BL) ↗ Merkblatt über das Einbürgerungsverfahren von ausländischen Personen ↗
BS	Bürgerrechtsgesetz (BüRG) ↗ Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz (BüRV) ↗
FR	Gesetz über das freiburgische Bürgerrecht (BRG) ↗ Loi sur le droit de cité fribourgeois (LDCF) ↗ Reglement über das freiburgische Bürgerrecht (BRR) ↗ Règlement sur le droit de cité fribourgeois (RDCF) ↗ Empfehlungen für die Gemeinden ↗
GE	Loi sur le droit de cité genevois (LDCG) ↗ Règlement d'application de la loi sur le droit de cité genevois (RDCG) ↗
GL	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Kantonales Bürgerrechtsgesetz, KBüG) ↗ Verordnung zum Kantonalen Bürgerrechtsgesetz (Kantonale Bürgerrechtsverordnung, KBüV) ↗

²⁵ Das Symbol «[↗](#)» verweist auf einen «Weblink». Durch Anklicken gelangt man auf die entsprechende Internetseite (Stand: Juli 2025). Es kann vorkommen, dass einige Weblinks im Laufe der Zeit nicht mehr aktuell sind. Die Kantone sind in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet.

Kanton	Grundlagen
GR	Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüG) ↗ (Die Bürgergemeinden erlassen Vorschriften über die Erteilung, Zusicherung und Verweigerung des Gemeindebürgerrechts, soweit die Gesetzgebungen des Bundes und des Kantons keine Bestimmungen enthalten; Art. 3 Abs. 1 KBüG) Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüV) ↗
JU	Loi sur le droit de cité (LDC) ↗ Décret concernant l'admission au droit de cité communal et cantonal et la libération des liens de ce droit de cité (Décret) ↗ Décret fixant les émoluments de l'administration cantonale (DEmol) ↗
LU	Kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG) ↗ Kantonale Bürgerrechtsverordnung (KBüV) ↗
NE	Loi sur le droit de cité neuchâtelois (LDCN) ↗ Règlement d'exécution de la loi sur le droit de cité neuchâtelois (RLDCN) ↗ Loi sur la procédure et la juridiction administratives (LPJA) ↗
NW	Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (Kantonales Bürgerrechtsgesetz, kBüG) ↗ Vollzugsverordnung zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz (Kantonale Bürgerrechtsverordnung, kBüV) ↗ Verordnung zum Gesetz über die amtlichen Kosten (Gebührenverordnung, GebV) ↗ Merkblatt für die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern ↗
OW	Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz, BRG) ↗ Verordnung zum Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (Bürgerrechtsverordnung, BRV) ↗ Ausführungsbestimmungen zur Bürgerrechtsverordnung (AB BRV) ↗ Merkblatt ordentliche Einbürgerung ausländischer Personen im Kanton Obwalden ↗
SG	Gesetz über das St. Galler Bürgerrecht (BRG) ↗ (Das kantonale Recht regelt die Mindestvoraussetzungen für die Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechts; Art. 104a Verfassung des Kantons St. Gallen, KV) ↗ Verordnung über das St. Galler Bürgerrecht (BRV) ↗ Wie erhalte ich das Schweizer Bürgerrecht ↗
SH	Bürgerrechtsgesetz ↗ Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz ↗
SO	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz) ↗ Vollzugsverordnung zum Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsverordnung) ↗ Gebührentarif (GT) ↗ Informationen zur ordentlichen Einbürgerung von ausländischen Staatsangehörigen ↗
SZ	Bürgerrechtsgesetz ↗ Bürgerrechtsverordnung ↗
TG	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) ↗ Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüV) ↗
TI	Legge sulla cittadinanza ticinese e sull'attinenza comunale (LCCit) ↗ (Das kantonale Recht regelt den Erwerb des kantonalen und kommunalen Bürgerrechts abschliessend; Art. 1 LCCit). Regolamento della legge sulla cittadinanza ticinese e sull'attinenza comunale (RLCCit) ↗
UR	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Kantonales Bürgerrechtsgesetz; KBüG) ↗ Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen für das Kantons- und Gemeindebürgerrecht ↗ Die ordentliche Einbürgerung im Kanton Uri ↗
VD	Loi sur le droit de cité vaudois (LDCV) ↗ Loi sur la procédure administrative (LPA-VD) ↗ Règlement d'application de la loi du 19 décembre 2017 sur le droit de cité vaudois (RLDCV) ↗

Kanton	Grundlagen
VS	Gesetz über das Walliser Bürgerrecht ↗ Loi sur le droit de cité valaisan ↗ Reglement betreffend den Vollzug des Gesetzes über das Walliser Bürgerrecht ↗ Règlement concernant l'exécution de la loi sur le droit de cité valaisan ↗ Leitfaden ordentliche Einbürgerung für die Walliser Gemeinden ↗
ZG	Gesetz betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz) ↗ Verordnung zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz (kant. BüV) ↗ Übergangsverordnung zum revidierten Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (ÜVBüG) ↗
ZH	Kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG) ↗ Kantonale Bürgerrechtsverordnung (KBüV) ↗ Handbuch Einbürgerungen ↗

4.3.2 Sozialhilfeabhängigkeit als Einbürgerungshindernis

Eine Einbürgerung ist nach geltendem Recht ausgeschlossen, wenn eine Ausländerin oder ein Ausländer drei Jahre unmittelbar vor der Gestuchstellung Sozialhilfe bezogen hat oder während des Einbürgerungsverfahrens sozialhilfeabhängig wird. Mit der vollständigen Rückzahlung der in den letzten drei Jahren bezogenen Sozialhilfe wird eine Einbürgerung möglich (Art. 12 Abs. 1 Bst. d BÜG i. V. m. Art. 7 Abs. 3 BÜV). Die Kantone können in ihrem kantonalen Recht weitergehende Regelungen vorsehen.

Kantone mit einer Frist von drei Jahren vor Gestuchstellung

Kanton	Grundlage
AI	Keine kantonale Regelung
AR	Keine kantonale Regelung siehe auch Website des Kantons Appenzell Ausserrhoden ↗
BS	§ 9 Abs. 3 BÜRG
FR	Keine kantonale Regelung siehe auch Website des Kantons Freiburg ↗
GE	Art. 24 Abs. 3 LCDG
GL	§ 5 Abs. 3 KBüV
JU	Keine kantonale Regelung siehe auch Website des Kantons Jura ↗
LU	§ 23 Abs. 3 KBüG
NE	Keine kantonale Regelung siehe auch Website des Kantons Neuenburg ↗
OW	Keine kantonale Regelung
SG	Keine kantonale Regelung
SH	§ 1 Abs. 1 Bst. b Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz
SO	Keine kantonale Regelung
VD	Keine kantonale Regelung siehe auch Website des Kantons Waadt ↗
VS	Keine kantonale Regelung
ZH	§ 11 Abs. 2 Bst. h KBüV

Kantone mit einer Frist von fünf Jahren vor Gesuchstellung

Kanton	Grundlage
BL	§ 14 Abs. 1 BÜG BL
NW	§ 5 Abs. 1 Ziff. 2 kBüV
SZ	§ 7 Abs. 1 Bst. c Bürgerrechtsverordnung
TG	§ 4 Abs. 3 KBüV
UR	§ 7 Abs. 3 Bst. a Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen für das Kantons- und Gemeindebürgerrecht
ZG	§ 5 Abs. 3 KBüG

Kantone mit einer Frist von zehn Jahren vor Gesuchstellung

Kanton	Grundlage
AG	§ 9 KBüG
BE	§ 12 Abs. 1 Bst. c KBüG
GR	§ 5 Abs. 2 Bst. c KBüG
TI	§ 12 Abs. 1 Bst. d LCCit

4.3.3 Selbstständige Einbürgerung von Minderjährigen

Die Bewerberin oder der Bewerber muss bei der Gesuchstellung einen Aufenthalt von insgesamt zehn Jahren in der Schweiz nachweisen, wovon drei in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Gesuchs (Art. 9 Abs. 1 Bst. b BÜG). Für die Berechnung der Aufenthaltsdauer von zehn Jahren wird die Zeit, während der die Bewerberin oder der Bewerber zwischen dem vollendeten 8. und 18. Lebensjahr in der Schweiz gelebt hat, doppelt gerechnet (Art. 9 Abs. 2 BÜG). Damit kann der gesetzliche Vertreter für ein minderjähriges Kind (Art. 31 Abs. 1 BÜG) frühestens nach dem vollendeten 9. Lebensjahr eigenständig ein Einbürgerungsgesuch stellen.

Selbstständige Einbürgerung von Minderjährigen ab dem vollendeten 9. Altersjahr

Kanton	Grundlage
AG	§ 14 KBüG
AR	§ 7 Abs. 1 Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht
BE	Keine kantonale Regelung
GE	Keine kantonale Regelung
GL	§ 3 KBüG
LU	§ 13 Abs. 1 KBüG
NE	§ 30 al. 1 LDCN
OW	§ 10 Abs. 1 BRG
SG	§ 38 Abs. 1 BRG
TI	§ 35 Abs. 2 LCCi
UR	Keine kantonale Regelung
VD	§ 15 al. 1 LDCV
VS	Keine kantonale Regelung

Kanton	Grundlage
ZH	Keine kantonale Regelung

Selbstständige Einbürgerung von Minderjährigen ab dem vollendeten 12. Altersjahr

Kanton	Grundlage
BS	§ 3 Abs. 2 BÜRG
GR	§ 23 Abs. 1 KBüG
JU	Gemäss der Praxis. Information des Service de la Population der Republik und des Kantons Jura
SH	Gemäss langjähriger Praxis. Ab dem Alter von 12 Jahren sind die Einbürgerungserfordernisse eigenständig erfüllt (Art. 30 BÜG) und das Spracherfordernis ist erfüllt, wenn fünf Schuljahre absolviert wurden (Art. 6 Abs. 2 Bst. b BÜV). ²⁶
SZ	Minderjährige können ab dem 9. Altersjahr ein Gesuch um ordentliche Einbürgerung stellen, wenn sie in der Schweiz geboren und deutscher Muttersprache sind. Alle anderen Minderjährigen, die einen Deutschnachweis erbringen müssen, können gemäss § 5 Abs. 2 Bst. B KBÜV erst ein Gesuch um ordentliche Einbürgerung stellen, wenn sie in der Schweiz mindestens sieben Jahre den Unterricht auf der Primar- oder Sekundarstufe II in deutscher Sprache besucht haben. Dies ist etwa ab dem 12. Altersjahr möglich.

Selbstständige Einbürgerung von Minderjährigen ab dem vollendeten 14. Altersjahr

Kanton	Grundlage
FR	Art. 14 Abs. 4 BRG

Selbstständige Einbürgerung von Minderjährigen ab dem vollendeten 16. Altersjahr

Kanton	Grundlage
AI	Art. 8 Abs. 1 VLG
BL	§ 6 Abs. 2 BÜG BL
NW	Art. 4 Abs. 2 KBüG
SO	§ 8 Abs. 1 Bürgerrechtsgesetz
TG	§ 26 Abs. 1 KBüG
ZG	§ 8 Abs. 1 KBüG

4.3.4 Kantonale und kommunale Wohnsitzfristen

Nach geltendem Recht muss die kantonale Gesetzgebung eine Mindestaufenthaltsdauer von zwei bis fünf Jahren vorsehen (Art. 18 Abs. 1 BÜG). In Anwendung der Gegenrechtskonvention vom 16. Dezember 1994 über die kantonalen Bedingungen für die Einbürgerung junger Ausländer der zweiten Generation werden in den Kantonen Zürich, Bern, Freiburg, Genf, Waadt, Neuenburg und Jura die in diesen Kantonen verbrachte Wohnsitzdauer anerkannt (in der Tabelle am Rand mit einem schwarzen Balken gekennzeichnet).²⁷

²⁶ Antwort vom Amt für Justiz und Gemeinden Kanton Schaffhausen.

²⁷ Bericht der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates vom 30. Oktober 2014, Parlamentarische Initiative «Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen», BBl 2015 769 Ziff. 1.5.

Kantone mit Wohnsitzfristen von zwei Jahren

Kanton	Mindestdauer des Wohnsitzes (Grundlage)
BE	2 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde (Art. 11 Abs. 1 KBüG)
BS	2 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde (§ 3 Abs. 1 BüRG)
GE	2 Jahre im Kanton (Art. 17 Abs. 1 Bst. b LDCG)
JU	2 Jahre in der Gemeinde (Art. 3 LCD, Art. 4 Décret)
NE	2 Jahre im Kanton (Art. 14 Bst. b LDCN)
SH	2 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde (Art. 7 Abs. 1 BüRG)
VD	2 Jahre im Kanton, 1 Jahr in der Gemeinde (Art. 12 Abs. 3 LDCV)
ZH	2 Jahre in der Gemeinde (§ 2 Abs. 1 Bst. a KBüG)

Kantone mit Wohnsitzfristen von drei Jahren

Kanton	Mindestdauer des Wohnsitzes (Grundlage)
AR	3 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde (Art. 4 Abs. 1 Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht)
FR	3 Jahre im Kanton, wovon 2 Jahre in den letzten 5 Jahren (Art. 9 Abs. 1 BRG) 2 Jahre im Kanton, wovon 1 Jahr in den letzten 2 Jahren für Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation (Art. 9 Abs. 2 BRG)
LU	3 Jahre in der Einbürgerungsgemeinde in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Gesuchs (Art 18 i. V. m Art. 17 KBüG)

Kantone mit Wohnsitzfristen von vier Jahren

Kanton	Mindestdauer des Wohnsitzes (Grundlage)
SO	4 Jahre im Kanton, wovon die letzten 2 Jahre vor Gesuchstellung (§ 14 Abs. 1 Bürgerrechtsgesetz) und zwei Jahre in der Gemeinde (§ 18 Bürgerrechtsgesetz) Doppelrechnung der Frist von 4 Jahren bei Jugendlichen (§ 14 Abs. 2 Bürgerrechtsgesetz) Erleichterung bei der eingetragenen Partnerschaft mit einer Schweizerin oder einem Schweizer (§ 14 Abs. 3 Bürgerrechtsgesetz)

Kantone mit Wohnsitzfristen von fünf Jahren

Kanton	Mindestdauer des Wohnsitzes (Grundlage)
AG	5 Jahre im Kanton, wovon die letzten 3 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde (§ 4 Abs. 1 Bst. a KBüG)
AI	5 Jahre im Kanton, wovon die letzten 2 Jahre ununterbrochen (Art. 1 Abs. 1 Landsgemeindebeschluss über die Erteilung des Bürgerrechtes)
BL	5 Jahre im Kanton (§ 8 Abs. 1 BüG), Gemeinden dürfen minimal 2 Jahre und maximal 5 Jahre verlangen (§ 8 Abs. 4 BüG)
GL	5 Jahre im Kanton, wovon die letzten 3 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde (Art. 8 Abs. 2 Bst. g KBüG)
GR	5 Jahre in der Gemeinde, wovon die letzten 2 Jahre ununterbrochen (Art. 4 Abs. 1 KBüG)
NW	5 Jahre ununterbrochen im Kanton und in der Gemeinde (Art. 6 Abs. 1 Ziff. 2 kBüG)
OW	5 Jahre ununterbrochen im Kanton und in der Gemeinde aufweisen (Art. 5 Abs. 1 BRG)
SG	5 Jahre ununterbrochen im Kanton und in der Gemeinde (Art. 9 Abs. 1 BRG)
SZ	5 Jahre ununterbrochen in der Einbürgerungsgemeinde (Art. 3 Abs. 1 Bürgerrechtsgesetz)
TG	5 Jahre im Kanton, wovon die letzten 3 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde (§ 4 Abs. 1 KBüG)

Kanton	Mindestdauer des Wohnsitzes (Grundlage)
TI	5 Jahre im Kanton und 3 Jahre in der Gemeinde, wovon die letzten 2 Jahre vor der Gesuchstellung ununterbrochen (Art. 12 und 13 LCCit)
UR	5 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde (Art. 4 KBüG)
VS	5 Jahre im Kanton (Art. 3 Abs. 2 Bst. b Gesetz über das Walliser Bürgerrecht) und 3 Jahre in der Gemeinde (Art. 1 Abs. 1 Bst. a Gesetz über das Walliser Bürgerrecht)
ZG	5 Jahre im Kanton, wovon die letzten 3 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde (§ 10 Abs. 1 Bürgerrechtsgesetz) 5 Jahre im Kanton für jugendliche Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation

5 Einbürgerungsgebühren

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Frage, wie hoch die Kosten für eine Einbürgerung für Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation sind.

Kantonale Gebühren

Nach Bundesrecht dürfen die Gebühren bei der Einbürgerung höchstens kostendeckend sein (Art. 35 Abs. 2 BüG). Die Höhe der kantonalen Gebühren kann sich zwischen den einzelnen Kantonen beträchtlich unterscheiden. Kantone wie Zürich, Luzern, Schwyz und Waadt verlangen für die kantonale Einbürgerung einer Einzelperson relativ tiefe Gebühren im Bereich von 300 bis 500 Franken. Demgegenüber belaufen sich die kantonalen Gebühren wie in Basel-Landschaft und Neuenburg auf rund 1500 Franken und in St. Gallen auf 2000 Franken.²⁸

Kommunale Gebühren

Die kantonalen Bürgerrechtsgesetze regeln den Gestaltungsspielraum für die kommunalen Gebühren unterschiedlich. In 19 Kantonen²⁹ ist das Gemeindebürgerrecht im kantonalen Bürgerrechtsgesetz abschliessend geregelt, sieben Kantone³⁰ gewähren ihren Gemeinden bei der Regelung der Einbürgerungsvoraussetzungen explizit einen Gestaltungsspielraum. Die Kantone Bern, Glarus, Basel-Landschaft, Graubünden, Obwalden, Zug und Jura räumen ihren Gemeinden einen Gestaltungsspielraum bei der Festlegung der Gebühren ein. Die Kantone Bern, Obwalden und Zug überlassen die Festlegung der kommunalen Gebühren vollständig den Gemeinden – die erhobenen Gebühren sollen lediglich höchstens kostendeckend sein. Die Kantone Glarus, Basel-Landschaft, Graubünden und Jura geben entweder eine Maximalhöhe oder ein Spektrum an.

Es besteht die Tendenz, dass in Kantonen mit im interkantonalen Vergleich höheren Gebühren auch die Gebühren auf Gemeindeebene eher höher sind und umgekehrt. So erheben die beiden Kantone mit den tiefsten Gebühren auf Gemeindeebene (Graubünden, Jura) auch die tiefsten Kantonsgebühren. Die Betrachtung der kommunalen Gebühren nach Urbanitätsgrad der Gemeinden gemäss Gemeindetypologie ergibt hingegen kein klares Muster. Sowohl die Gemeinden mit städtischem Charakter als auch jene mit ländlichem und Agglomerationscharakter verlangen im Mittel zwischen 1200 und 1500 Franken.³¹

²⁸ Studie BASS, S. 13.

²⁹ Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Nidwalden, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf.

³⁰ Bern, Glarus, Basel-Landschaft, Graubünden, Obwalden, Zug, Jura.

³¹ Studie BASS, S. 15.

Beispielhafte Übersicht

Kanton	kantonale Gebühren für die ordentliche Einbürgerung in Franken	kommunale Gebühren für die ordentliche Einbürgerung in Franken
AG	Fr. 750 Einzelperson Fr. 375 einbezogene Kinder ab 10 Jahre einbezogene Kinder bis 10 Jahre kostenlos § 15 Abs. 1 Bst. d und Abs. 2 KBüV	Fr. 1500 Einzelperson Fr. 750 einbezogene Kinder ab 10 Jahre einbezogene Kinder bis 10 Jahre kostenlos § 15 Abs. 1 Bst. a und Abs. 2 KBüV
AI	Fr. 1000 Erwachsene ab dem vollendeten 20. Altersjahr Fr. 100 in die Einbürgerung der Eltern bzw. eines Elternteils einbezogene minderjährige Kinder, je Kind Fr. 200 minderjährige Bewerber nach erfülltem 16. Altersjahr Fr. 500 volljährige Bewerber bis zur Vollendung des 20. Altersjahres Diese Gebühren gelten für die Erteilung des ordentlichen Land- und Gemeindebürgerrechts Art. 11 Abs. 1 Bst. a–d VLG	
AR	Fr. 1000 Einzelperson volljährig Fr. 500 Einzelperson minderjährig Amt für Inneres Abteilung Bürgerrecht und Zivilstand, Die ordentliche Einbürgerung von Ausländer/innen im Kanton Appenzell Ausserrhoden ↗	Maximal Fr. 2000 Art. 11 Gesetz über die Gebühren der Gemeinden (Gebührentarif für die Gemeinden) ↗
BE	Fr. 1150 Erwachsene Fr. 575 Minderjährige, die sich ohne ihre Eltern einbürgern lassen Anhang 5A: Gebührentarif der Sicherheitsdirektion ↗	Beispiel: Stadt Bern Fr. 400 Einzelperson Fr. 600 Ehepaar Fr. 200 Jugendliche, die das Gesuch vor dem 18. Geburtstag einreichen Website der Stadt Bern ↗
BL	Maximal Fr. 2000 Erhöhung bei ausserordentlich aufwendigen Fällen um maximal Fr. 1000 § 32 Abs. 3 und 4 BüG BL	Maximal Fr. 2000 Erhöhung bei ausserordentlich aufwendigen Fällen um maximal Fr. 1000 § 31 Abs.1 und 2 BüG BL
BS	Fr. 850 Einzelpersonen über 25 Jahre Fr. 600 Einzelpersonen bis 25 Jahre Erleichterungen und Gebührenerlass für spezifische Personengruppen § 30 Abs. 1 Bst. a–c BüRV	Beispiel: Basel-Stadt Fr. 950 Einzelpersonen über 25 Jahre Fr. 700 Einzelpersonen unter 25 Jahre Erleichterungen und Gebührenerlass für spezifische Personengruppen Bevölkerungsdienste und Migration, Leitfaden Einbürgerung ↗
FR	Fr. 800–1500 Amt für Zivilstand und Einbürgerung ZEia, ordentliche Einbürgerung ↗	Beispiel: Stadt Freiburg Minimal Fr. 500 Maximal Fr. 1650 Ermässigungen für spezifische Personengruppen Tarif der Einbürgerungsgebühren ↗

Kanton	kantonale Gebühren für die ordentliche Einbürgerung in Franken		kommunale Gebühren für die ordentliche Einbürgerung in Franken	
GE	Fr. 300	Minderjährige von 9 bis 17 Jahren	Allenfalls Gemeindeabgabe ³²	
	Fr. 850	Personen von 18 bis 25 Jahren		
	Fr. 1250	Einzelperson volljährig		
	Fr. 1360	Paare mit einem Partner unter 25 Jahre		
	Fr. 2000	Paare über 25 Jahre		
	Fr. 300	je einbezogenes Kind		
	Art. 13 Abs. 2 Règlement d'application de la loi sur le droit de cité genevois (RDCG)			
GL	Fr. 1000		Maximal Fr. 2100	
	Art. 13 Abs. 1 KBüV		Art. 13 Abs. 3 KBüV	
GR	Fr. 100–1300	Einzelperson volljährig	Maximal Fr. 2000	
	Fr. 150–1600	Ehepaar	Art. 25 Abs. 2 KBüG	
	Fr. 100–1500	Elternteil mit Kindern		
	Fr. 100–1100	Einzelperson minderjährig		
	Art. 37 Abs. 1 KBüV			
JU	Fr. 200	unter 25 Jahre	Im Durchschnitt liegen die kommunalen Gebühren zwischen Fr. 0 und Fr. 600 Art. 15 Abs. 1 Bst. a und b Décret concernant l'admission au droit de cité communal et cantonal et la libération des liens de ce droit de cité und gemäss Angaben des Service de population der Republik und des Kantons Jura vom 4. Juli 2024.	
	Fr. 500–1000	über 25 Jahre		
	Art. 6 Abs. 1 DEmol			
LU	Fr. 350	Einzelperson volljährig	Beispiel: Stadt Luzern	
	Fr. 150	Einzelperson minderjährig	Fr. 2300	
	Merkblatt Justiz- und Sicherheitsdepartement vom 1.1.2015 ↗		Bericht Stadtrat von Luzern vom 19.8.2020 B+A 23/2020 ↗	
NE	Fr. 1500	Einzelperson volljährig	Fr. 150	Einzelperson volljährig
	Fr. 650	Einzelperson minderjährig	Fr. 150	Einzelperson minderjährig
	Fr. 1900	Ehepaare	Fr. 200	Ehepaare
	Art. 16 RLDCN		Art. 16 RLDCN	
NW	Fr. 1000–1500	Einzelperson volljährig	Fr. 1400–1600 für volljährige Einzelperson	
	Fr. 800–1300	Einzelperson minderjährig	Fr. 1060–1260 für minderjährige Einzelperson	
	Anhang 1-1 zur Verordnung zum Gesetz über die amtlichen Kosten (Gebührenverordnung, GebV) ↗		Anhang 1-1 zur Vollzugsverordnung zum Gesetz über die amtlichen Kosten (Gebührenverordnung, GebV) ↗	
OW	Fr. 500–1500. Art. 25 Abs. 1 Bst. a BRV		Beispiel: Sarnen	
			Fr. 1200	erwachsene Person ab 18 Jahren
			Fr. 1800	Paare
			Fr. 200	Kind bis 18 Jahre bei Einbürgerung mit den Eltern
			Fr. 700	Kind bis 18 Jahre bei selbstständiger Einbürgerung
			Einwohnergemeinde, Reglement über Gebühren und Entschädigungen ↗	

³² Gemäss Angaben des Office cantonal de la population et des migrations, Département des institutions et du numérique vom 31. Juli 2024.

Kanton	kantonale Gebühren für die ordentliche Einbürgerung in Franken	kommunale Gebühren für die ordentliche Einbürgerung in Franken
SG	Fr. 2000 Merkblatt Amt für Gemeinden und Bürgerrecht ↗	Beispiel: Stadt St. Gallen Fr. 1400 Einzelpersonen nach dem 25. Lebensjahr Fr. 200 bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres Art. 5 Gebührentarif für Dienstleistungen der Bevölkerungsdienste ↗
SH	Fr. 1000 Art. 16 BüG Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 7. Dezember 2021 an den Kantonsrat betreffend die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes ↗	Fr. 1000 Art. 16 BüG Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 7. Dezember 2021 an den Kantonsrat betreffend die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes ↗
SO	Fr. 200–3000 § 35 Abs. 1 Gebührentarif	Beispiel: Stadt Solothurn Fr. 1500 Einzelperson Fr. 1800 Ehepaar Einbürgerungsinformationen Bürgergemeinde Solothurn ↗
SZ	Fr. 100–500 Einzelperson Fr. 100–1000 Familie § 20 Abs. 1–2 kBüV	Beispiel: Gemeinde Schwyz Fr. 2850 Einzelpersonen, Ehepaare und Familien Fr. 1350 Schüler, Lernende, Studierende Gebührentarif Gemeinde Schwyz ↗
TG	Fr. 800 nach dem vollendeten 18. Altersjahr Fr. 400 bis zum vollendeten 18. Altersjahr einbezogene Kinder sind kostenlos § 19 Abs. 1 Ziff. 1 KBüV Gebühren Bund und Kanton für ordentliche Einbürgerungen	Beispiel: Stadt Frauenfeld Fr. 1550 Einzelperson Fr. 780 Jugendliche bis zum vollendeten 18. Altersjahr Fr. 2350 Ehepaar Website der Stadt Frauenfeld, Kosten ↗
TI	Fr. 800 Einzelperson Fr. 100 einbezogene Kinder Art. 13 RLCCit	Beispiel: Stadt Bellinzona Fr. 800 Information Dicastero amministrazione generale, settore servizi centrali, 23. Juli 2024
UR	Fr. 500–1500 Kanton Justizdirektion, Merkblatt Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Uri ↗	In der Praxis lehnen sich die Gemeinden bei der Gebührenhöhe an die Ansätze für das Kantonsbürgerrecht an. Justizdirektion, Merkblatt Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Uri ↗
VD	Fr. 450 Einzelperson Fr. 550 Familie Art. 32 Abs. 1 Bst. a–b RLDCV	Fr. 100–400 Einzelperson Fr. 200–500 Familie Website des Kantons Waadt ↗
VS	Fr. 600 Einzelpersonen Fr. 1000 Familien; Paar mit oder ohne Kinder, Eltern mit Kindern Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM), Kantonsgebühren ↗	Beispiel: Stadt Sitten ³³ Fr. 500 Einzelperson Fr. 300 Minderjährig/Lehrling Fr. 1000 Familie In allen Gemeinden Max. Fr. 1000 ³⁴

³³ Gemäss Angaben des Service de la sécurité publique, Contrôle des habitants et bureau des étrangers vom 7. August 2024
³⁴ Gemäss Angaben des Service de la population et des migrations, département de la sécurité, des institutions et du sport vom 26. Juli 2024.

Kanton	kantonale Gebühren für die ordentliche Einbürgerung in Franken	kommunale Gebühren für die ordentliche Einbürgerung in Franken
ZG	Fr. 600 ³⁵	Beispiel: Stadt Zug Fr. 2400 Ehepaare mit oder ohne Kinder sowie Einzelpersonen mit Kindern Fr. 2000 volljährige Einzelperson Fr. 1600 minderjährige Einzelperson Fr. 1200 Jugendliche zweite Generation Bürgerrat der Stadt Zug, Reglement betreffend Erteilung des Bürgerrechts der Bürgergemeinde Zug ↗
ZH	Fr. 500 Personen über 25 Jahre Fr. 250 Personen unter 25 Jahre Erleichterungen und Gebührenerlass § 23 Abs. 1 KBüV Website des Kantons Zürich, Ordentliche Einbürgerung, Gebühren ↗	Beispiel: Stadt Zürich Fr. 1200 Personen über 25 Jahre Fr. 500 Personen über 25 Jahre, die in der Schweiz geboren sind Keine Gebühren für Personen unter 25 Jahren Website der Stadt Zürich, Gebühren ↗

6 Ergebnisse der Untersuchungen

Zusammenfassend können die im Postulat gestellten Fragen wie folgt beantwortet werden:

Wer lässt sich einbürgern?

Einbürgern lassen sich in der Schweiz vor allem gut ausgebildete Ausländerinnen und Ausländer, Ehepaare mit Kindern, jüngere Personen sowie Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation. Gründe für eine Einbürgerung sind die eigene gute Integration in der Schweiz, der Wunsch nach politischer Mitbestimmung und die Zugehörigkeit zur Schweiz. Als Hindernisse werden hohe Gebühren und das aufwendige Einbürgerungsverfahren genannt. Ausländerinnen und Ausländer mit tieferem Bildungsabschluss nennen diese Gründe häufiger und haben mehr Bedenken wegen der Prüfungen und Gespräche mit den Behörden als Ausländerinnen und Ausländer mit höherem Bildungsabschluss. Ein weiteres Hindernis besteht darin, dass viele Ausländerinnen und Ausländer das Schweizer Bürgerrecht nur dann erwerben wollen, wenn ihr Herkunftsstaat es erlaubt, ihre Staatsangehörigkeit zu behalten. Für die zweite Ausländergeneration fällt ins Gewicht, dass man nicht um etwas bitten will (Schweizer Bürgerrecht), was selbstverständlich erscheint. Bei jüngeren Männern stellt auch die obligatorische Militärdienstpflicht ein Hindernis dar.

Die meisten Ausländerinnen und Ausländer, die sich einbürgern lassen können, möchten das auch tun: Für sieben von zehn Befragten ist es wichtig, sich langfristig einbürgern zu lassen, bei der zweiten Ausländergeneration sind es sogar knapp acht von zehn. Viele der befragten Ausländerinnen und Ausländer sind gut informiert. Mehr als sechs von zehn sagen, dass sie bereits wissen, wie der Einbürgerungsprozess funktioniert und was sie dafür tun müssen. Rund vier von fünf Ausländerinnen und Ausländern, die sich einbürgern lassen können, geben an, die Einbürgerungsvoraussetzungen zu erfüllen. Bei der zweiten Ausländergeneration sind es 92 Prozent.

³⁵ Gemäss Angaben der Direktion des Innern des Kantons Zug, Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst vom 26. Juli 2024.

Weshalb lassen sich Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation nicht einbürgern?

Die Entscheidungen im Zusammenhang mit einer Einbürgerung sind die Folge eines Zusammenspiels von Anreizen und Hindernissen sowie positiven und negativen Beweggründen. Die wichtigsten Argumente für eine Einbürgerung bei sämtlichen Ausländergenerationen sind die gute Integration in der Schweiz und das politische Mitbestimmungsrecht. Viele möchten mit der Einbürgerung das Wahl- und Stimmrecht erlangen und eine Formalisierung der gelebten Zugehörigkeit zur Schweiz erreichen. Zu den oft angeführten Hinderungsgründen zählen das teilweise aufwendige Einbürgerungsverfahren und die hohen Gebühren. 56 Prozent der Befragten nennen die Kosten und 54 Prozent das Verfahren als relevante Hindernisse. Das Verfahren wird oft als zu kompliziert und zeitaufwendig empfunden. Dabei nennen Ausländerinnen und Ausländer mit niedrigerem Bildungsabschluss diese Gründe noch häufiger und haben mehr Bedenken wegen der Prüfungen und Gespräche mit den Behörden als höher gebildete Personen. Ein weiterer Hinderungsgrund ist, dass viele ihre aktuelle Staatsangehörigkeit nicht aufgeben möchten, besonders wenn der Herkunftsstaat keine doppelte Staatsangehörigkeit erlaubt.

Zwischen den Ausländergenerationen bestehen hinsichtlich der Relevanz der einzelnen Gründe einige Unterschiede. Besonders häufig wollen Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz aufgewachsen sind, nicht um etwas bitten, das aus ihrer Sicht selbstverständlich sein sollte. Für 55 Prozent der befragten Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation ist dies ein wichtiges Argument gegen eine Einbürgerung, für jede fünfte Person ist es der Hauptgrund. Für die zweite Generation und die nachfolgenden Generationen sind die Kosten noch wichtiger als für die erste Generation. Jüngere Männer, von denen viele der zweiten Generation angehören, nennen ausserdem die obligatorische Militärdienstpflicht als relevantes Argument gegen eine Einbürgerung, tatsächlich aber lassen sich mehr wehrpflichtige Männer einbürgern als ältere Männer.

Was sind die allgemeinen Gründe für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen?

Abschreibungen und Ablehnungen finden mehrheitlich auf Gemeindeebene statt. Die Verweigerung des Kantonsbürgerrechts ist seltener, die entsprechende Quote liegt (in den Kantonen, die dazu Angaben machen können) zwischen 1 und 2 Prozent. In Kantonen, die die Erledigung von Gesuchen auf Kantons- und Gemeindeebene erfassen, werden zwischen 0 und 20 Prozent der Gesuche um ordentliche Einbürgerung abgelehnt oder abgeschrieben. Die wichtigsten Gründe für eine nicht erfolgreiche Einbürgerung auf kommunaler Ebene sind fehlende Kenntnisse über die Lebensweise, Kultur und Geografie oder fehlender Kontakt zur einheimischen Bevölkerung. Die Verweigerung des Kantonsbürgerrechts erfolgt hauptsächlich aufgrund der Ergebnisse von Registerabfragen (z. B. Abgleich mit dem Strafregister, Überprüfung der kantonalen Wohnsitzvoraussetzungen).

Was sind die spezifischen Gründe für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen von Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation?

Gemäss übereinstimmender Einschätzung aus sieben Kantonen³⁶ sind die spezifischen Gründe für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen von Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation häufig auf Strafregistereinträge zurückzuführen, mehrfach genannt wurde auch der finanzielle Leumund (z. B. Betreibungen). Aus der Gemeindebefragung lassen sich aufgrund geringer Fallzahlen kaum generalisierbare Aussagen zu spezifischen Ablehnungsgründen für die zweite Generation ableiten. Insgesamt scheinen Gesuche aus der zweiten Generation selten abgelehnt zu werden, da die Bewerberinnen und Bewerber mehrheitlich in der Schweiz die Schule oder Ausbildung absolviert haben. Nebst den bereits genannten Ablehnungsgründen (Strafregistereintrag, finanzieller Leumund) können auch nicht

³⁶ Nidwalden, Solothurn, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Aargau, Neuenburg, Jura.

erfüllte Wohnsitzvoraussetzungen oder mangelnde Kenntnisse über die Lebensweise, Kultur und Geografie zu einer Ablehnung führen.

Welche Unterschiede bestehen zwischen der Zahl der Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation und den kantonalen Regelungen?

Für die ordentliche Einbürgerung erlässt der Bund Mindestvorschriften, was zu unterschiedlichen Einbürgerungsvoraussetzungen auf kantonaler Ebene führt. Ein Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen kantonalen Einbürgerungsvoraussetzungen und den Anteilen an Ablehnungen und Abschiebungen kann anhand der vorhandenen Daten nicht nachgewiesen werden. Die kantonalen Voraussetzungen haben jedoch einen Einfluss darauf, ob Ausländerinnen und Ausländer überhaupt ein Gesuch einreichen. In Kantonen mit weniger hohen Anforderungen werden mehr Gesuche eingereicht und auch (gemessen an der Anzahl derjenigen, welche die formellen Voraussetzungen erfüllen) mehr Personen eingebürgert als in Kantonen mit strengeren Voraussetzungen. Höhere Gebühren gehen mit weniger Einbürgerungen einher. Höhere Gebühren und strengere Voraussetzungen für eine Einbürgerung wirken dabei mehrfach: Hohe Gebühren und Anforderungen führen dazu, dass weniger Personen die Voraussetzungen erfüllen. Ausländerinnen und Ausländer aus tiefen Bildungs- und Einkommenschichten lassen sich teilweise aber auch nicht einbürgern, da sie vom komplexen Verfahren überfordert sind und einen weniger grossen Nutzen im Schweizer Bürgerrecht sehen.

Wie hoch sind die Kosten für eine Einbürgerung für Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation?

Für die zweite Ausländergeneration gibt es keine spezifischen Gebührensätze. Die Gebühren orientieren sich daher an der Einbürgerung von Einzelpersonen. Die Gebühr für die kommunale Einbürgerung einer Einzelperson liegen in den 33 befragten Gemeinden der Kantone Bern, Obwalden, Glarus, Zug, Basel-Landschaft, Graubünden und Jura zwischen 0 und 3500 Franken. Addiert man die Gebühren von Bund, Kanton und Gemeinde, bewegen sich die Kosten für eine Einbürgerung in diesen sieben Kantonen zwischen 600 und 5200 Franken.

7 Schlussfolgerungen

Der Bundesrat stellt fest, dass bei der ordentlichen Einbürgerung erhebliche kantonale Unterschiede bestehen. Die Unterschiede betreffen die Anforderungen an die Wohnsitzdauer, die Sprachkenntnisse und die Kenntnisse über die Lebensweise, Kultur und Geografie, die wirtschaftlichen Anforderungen und die Anforderungen an den Leumund (siehe Ziff. 4). Beträchtliche Unterschiede bestehen bei den Gebühren (siehe Ziff. 5).

Eine Vereinheitlichung der Einbürgerungsvoraussetzungen auf nationaler Ebene würde eine Änderung der BV (Art. 38 Abs. 2 BV) erfordern. Der Bundesrat ist jedoch der Auffassung, dass mit einer solchen Kompetenzverlagerung das gut bewährte föderalistische System der Dreistufigkeit des Schweizer Bürgerrechts in Frage gestellt würde. Er regt an, dass die Kantone aufgrund der Ergebnisse der Untersuchungen gemeinsam Möglichkeiten zur Vereinfachung und zur Harmonisierung des Einbürgerungsverfahrens prüfen. Damit wäre es nicht mehr so entscheidend, in welcher Gemeinde und in welchem Kanton eine Bewerberin oder ein Bewerber das Gesuch einreicht. Dies soll auch zu einem effizienteren Verfahren mit weniger Bürokratie insbesondere für Gemeinden, Kantone und den Bund, aber auch für die Bewerberinnen und Bewerber führen.

Zudem wären Erleichterungen wünschenswert, die die grosse Mobilität der Bewerberinnen und Bewerber noch besser berücksichtigen. So kann verhindert werden, dass ein Wohnsitzwechsel innerhalb eines Kantons oder zwischen Kantonen zu unverhältnismässigen Verzögerungen bei der Einbürgerung führt. Das EJPD bzw. das SEM werden die Erkenntnisse aus dem Postulatsbericht mit Kantonen und Gemeinden reflektieren.

Anhang: Ländervergleich

Bei der vorliegenden Auflistung handelt es sich um eine kurze Zusammenfassung des Gutachtens. Für Details wird auf das Gutachten GLOBALCIT verwiesen.

Belgien

Zusammenfassung Länderbericht Belgien	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	fünf Jahre rechtmässiger Aufenthalt (Abwesenheiten möglich)
Sprach- und Landeskenntnisse	• Sprachtest auf dem A2-Niveau • keine Prüfung der Kenntnisse über Belgien
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	nein
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	• In Belgien geborene Kinder erwerben mit der Geburt automatisch die belgische Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil bereits in Belgien geboren wurde und innerhalb der letzten zehn Jahre vor der Geburt fünf Jahre in Belgien gelebt hat (doppeltes ius soli). • In Belgien geborene Kinder können die belgische Staatsangehörigkeit bei Volljährigkeit erwerben, wenn sie bis dahin in Belgien gelebt haben. • In Belgien geborene Kinder können durch Erklärung der Eltern vor Vollendung des 12. Altersjahres eingebürgert werden, wenn die Eltern in den letzten zehn Jahren in Belgien gelebt haben und mindestens ein Elternteil einen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzt.
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	3,3
Verfahren	In Belgien wird die Integration anhand von Unterlagen beurteilt, wodurch der Ermessensspielraum begrenzt ist. Es bleibt jedoch ein gewisser Interpretationsspielraum, da die Anforderungen nicht immer eindeutig abzugrenzen sind.
Beschwerde gegen einen Entscheid	Gegen einen ablehnenden Einbürgerungsentscheid kann innerhalb von 15 Tagen Beschwerde eingelegt werden. Aufgrund der langen Wartezeiten bis zum Gerichtsentscheid stellen Beschwerdeführende häufiger einfach ein neues Gesuch.
Gebühren	In Belgien beträgt die Gebühr 150 Euro. Zusätzlich fallen lokale Gebühren zwischen 5 und 80 Euro an. • Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 230 Euro • Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Erklärung 230 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	In Belgien ist es nicht erforderlich, die bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben, um die belgische Staatsangehörigkeit zu erhalten. Aus den parlamentarischen Debatten aus dem Jahr 2012 geht hervor, dass eine solche Anforderung auch deshalb nicht eingeführt wurde, weil es für einige Bewerberinnen und Bewerber (z. B. marokkanische Staatsangehörige, die eine

Zusammenfassung Länderbericht Belgien	
	der grössten historischen Einwanderergruppen in Belgien darstellen) schwierig gewesen wäre, diese Anforderung zu erfüllen.

Dänemark

Zusammenfassung Länderbericht Dänemark	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	neun Jahre unbefristeter Aufenthalt (bei tatsächlicher Absicht, in Dänemark zu bleiben, ist eine Abwesenheit von bis zu einem Jahr zulässig)
Sprach- und Landeskenntnisse	• Sprachtest auf dem B2-Niveau • Prüfung der Kenntnisse über Dänemark (45 Fragen in 45 Minuten)
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	Personen, die seit 15 Jahren oder vor Vollendung des 18. Altersjahres in Dänemark leben und eine Ausbildung mit «dänischem Charakter» absolviert haben, können ein Gesuch auf Einbürgerung stellen.
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	nein
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	0,9
Verfahren	• Ermessensentscheid • Das dänische Einbürgerungsverfahren ist zentralisiert und Anträge werden vom Ministerium für Einwanderung und Integration bearbeitet.
Beschwerde gegen einen Entscheid	In Dänemark kann gegen einen Einbürgerungsentscheid keine Beschwerde eingelegt werden, weshalb nur wenige Urteile existieren. Bis vor Kurzem haben die Gerichte davon abgesehen, Einbürgerungsfälle zu behandeln, da diese als Vorrecht des Parlaments angesehen wurden. Ein Gerichtsverfahren hätte somit einen Eingriff in die Gewaltenteilung bedeutet. Aufgrund von völkerrechtlichen Verpflichtungen waren die dänischen Gerichte in den letzten Jahren jedoch gezwungen, sich mit einzelnen Fällen zu befassen.
Gebühren	Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 850 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	Seit 2015 ist das Verbot der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit aufgehoben. Bis zu dieser Änderung war der Erwerb der dänischen Staatsangehörigkeit an den Verlust der Staatsangehörigkeit des anderen Staates geknüpft. Umgekehrt verirkte die dänische Staatsbürgerschaft, wenn ein dänischer Staatsbürger eine ausländische Staatsangehörigkeit annahm.

Deutschland

Zusammenfassung Länderbericht Deutschland	
Hinweis	Deutschland hat im Jahr 2024 sein Staatsangehörigkeitsrecht geändert. Der Rechtsvergleich berücksichtigt diese Änderungen. Die Einbürgerungsquote bezieht sich noch auf das alte Recht.
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	fünf Jahre mit rechtmässigem Aufenthalt (Lebensmittelpunkt in Deutschland)
Sprach- und Landeskenntnisse	• Sprachtest auf dem B1-Niveau • Prüfung der Kenntnisse über Deutschland (Multiple-Choice-Test, bei dem mindestens 17 von 33 Fragen korrekt beantwortet werden müssen)
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	nein
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	In Deutschland geborene Kinder erwerben bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil sich rechtmässig seit fünf Jahren in Deutschland aufhält und einen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzt (eingeschränktes ius soli).
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	1,5
Verfahren	Bewerberinnen und Bewerber haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie alle Anforderungen erfüllen. Den Behörden bleibt wenig Ermessensspielraum.
Beschwerde gegen einen Entscheid	Bewerberinnen und Bewerber können bei der zuständigen Behörde Widerspruch einlegen oder Klage erheben, wobei die Wahl des Rechtsmittels vom Bundesland abhängt.
Gebühren	Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 255 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	Einbürgerungen sind künftig grundsätzlich ohne Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit zulässig. Als Argumente für diese Änderung werden die Vereinfachung der Einbürgerung zur Erhöhung der Einbürgerungsquote (Deutschland liegt im europäischen Vergleich deutlich zurück), die tatsächliche Einbürgerungspraxis in Deutschland (seit über 15 Jahren werden bereits mehr als die Hälfte aller Einbürgerungen unter Hinnahme doppelter oder mehrfacher Staatsangehörigkeit erteilt) und das praktisch vernachlässigbare Konfliktpotenzial aufgrund doppelter oder mehrfacher Staatsangehörigkeit genannt.

Frankreich

Zusammenfassung Länderbericht Frankreich	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	fünf Jahre rechtmässiger Aufenthalt mit ständigem Wohnsitz in Frankreich
Sprach- und Landeskennntnisse	• Sprachtest auf dem B1-Niveau oder ein Diplom, das in einem französischsprachigen Kontext verliehen wurde • Einbürgerungsgespräch zur Prüfung der Integration
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	Frankreich hat kürzlich eine Regelung eingeführt, die auf dem Wohnsitz während der Kindheit basiert («fratrie»): Kinder, die mit ihren Eltern vor dem 6. Altersjahr eingewandert sind, bis zum 16. Altersjahr die Schule besucht haben und (mindestens) einen Bruder oder eine Schwester haben, der oder die in Frankreich geboren wurde und damit die französische Staatsangehörigkeit erworben hat, können mit Erklärung die französische Staatsangehörigkeit erwerben. Der Senat lehnte diese Regelung ab, sie wurde jedoch von der Nationalversammlung angenommen. Diese neue Regelung wurde noch nicht von den Gerichten überprüft.
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	• In Frankreich geborene Kinder erwerben automatisch die französische Staatsangehörigkeit vor Erreichen der Volljährigkeit, wenn sie seit ihrem 11. Altersjahr mindestens fünf Jahre lang ihren Lebensmittelpunkt in Frankreich hatten. • In Frankreich geborene Kinder erwerben durch Erklärung die französische Staatsangehörigkeit, wenn sie 16 Jahre alt sind und seit ihrem 11. Altersjahr mindestens fünf Jahre lang ihren Lebensmittelpunkt in Frankreich hatten oder wenn sie 13 Jahre alt sind und seit ihrem 8. Altersjahr mindestens fünf Jahre lang ihren Lebensmittelpunkt in Frankreich hatten. • In Frankreich geborene Kinder erwerben die französische Staatsangehörigkeit bei Geburt, wenn ein Elternteil in Frankreich geboren wurde (doppeltes ius soli).
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	2,1
Verfahren	In Frankreich werden die Richtlinien für Behörden bei ihrer Entscheidungsfindung in Rundschreiben festgelegt; die Ausübung des Ermessens unterliegt der gerichtlichen Überprüfung.
Beschwerde gegen einen Entscheid	Gegen einen ablehnenden Einbürgerungsentscheid kann beim Innenministerium Beschwerde eingelegt werden. Im Fall einer Ablehnung kann der Entscheid an ein Verwaltungsgericht weitergezogen werden.
Gebühren	• Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 55 Euro • Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Erklärung 55 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	nein

Italien

Zusammenfassung Länderbericht Italien	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	• zehn Jahre unbefristeter Aufenthalt für Drittstaatsangehörige (Abwesenheiten für Studium, Arbeit, Familienbesuche oder medizinische Behandlungen sind gegen Vorlage entsprechender Unterlagen zulässig) • fünf Jahre Aufenthalt für Flüchtlinge und Staatenlose • vier Jahre Aufenthalt für EU-Staatsangehörige • drei Jahre Aufenthalt für Personen mit nachgewiesener italienischer Herkunft
Sprach- und Landeskenntnisse	• Sprachtest auf dem B1-Niveau (Sprachkompetenz muss von einer autorisierten Stelle bescheinigt werden) • keine Prüfung der Kenntnisse über Italien
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	Es existieren keine solchen Regelungen. Seit Ende der 1990er-Jahre gibt es jedoch Bestrebungen, dies zu ändern. Die Vorschläge zielten unter anderem darauf ab, den Erwerb der italienischen Staatsangehörigkeit für nicht in Italien geborene ausländische Kinder vom Schulbesuch in Italien abhängig zu machen. Die politische Debatte über eine mögliche Liberalisierung wurde durch den starken Anstieg der in Italien geborenen ausländischen Kinder zwischen 2002 und 2012 verstärkt. Trotz verschiedener Initiativen scheiterten die Reformversuche.
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	• In Italien geborene Kinder können nach Erreichung der Volljährigkeit auf Gesuch hin die italienische Staatsangehörigkeit erwerben, wenn sie sich seit mindestens drei Jahren rechtmässig in Italien aufhalten und ihre Eltern ihren Wohnsitz in Italien haben. • In Italien geborene Kinder können ein Jahr nach Vollendung des 18. Altersjahres durch Erklärung die italienische Staatsangehörigkeit erwerben, wenn sie seit ihrer Geburt ununterbrochen und rechtmässig in Italien wohnen und ihre Eltern ihren Wohnsitz in Italien haben.
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	4,2
Verfahren	Ermessensentscheid
Beschwerde gegen einen Entscheid	Gegen einen ablehnenden Einbürgerungsentscheid kann innerhalb von 60 Tagen bei einem regionalen Verwaltungsgericht oder direkt beim Präsidenten der Republik Beschwerde eingelegt werden (Beschwerdefrist beträgt 120 Tage).
Gebühren	• Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 250 Euro • Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Erklärung 250 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	Seit 1992 sind Einbürgerungen ohne Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit zulässig. Italienische Staatsangehörige verlieren seitdem ihre Staatsangehörigkeit nicht, wenn sie eine andere Staatsangehörigkeit annehmen.

Lettland

Zusammenfassung Länderbericht Lettland	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	fünf Jahre unbefristeter Aufenthalt (Abwesenheit bis zu einem Jahr, ausser unmittelbar vor Gesuchstellung)
Sprach- und Landeskenntnisse	• Sprachtest auf dem B1-Niveau (in den Bereichen Lesen, Verstehen, Sprechen und Schreiben, jeweils mindestens 16 von 25 Punkten) • Bestimmte Personengruppen, die eine lettische Schule oder Universität besucht haben, können ganz oder teilweise von den Prüfungen in lettischer Sprache und Geschichte, Kultur und Verfassung befreit werden. • Prüfung der Kenntnisse über Lettland
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	nein
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	In Lettland geborene Kinder erwerben seit dem 1. Januar 2020 auf Gesuch der Eltern hin mit der Geburt die lettische Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil einen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzt.
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	0,4
Verfahren	Ermessensentscheid
Beschwerde gegen einen Entscheid	Gegen einen ablehnenden Einbürgerungsentscheid kann innerhalb eines Monats Beschwerde beim Amt für Staatsangehörigkeit und Migration eingereicht werden. Im Fall einer Ablehnung kann der Entscheid an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.
Gebühren	Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 28 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	Bei der Einbürgerung muss die bisherige Staatsangehörigkeit aufgegeben werden. Dazu ist eine Bescheinigung über den Verzicht der bisherigen Staatsangehörigkeit oder eine Bescheinigung über den Verlust der Staatsangehörigkeit vorzulegen (ausgenommen Flüchtlinge). Eine Ausnahme vom Erfordernis der Verzichtserklärung gilt für Staatsangehörige eines EU-, EFTA- oder NATO-Mitgliedstaats sowie für australische, brasilianische und neuseeländische Staatsangehörige. Weitere Ausnahmen können auf der Grundlage von Abkommen gewährt werden, wobei bis 2023 noch kein solches Abkommen vereinbart wurde.

Niederlande

Zusammenfassung Länderbericht Niederlande	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	fünf Jahre ununterbrochener unbefristeter Aufenthalt
Sprach- und Landeskenntnisse	• Sprachtest auf dem B1-Niveau (Beantwortung von Fragen im Anschluss nach einem kurzen Film)

Zusammenfassung Länderbericht Niederlande	
	• Prüfung der Kenntnisse über die Niederlande
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	In den Niederlanden geborene Kinder können sich ab Volljährigkeit einbürgern lassen, wenn sie seit ihrer Geburt ihren rechtmässigen Wohnsitz in den Niederlanden haben. Ebenso können Kinder, die seit ihrem 4. Lebensjahr ununterbrochen rechtmässig in den Niederlanden leben, ab Volljährigkeit eingebürgert werden. Für sie gelten keine Integrationsanforderungen.
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	In den Niederlanden geborene Kinder erwerben die niederländische Staatsangehörigkeit automatisch durch Geburt, wenn ihre Eltern in den Niederlanden geboren wurden und ihre Grosseltern Wohnsitz in den Niederlanden hatten. Ein rechtmässiger Aufenthalt ist für die Grosseltern nicht notwendig.
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	4,4
Verfahren	Bewerberinnen und Bewerber haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie alle Anforderungen erfüllen. Den Behörden bleibt wenig Ermessensspielraum.
Beschwerde gegen einen Entscheid	Gegen einen ablehnenden Einbürgerungsentscheid kann innerhalb von sechs Wochen an das Ministerium gelangt werden. Wird das Gesuch ein zweites Mal abgelehnt, kann Beschwerde beim Bezirksgericht eingelegt werden.
Gebühren	• Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 970 Euro • Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Erklärung 206 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	Bei der Einbürgerung muss die bisherige Staatsangehörigkeit grundsätzlich aufgegeben werden. Ausnahmen sind für in den Niederlanden geborene Personen, Partnerinnen und Partner von niederländischen Staatsangehörigen sowie anerkannte Flüchtlinge vorgesehen. Der Verzicht auf die ursprüngliche Staatsangehörigkeit muss durch eine Willenserklärung erfolgen, in der sich die Person bereit erklärt, alles zu tun, um die andere Staatsangehörigkeit aufzugeben.

Österreich

Zusammenfassung Länderbericht Österreich	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	zehn Jahre rechtmässiger Aufenthalt, davon fünf Jahre unbefristeter Aufenthaltstitel vor Gesuchstellung (Abwesenheit von maximal 20 % innerhalb von zehn Jahren)
Sprach- und Landeskennnisse	• Sprachtest auf dem B1-Niveau (Sprachnachweis von anerkanntem Institut) • Prüfung der Kenntnisse über Österreich (Multiple-Choice-Test mit insgesamt 18 Fragen)

Zusammenfassung Länderbericht Österreich	
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	nein
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	Der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt ist nur in sehr begrenztem Umfang möglich. Für in Österreich geborene Personen ist ein ununterbrochener rechtmässiger Aufenthalt von sechs Jahren erforderlich. Ein unbefristeter Aufenthaltstitel ist nicht erforderlich. Weitere Erleichterungen sind nicht vorgesehen.
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	0,7
Verfahren	Seit den 1960er-Jahren müssen Ermessensentscheidungen begründet werden, dürfen nicht willkürlich getroffen werden und sind vor den Verwaltungsgerichten anfechtbar. Gleichzeitig beruhen die Einbürgerungskriterien teilweise auf unbestimmten Rechtsbegriffen, was zu Interpretationsspielräumen führt. Auch in Verfahren, in denen ein Anspruch auf Einbürgerung besteht, verfügen die Behörden über erhebliche Ermessensspielräume.
Beschwerde gegen einen Entscheid	Gegen einen ablehnenden Einbürgerungsentscheid kann bei den Landesverwaltungsgerichten Beschwerde eingelegt werden. Wenn die Beschwerde eine Rechtsfrage von grundlegender Bedeutung tangiert, wird die Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht weitergeleitet.
Gebühren	Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts bis zu 2765 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	Die bisherige Staatsangehörigkeit muss grundsätzlich vor der Einbürgerung oder innerhalb von zwei Jahren nach dem Erwerb der Staatsangehörigkeit aufgegeben werden. Ausnahmen sind gesetzlich nur in sehr begrenzten Fällen zulässig.

Portugal

Zusammenfassung Länderbericht Portugal	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	fünf Jahre Aufenthalt mit jedem rechtmässigen Aufenthaltstitel
Sprach- und Landeskennntnisse	• Sprachtest auf dem A2-Niveau • keine Prüfung der Kenntnisse über Portugal
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	nein
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	• In Portugal geborene Kinder erwerben automatisch mit der Geburt die portugiesische Staatsangehörigkeit, sofern ein Elternteil einen rechtmässigen Wohnsitz in Portugal hat oder unabhängig von einem Aufenthaltstitel seit mindestens einem Jahr in Portugal lebt (eingeschränktes ius soli).

Zusammenfassung Länderbericht Portugal	
	• In Portugal geborene Kinder erwerben die portugiesische Staatsangehörigkeit automatisch durch Geburt, wenn ein Elternteil in Portugal geboren wurde und sich zum Zeitpunkt der Geburt in Portugal aufhält, unabhängig von der Art des Aufenthaltstitels oder davon, ob es sich um einen regulären oder irregulären Aufenthalt handelt. • In Portugal geborene Kinder können im 16. Altersjahr die portugiesische Staatsangehörigkeit erwerben, wenn sie über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, keine Vorstrafen haben und keine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen und wenn entweder ein Elternteil seit mindestens fünf Jahren unmittelbar vor der Antragstellung in Portugal lebt oder ein Elternteil mit einem Aufenthaltstitel in Portugal lebt oder der Jugendliche mindestens die Grundschulbildung, Sekundarschulbildung oder Berufsausbildung in Portugal abgeschlossen hat.
Erwerb der Staatsangehörigkeit aufgrund Herkunft	Volljährige Bewerberinnen und Bewerber von Nachkommen portugiesischer Staatsangehöriger können sich einbürgern lassen, wenn sie unabhängig von einem Aufenthaltstitel mindestens fünf Jahre vor Gesuchstellung in Portugal gelebt haben, ausreichende Sprachkenntnisse besitzen, nicht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind und keine Bedrohung darstellen.
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	3,2
Verfahren	Bewerberinnen und Bewerber haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie alle Anforderungen erfüllen. Den Behörden bleibt wenig Ermessensspielraum.
Beschwerde gegen einen Entscheid	Gegen einen ablehnenden Einbürgerungsentscheid kann innerhalb von 30 Tagen bei der zuständigen Behörde, die den Bescheid erlassen hat, Beschwerde eingelegt werden. Nach deren Prüfung wird die Beschwerde an das Justizministerium weitergeleitet, das endgültig entscheidet. In bestimmten Fällen ist auch eine Überprüfung durch die Verwaltungsgerichte möglich.
Gebühren	Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 250 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	nein

Schweden

Zusammenfassung Länderbericht Schweden	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	• fünf Jahre unbefristeter Aufenthalt • zwei Jahre für nordische Staatsangehörige • vier Jahre für Flüchtlinge und Staatenlose
Sprach- und Landeskennntnisse	• kein Sprachtest • keine Prüfung der Kenntnisse über Schweden

Zusammenfassung Länderbericht Schweden	
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	Kinder mit einem unbefristeten Aufenthalt und wohnhaft seit drei Jahren in Schweden können sich mit Erklärung bis vor dem 18. Altersjahr einbürgern lassen.
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	nein
Einbürgerungsquote im Jahr 2022	10,6
Verfahren	• Ermessensentscheid • Die Beweislast für die Erfüllung der Einbürgerungsvoraussetzungen liegt bei der Bewerberin und dem Bewerber.
Beschwerde gegen einen Entscheid	Gegen einen ablehnenden Einbürgerungsentscheid kann beim zuständigen Migrationsgericht Beschwerde eingelegt werden. Bei Fragen der Gesetzesauslegung kann die nächsthöhere Instanz angerufen werden.
Gebühren	• Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 135 Euro • Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Erklärung 16 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	nein

Vereinigtes Königreich

Zusammenfassung Länderbericht Vereinigtes Königreich	
Anforderung an den Aufenthalt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit	• fünf Jahre Aufenthalt (Abwesenheiten maximal 90 Tage pro Jahr und nicht mehr als 90 Tage in 12 Monaten vor Gesuchstellung)
Sprach- und Landeskennntnisse	• Sprachtest auf dem B1-Niveau • Prüfung der Kenntnisse über das Vereinigte Königreich (45 Minuten für 24 Fragen)
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz / Schulbesuch in der Kindheit	nein
Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	Im Vereinigten Königreich geborene Kinder erwerben automatisch mit der Geburt die britische Staatsangehörigkeit, sofern ein Elternteil einen rechtmässigen Wohnsitz im Vereinigten Königreich hat. Im Vereinigten Königreich geborene Kinder können auf Gesuch hin vor dem Erreichen der Volljährigkeit die britische Staatsangehörigkeit erwerben, wenn sie bis zum 10. Altersjahr nicht länger als 90 Tage im Ausland gelebt haben.
Einbürgerungsquote im Jahr 2021³⁷	2,2

³⁷ Die Quote für das Vereinigte Königreich wurde mit Daten des Office for National Statistics berechnet, da Eurostat die Quote für Grossbritannien nur bis 2019 ausweist. Der Vergleich mit älteren Daten zeigt, dass es geringfügige Abweichungen zwischen den beiden Datenquellen gibt. Die vom BFS ausgewiesenen «rohen» Einbürgerungsziffern für die Schweiz liegen

Zusammenfassung Länderbericht Vereinigtes Königreich	
Verfahren	Ermessensentscheid
Beschwerde gegen einen Entscheid	Im Vereinigten Königreich kann eine erneute Prüfung des Gesuchs beantragt werden. Es gibt kein förmliches Beschwerdeverfahren, aber Ablehnungen können vom High Court gerichtlich überprüft werden, wenn sie rechtswidrig oder missbräuchlich sind. In der Praxis sind Anfechtungen jedoch selten erfolgreich.
Gebühren	• Einbürgerung auf der Grundlage des Aufenthalts 1745 Euro • Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Erklärung 1412 Euro
Beschränkungen der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit	nein

etwas höher als die Quoten, die Eurostat ausweist. Grund dafür sind leicht unterschiedliche Definitionen der ständigen Wohnbevölkerung.



5 novembre 2025

Naturalisation des étrangers de la deuxième génération

Rapport du Conseil fédéral
en réponse au postulat 22.3397
de la Commission des institutions politiques
du Conseil des États du 5 mai 2022

Synthèse

Le 27 septembre 2022, le Conseil des États a adopté le postulat 22.3397 « Faible nombre de naturalisations chez les étrangères et les étrangers de seconde génération. Quelles en sont les raisons ? », déposé par sa Commission des institutions politiques. Ce postulat charge le Conseil fédéral de présenter un rapport faisant état des raisons expliquant le faible nombre de demandes de naturalisation déposées par des personnes nées ou ayant grandi en Suisse, ainsi que des raisons avancées lors du rejet de ce type de demandes. Le rapport doit répondre notamment aux questions suivantes : de quelles personnes de la deuxième génération les demandes de naturalisation émanent-elles ? Quelles sont celles qui renoncent à entreprendre ce genre de démarches et pour quelles raisons ? Quels sont les motifs de rejet des demandes ? Quelles différences y a-t-il entre les cantons s'agissant des conditions de naturalisation, et quelles conséquences en résultent sur le nombre de naturalisations ? Combien coûte une naturalisation ?

Pour répondre à ces questions, le Secrétariat d'État aux migrations a commandé une étude externe et une étude de droit comparé. Selon cette dernière, l'acquisition de la nationalité est nettement plus difficile dans certains États européens que dans d'autres, ce qui se traduit par des taux de naturalisation très variables. En 2022, le taux moyen de naturalisation dans les 27 États membres de l'UE atteignait 2,6 %. La Suède enregistrait le taux le plus élevé (10,6 %) tandis que l'Estonie et la Lettonie enregistraient le plus faible (0,4 %). En Suisse, ce taux s'élevait à 1,9 %, soit un taux supérieur à ceux de l'Allemagne (1,5 %) et de l'Autriche (0,7 %), mais inférieur à ceux de l'Italie (4,2 %) et de la France (2,2 %).

Dans le cadre d'une enquête en ligne, environ 4000 étrangers qui remplissent les conditions formelles de naturalisation au niveau national, mais qui n'ont pas encore soumis de demande de naturalisation, ont donné leur avis sur ce qui, selon eux, favorise ou entrave la naturalisation. Cela correspond à un taux de réponse supérieur à la moyenne pour ce type d'enquête. Les données collectées permettent de tirer des conclusions significatives.

Selon l'étude externe, ce sont les étrangers bien formés, les couples mariés qui ont des enfants, les jeunes et les étrangers de la deuxième génération qui demandent le plus la naturalisation en Suisse. Les raisons qui poussent les intéressés à entreprendre cette démarche sont une bonne intégration dans le pays, le désir de participer à la vie politique et le sentiment d'appartenance à la Suisse. Le montant élevé des émoluments et la complexité de la procédure sont, quant à eux, cités comme obstacles. Les étrangers ayant un niveau de formation peu élevé avancent plus souvent ces raisons et ont davantage d'appréhensions concernant les tests et les entretiens avec les autorités que ceux ayant un niveau de formation plus élevé. Le fait que les étrangers souhaitent acquérir la nationalité suisse uniquement si leur pays d'origine autorise la double nationalité est une autre raison qui amène nombre d'entre eux à renoncer à demander la naturalisation. Pour les étrangers de la deuxième génération, ne pas vouloir demander quelque chose (la nationalité suisse) qui devrait aller de soi est un motif qui a son importance. Pour les jeunes hommes, le service militaire obligatoire peut également être dissuasif.

La majorité des classements et des rejets de demandes de naturalisation ont lieu au niveau communal, les principaux motifs avancés étant une connaissance insuffisante du mode de vie, de la culture et des particularités géographiques de la Suisse ou un manque de contacts avec la population locale. Le refus d'accorder le droit de cité cantonal est plus rare, le taux correspondant se situant entre 1 et 2 % (dans les cantons qui sont en mesure de fournir des informations à ce sujet). Dans les cantons qui saisissent les demandes traitées au niveau cantonal et communal, le taux de demandes de naturalisation ordinaire rejetées ou classées oscille entre 0 et 20 %. Les refus d'accorder le droit de cité cantonal sont principalement fondés sur la consultation des registres (par ex. inscriptions au casier judiciaire, conditions de

résidence non satisfaites). Les demandes émanant des étrangers de la deuxième génération sont rarement rejetées. Outre les inscriptions au casier judiciaire et la situation financière, le non-respect des conditions de résidence ou une connaissance insuffisante du mode de vie, de la culture et des particularités géographiques de la Suisse peuvent également conduire à un rejet de la demande. Il n'existe pas d'émoluments spécifiques pour les étrangers de la deuxième génération, qui doivent s'acquitter des émoluments qui s'appliquent à toute demande individuelle de naturalisation. Dans les 33 communes interrogées des cantons de Berne, d'Obwald, de Zoug, de Glaris, de Bâle-Campagne, des Grisons et du Jura, l'émolument communal varie entre 0 et 3500 francs pour une demande individuelle. Si l'on additionne les émoluments de la Confédération, du canton et de la commune, le coût d'une naturalisation dans ces sept cantons oscille entre 600 et 5200 francs.

La Confédération édicte des dispositions minimales sur la naturalisation ordinaire, ce qui donne lieu à des conditions de naturalisation différentes selon le canton. Les données disponibles ne permettent pas d'établir un lien entre les différentes conditions imposées par les cantons et les taux de rejet et de classement des demandes. Ces conditions influent néanmoins sur la décision des étrangers d'entreprendre ou non des démarches de naturalisation. Dans les cantons où les conditions sont moins strictes, davantage de demandes sont déposées et davantage de personnes sont naturalisées (par rapport au nombre de personnes remplissant les conditions formelles) que dans les cantons où les conditions sont plus strictes. Plus les émoluments sont élevés, moins le nombre de naturalisations est important. Des émoluments plus élevés couplés à des conditions de naturalisation plus strictes ont donc un effet démultiplié : des émoluments et des exigences élevés font que moins de personnes remplissent les conditions. Les personnes ayant un faible niveau d'instruction et de bas revenus renoncent à entreprendre des démarches de naturalisation, car elles sont dépassées par la complexité de la procédure.

Le Conseil fédéral constate qu'il existe des différences considérables entre les cantons en ce qui concerne la procédure de naturalisation ordinaire, ce qui compromet l'égalité des chances des requérants. Une uniformisation des conditions de naturalisation à l'échelle nationale nécessiterait une révision de la Constitution (art. 38, al. 2, Cst.). Le Conseil fédéral estime toutefois qu'un tel transfert de compétence remettrait en cause le système fédéraliste éprouvé du droit de cité à trois niveaux. Il suggère que les cantons examinent ensemble des possibilités de simplifier et d'harmoniser la procédure de naturalisation en tenant compte des conclusions des deux études réalisées. Ainsi, la commune et le canton dans lesquels le requérant dépose sa demande n'auraient plus autant d'importance, ce qui devrait renforcer l'efficacité des procédures en allégeant la charge administrative, en particulier pour les communes, les cantons et la Confédération, mais aussi pour les requérants. Il serait en outre souhaitable de prévoir des assouplissements qui tiennent mieux compte de la grande mobilité des requérants. On pourrait ainsi éviter qu'un transfert de domicile au sein d'un canton ou dans un autre canton n'entraîne des retards disproportionnés dans la procédure de naturalisation. Le DFJP, ou plus précisément le SEM, examinera, avec les cantons et les communes, les conclusions qui en sont tirées.

Table des matières

1	Situation initiale	5
1.1	Mandat.....	5
1.2	Contexte	5
1.3	Procédure pour répondre au postulat.....	6
1.4	Portée de la compétence fédérale fondée sur l'art. 38, al. 2, Cst.	7
1.5	Comparaison avec le droit des États européens.....	7
2	Motifs de naturalisation	11
2.1	Population résidante étrangère	11
2.2	Nombre de naturalisations et taux de naturalisation	12
2.3	Raisons sous-tendant la naturalisation	12
2.4	Motifs de renonciation à la naturalisation	13
2.5	Principale raison de ne pas demander la naturalisation par génération d'étrangers	14
2.6	Facteurs influençant la décision de ne pas se faire naturaliser	14
2.7	Intention de se faire naturaliser	15
3	Motifs de rejet des demandes de naturalisation	16
4	Différences entre les cantons	17
4.1	Développement du cadre juridique relatif à la naturalisation	17
4.2	Naturalisation ordinaire.....	18
4.3	Différences dans les conditions cantonales et communales en matière de naturalisation	21
4.3.1	Aperçu des lois sur la nationalité et de leurs dispositions d'exécution	21
4.3.2	La dépendance à l'aide sociale comme obstacle à la naturalisation	23
4.3.3	Naturalisation individuelle des mineurs	24
4.3.4	Délais de séjour cantonaux et communaux	25
5	Émoluments	27
6	Résultats des recherches	31
7	Conclusions	33
	Annexe : étude comparée portant sur plusieurs pays	35

1 Situation initiale

1.1 Mandat

Par le présent rapport, le Conseil fédéral répond au postulat déposé par la Commission des institutions politiques du Conseil des États (CIP-E) le 5 mai 2022 et intitulé « Faible nombre de naturalisations chez les étrangères et les étrangers de la seconde génération. Quelles en sont les raisons ? » (22.3397). Ce postulat est le suivant :

« Le Conseil fédéral est chargé de présenter un rapport faisant état des raisons expliquant le faible nombre de demandes de naturalisation déposées par les personnes nées et/ou ayant grandi en Suisse ainsi que des raisons avancées lors du rejet de ce type de demandes. Il expliquera également comment sont traités les recours contre les décisions négatives. »

Il est accompagné du développement suivant :

« La Suisse affiche un taux de naturalisation de 2 %, un chiffre très bas par rapport à la moyenne européenne. Parmi les jeunes concernés, beaucoup sont nés ici et n'ont jamais vécu dans un autre pays ; néanmoins, sur un plan purement formel, ils ne sont pas suisses. Des études scientifiques montrent qu'une telle exclusion conduit à long terme à une division de la société et à un déficit démocratique. C'est pourquoi le Conseil fédéral doit élaborer un rapport dans lequel il répondra aux questions suivantes :

- De quelles personnes de la deuxième génération les demandes de naturalisation émanent-elles ? Quelles sont celles qui renoncent à faire ce genre de démarches et quelles raisons avancent-elles ?*
- Quelles sont les raisons avancées lors du rejet des demandes de naturalisation déposées par des personnes de la deuxième génération ?*
- Quelles différences y a-t-il entre les cantons s'agissant des obstacles que rencontrent les personnes de la deuxième génération qui souhaitent se faire naturaliser et du nombre de naturalisations ?*
- Combien coûte une naturalisation pour les personnes de la deuxième génération ? »*

Le 29 juin 2022, le Conseil fédéral a proposé d'accepter le postulat. Il a souligné que les raisons qui motivent les étrangers de la deuxième génération à déposer une demande de naturalisation ou qui les incitent, au contraire, à y renoncer sont très diverses et ne seront pas aisées à recenser. Il a ajouté qu'il était également difficile de répondre aux autres questions posées, du fait de l'hétérogénéité des données et des cadres juridiques des cantons et des communes. Le Conseil des États a adopté le postulat le 27 septembre 2022.

1.2 Contexte

Le postulat fait suite à la motion 21.3112 « Faciliter la naturalisation des étrangères et étrangers de la deuxième génération », déposée par Lisa Mazzone (ancienne conseillère aux États, Les Verts, Genève) le 10 mars 2021. Cette motion était la suivante :

« Je charge le Conseil fédéral de présenter un projet de modification de la Constitution, à son art. 38, al. 3, let. a, afin que la Confédération facilite non seulement la naturalisation des étrangers de la troisième génération, mais également celle des étrangers de la deuxième génération. »

Le 13 décembre 2021, Andrea Caroni (conseiller aux États, PLR, Appenzell Rhodes-Extérieures) a proposé de transmettre la motion à la CIP-E pour examen préalable. Le 5 mai 2022, la CIP-E a approuvé le dépôt d'un postulat.

1.3 Procédure pour répondre au postulat

C'est le Secrétariat d'État aux migrations (SEM) qui a été chargé de traiter le postulat et de rédiger le rapport demandé. Pour pouvoir répondre au postulat, le SEM a commandé une étude externe et une étude de droit comparé. Le bureau d'études de politique du travail et de politique sociale BASS a réalisé la première étude (ci-après : étude BASS)¹. Celle-ci porte sur les étrangers de la première génération et des générations suivantes qui n'ont pas été naturalisés ou qui ne souhaitent pas l'être. Le SEM a mis en place un groupe de suivi pour cette étude. Toutes les autorités cantonales de naturalisation, la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP), l'Union des villes suisses (UVS), l'Association des communes suisses (ACS), la Commission fédérale des migrations (CFM) et l'Office fédéral de la statistique (OFS) ont été invités à accompagner l'élaboration de cette étude. Parmi les autorités cantonales de naturalisation, des représentants de Zurich et de Bâle-Ville ont participé aux travaux. Le groupe de suivi avait pour tâche de donner son avis sur le déroulement du projet d'étude et sur les résultats obtenus. Afin d'obtenir une vue d'ensemble des différentes bases légales concernant l'acquisition de la nationalité, le SEM a chargé le Global Citizenship Observatory (GLOBALCIT) de l'Institut universitaire européen (IUE) de rédiger une étude de droit comparé (ci-après : étude GLOBALCIT)². Un résumé des rapports nationaux est présenté au point 1.5 et en annexe.

Les questions figurant dans le postulat recevront une réponse dans l'ordre où elles ont été posées. Tout d'abord, au point 2, des explications seront données concernant les étrangers de la deuxième génération qui peuvent déposer une demande de naturalisation, ceux qui ne le font pas et les raisons pour lesquelles ils y renoncent. Au point 3, les motifs de rejet des demandes de naturalisation déposées par des étrangers de la deuxième génération seront analysés. Le point 4 sera consacré à la comparaison des conditions de naturalisation dans les différents cantons ainsi que du nombre de naturalisations d'étrangers de la deuxième génération. Le point 5 traitera des frais de naturalisation et mettra en évidence les différences entre les cantons. Enfin, le point 6 résumera les résultats des recherches effectuées et le point 7 présentera les conclusions qui ont été tirées.

¹ Severin Bischof, Lena Liechti, Patrice Sager, Jürg Guggisberg, *Studie zur Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern*, Bureau BASS, 2024 Berne, disponible sous www.sem.admin.ch > Publications & services > Rapports > Rapports du Conseil fédéral > 2025 > Studie zur Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern

² Maarten Vink, Jelena Džankić, Rainer Bauböck, *Citizenship acquisition by immigrants and their descendants: an international legal comparison*, Global Citizenship Observatory, Institut universitaire européen, 2024 Florence, disponible sous www.sem.admin.ch > Publications & services > Rapports > Rapports du Conseil fédéral > 2025 > Citizenship acquisition by immigrants and their descendants: an international legal comparison

1.4 Portée de la compétence fédérale fondée sur l'art. 38, al. 2, Cst.

Conformément à l'art. 38, al. 2, de la Constitution fédérale³ (Cst.), la Confédération édicte des dispositions minimales sur la naturalisation des étrangers par les cantons et octroie l'autorisation de naturalisation. L'Office fédéral de la justice (OFJ) a rédigé un avis de droit détaillé sur la portée de cette compétence fédérale, raison pour laquelle il n'en sera ici question que brièvement⁴. Selon cette disposition, les échelons étatiques inférieurs doivent avoir la possibilité de prévoir, pour rendre leurs décisions de naturalisation, des conditions en plus de celles exigées par la Confédération pour octroyer les autorisations de naturalisation. L'art. 38, al. 2, Cst. n'autorise donc pas la Confédération à fixer une limite concernant les conditions matérielles que les cantons et les communes imposent aux requérants.

1.5 Comparaison avec le droit des États européens

L'étude GLOBALCIT a été réalisée afin de comparer les règles régissant l'acquisition de la nationalité dans un certain nombre de pays européens. La sélection s'est portée sur les pays voisins de la Suisse (Allemagne, France, Italie et Autriche) mais aussi sur d'autres pays européens (Belgique, Danemark, Lettonie, Pays-Bas, Portugal, Suède et Royaume-Uni) en raison des différences qu'ils présentent en ce qui concerne leurs proportions de population étrangère, leurs évolutions historiques, leurs politiques migratoires et leurs façons d'appliquer le droit du sol. Les conclusions portant sur ces onze pays ont été considérées dans un contexte plus large en s'appuyant sur les données relatives à 31 pays européens (les 27 États membres de l'Union Européenne [UE] ainsi que la Suisse, l'Islande, la Norvège et le Royaume-Uni).

Voici les principales conclusions qui ressortent de cette étude⁵ :

- Les 31 pays européens en question offrent la possibilité d'acquérir la nationalité sur la base d'un séjour sur leur territoire. Les conditions de naturalisation varient toutefois d'un pays à l'autre, notamment en ce qui concerne la durée de séjour requise, les interruptions de séjour autorisées et les exigences relatives au titre de séjour à posséder.
- La condition de naturalisation la plus répandue est celle d'un séjour de cinq ans. Quelques pays exigent une durée plus longue, pouvant aller jusqu'à dix ans. Des procédures de naturalisation accélérées pour certaines catégories de personnes existent dans toute l'Europe. Plusieurs pays prévoient des durées de séjour plus courtes pour les époux ou partenaires de leurs citoyens, les réfugiés et les apatrides ainsi que les ressortissants de certains pays (par ex. les États membres de l'UE et ceux faisant partie de l'Union nordique des passeports).
- Dans les onze pays sur lesquels porte l'étude, un statut de séjour légal est requis au moment du dépôt de la demande pour pouvoir acquérir la nationalité sur la base d'un séjour sur le territoire (naturalisation ordinaire). Les règles relatives au nombre et au type d'interruptions autorisées pendant la durée de séjour requise varient considérablement d'un pays à l'autre. Certains prennent en compte un pourcentage ou un nombre de jours passés à l'étranger tandis que d'autres déterminent le domicile sur la base de critères qualitatifs, en établissant le centre des intérêts de la personne concernée et l'existence de liens suffisants avec le pays.

³ RS 101

⁴ OFJ, *Gutachten zur Tragweite der Bundeskompetenz nach Art. 38 Abs. 2 BV*, p. 11 ss, disponible sous www.ofj.admin.ch > Publications & services > Rapports et avis de droit > Tragweite der Bundeskompetenz nach Art. 38 Abs. 2 BV

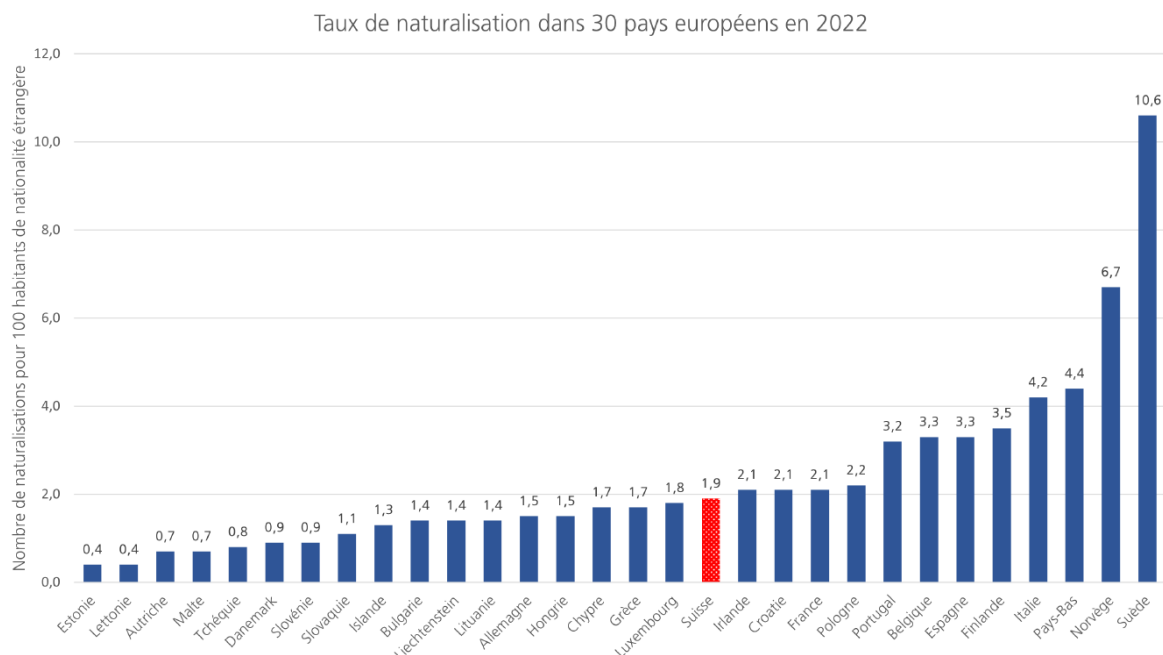
⁵ Étude GLOBALCIT, p. 6 à 11

- Les restrictions à la double nationalité ou à la nationalité multiple sont de moins en moins courantes en Europe. Les rares pays qui exigent que le requérant renonce à avoir une autre nationalité prévoient de nombreuses exceptions (par ex. pour les époux ou partenaires de leurs citoyens ainsi que pour les ressortissants de pays ayant des liens historiques ou politiques étroits avec le pays en question).
- Dans la plupart des pays, les requérants doivent apporter la preuve qu'ils possèdent des compétences linguistiques, celles-ci devant généralement atteindre un niveau intermédiaire et être vérifiées au moyen d'un test de langue. Les tests visant à vérifier les connaissances sur le pays sont un peu moins répandus, même s'ils restent fréquents. Il existe des différences entre les pays sur la question de savoir si ces tests sont réalisés au cours d'un entretien personnel ou sous une forme écrite.
- La procédure de naturalisation ordinaire est généralement une procédure discrétionnaire, ce qui signifie que toutes les conditions de naturalisation doivent être remplies mais qu'il n'existe aucune garantie légale d'acquérir la nationalité. Certains pays fournissent aux autorités des indications sur la manière d'interpréter la loi. Un petit nombre prévoient un droit à la naturalisation lorsque le requérant remplit toutes les conditions ou pour certaines catégories de personnes (par ex. les époux ou partenaires ou les enfants mineurs) lorsque toutes les conditions sont remplies, auxquels cas les autorités disposent d'une marge de manœuvre limitée.
- Les requérants doivent fournir un certain nombre de documents à l'appui de leur demande, à savoir généralement un document d'identité valable (par ex. une copie ou l'original de leur passeport), un acte de naissance et un justificatif de domicile ou une copie de l'autorisation de séjour. Ces documents doivent être traduits dans la langue du pays d'accueil (et dans certains cas certifiés par le pays d'origine).
- Les autorités de naturalisation peuvent être organisées de manière décentralisée (au sein d'une autorité communale ou régionale) ou centralisée (au sein d'un ministère), voire combiner les deux types d'organisation. Le déroulement de la demande diffère selon l'organisation choisie. Dans les systèmes centralisés, il n'y a généralement pas d'étapes distinctes une fois que la demande est adressée à l'autorité compétente. Dans les systèmes décentralisés, la procédure peut varier d'une commune ou d'une région à l'autre.
- Dans les onze pays ayant fait l'objet de l'étude, le délai de traitement des demandes oscille entre 6 et 48 mois. Certains d'entre eux garantissent un délai au terme duquel la décision sera rendue. Une fois la demande acceptée, les requérants doivent, dans certains pays, participer à une cérémonie et prêter serment.
- Presque tous les pays examinés prévoient un droit de recours contre les décisions négatives. Des divergences existent toutefois concernant la question de savoir comment ces recours sont gérés et par qui. Les recours peuvent être renvoyés à l'autorité compétente, être transmis à une autorité supérieure ou à un tribunal.
- Dans tous les pays, les requérants sont tenus de payer un émolument dont le montant varie d'une trentaine d'euros à plus de 2000 euros. Cet émolument de base n'inclut pas les autres coûts qu'ils ont à supporter, comme ceux des cours de langue ou ceux liés à l'obtention ou à la traduction des documents requis. La plupart des pays accordent des réductions pour les mineurs, les époux ou partenaires, les réfugiés et les apatrides.
- Outre la naturalisation fondée sur le séjour pour les immigrés de la première génération, de nombreux pays européens proposent un accès facilité à la nationalité pour les enfants de migrants.

Différentes procédures existent pour les enfants qui arrivent dans le pays d'accueil à un jeune âge et pour ceux qui y sont nés.

- Seuls quelques pays disposent d'un système d'acquisition de la nationalité fondé sur le séjour ou la scolarité pendant l'enfance, qui dépend généralement de l'âge d'arrivée dans le pays ou du nombre d'années et du type de scolarité suivie. En règle générale, la naturalisation des mineurs intervient à titre secondaire, dans le cadre de la demande déposée par leurs parents.
- Aucun pays européen ne permet d'acquérir la nationalité par la seule naissance sur son territoire. Néanmoins, ils sont plusieurs à offrir aux personnes nées sur leur territoire la possibilité d'acquérir la nationalité, même si aucun des parents n'est citoyen lui-même. Dans ce cas, l'acquisition de la nationalité dépend du statut de séjour et de la durée de séjour dans le pays du parent étranger. Si l'un des parents est né dans le pays d'accueil, l'enfant qui y naît aussi peut parfois avoir un droit à la nationalité dès la naissance. Certains pays prévoient que les personnes nées sur leur territoire peuvent, sous certaines conditions, acquérir la nationalité après leur naissance, à leur majorité ou avant.
- Certains pays ont mis en place des procédures de naturalisation spécifiques, fondées sur la naissance sur leur territoire ou sur le séjour ou la scolarité pendant l'enfance et qui permettent un accès facilité à la nationalité. Ces procédures impliquent généralement une déclaration orale ou écrite (de la personne concernée ou de son représentant légal) adressée aux autorités compétentes. Dans certains pays, une telle déclaration est un acte unilatéral, la nationalité étant alors acquise immédiatement et ne dépendant pas d'une décision discrétionnaire des autorités.
- Les exigences concernant les documents à fournir sont généralement moins strictes dans le cas de l'acquisition de la nationalité par déclaration que dans celle de la naturalisation fondée sur le séjour. C'est la plupart du temps la même autorité qui a compétence pour les deux procédures. Globalement, la procédure d'acquisition de la nationalité par déclaration est plus rapide que la procédure de naturalisation ordinaire fondée sur le séjour.
- En règle générale, les autorités des pays ne sont pas tenues d'informer les personnes qui naissent sur le territoire de la possibilité d'acquérir la nationalité. La plupart des pays fournissent des informations sur divers sites Web ou dans des brochures concernant les conditions requises et les démarches à effectuer pour déposer une demande. Il incombe cependant aux requérants potentiels de s'informer pour savoir s'ils remplissent ou non ces conditions.

Taux de naturalisation dans 30 pays européens en 2022



Source : étude GLOBALCIT, p.19, et Eurostat

L'acquisition de la nationalité se révèle beaucoup plus difficile dans certains pays que dans d'autres, ce qui explique les variations importantes dans les taux de naturalisation (proportion de naturalisations par rapport à la population résidente de nationalité étrangère). En comparaison internationale, la Suisse se situait en 2022 dans la moyenne, avec un taux de naturalisation d'environ 1,9 %, mais elle était en dessous de la moyenne générale des 27 États membres de l'UE, qui était de 2,6 %. Les taux oscillaient entre 10,6 % en Suède et 0,4 % en Estonie et en Lettonie. Pays voisins de la Suisse, l'Allemagne (1,5 %) et l'Autriche (0,7 %) affichaient un taux inférieur à cette dernière, tandis que l'Italie (4,2 %) et la France (2,2 %) enregistraient des taux plus élevés.

En Suisse, la proportion d'étrangers n'a cessé d'augmenter au cours des dernières décennies en raison de l'immigration nette. En 2022, elle s'élevait à 25,7 %, contre 8,4 % dans les États membres de l'UE. À titre de comparaison, l'Allemagne comptait 13 % d'étrangers en 2022. Ce taux a considérablement augmenté ces dernières années, après avoir oscillé entre 8 et 9 % pendant de nombreuses années⁶.

⁶ Étude BASS, p. 72 et 73

2 Motifs de naturalisation

Les explications suivantes portent sur la question de savoir quels étrangers de la deuxième génération déposent une demande de naturalisation, lesquels ne le font pas et pour quelles raisons.

2.1 Population résidante étrangère

La présente définition des générations d'étrangers s'appuie sur la loi du 20 juin 2014 sur la nationalité suisse (LN)⁷ et sur le message du 21 novembre 2001 concernant le droit de la nationalité des jeunes étrangers⁸. Ainsi, ce n'est pas le fait d'être né en Suisse qui détermine en premier lieu si une personne fait partie ou non de la deuxième génération d'étrangers, mais le fait d'avoir suivi la majorité de sa scolarité obligatoire en Suisse. Les données sur la scolarité étant lacunaires dans les sources de données, la présente définition se base sur l'âge des personnes à leur arrivée en Suisse plutôt que sur leur scolarité : en Suisse, la scolarité obligatoire dure onze ans dans la plupart des cantons, l'entrée à l'école correspondant à la première année d'école enfantine, à l'âge de quatre ans. Les enfants qui arrivent en Suisse à l'âge de huit ans sont en âge d'être scolarisés en troisième année du degré primaire et ont donc encore la majorité de leur scolarité obligatoire devant eux, puisqu'ils doivent encore effectuer six années d'école. Par conséquent, les enfants sont considérés comme appartenant à la deuxième génération d'étrangers s'ils sont nés en Suisse ou s'ils avaient huit ans ou moins à leur arrivée en Suisse. Les enfants âgés de plus de huit ans à leur arrivée en Suisse, mais encore mineurs, sont appelés génération 1.5 selon la littérature internationale.

En 2022, 2,3 millions d'étrangers vivaient en Suisse (population résidante permanente). Environ 1,5 million d'entre eux appartiennent à la première génération d'étrangers, puisqu'ils sont arrivés en Suisse après l'âge de 18 ans. Près de 170 000 d'entre eux étaient âgés de 9 à 17 ans à leur arrivée en Suisse. Il s'agit de la génération 1.5. Enfin, 608 000 d'entre eux sont nés en Suisse ou sont arrivés en Suisse à l'âge de 8 ans ou avant. Il s'agit de la deuxième génération d'étrangers (plus). En réalité, ces personnes peuvent aussi appartenir à la troisième génération d'étrangers ou à une génération ultérieure. Cependant, les bases de données actuelles ne permettent pas de déterminer le nombre de personnes relevant de la troisième génération d'étrangers. Selon les estimations, ce nombre (sans limite d'âge) est d'environ 67 000⁹. Avec une proportion d'étrangers de 25,7 % en 2022, la Suisse fait partie des pays européens où cette proportion est la plus élevée, après le Luxembourg et le Liechtenstein (moyenne de l'UE : environ 8,4 %)¹⁰. Au total, 1,2 million d'étrangers remplissent les conditions formelles de naturalisation au niveau national. Près de 226 000 d'entre eux sont encore mineurs. Les conditions formelles de naturalisation requièrent d'être titulaire d'une autorisation d'établissement (art. 9, al. 1, let. a, LN). En outre, il faut avoir séjourné en Suisse pendant dix ans en tout, dont trois sur les cinq ans ayant précédé le dépôt de la demande de naturalisation (art. 9, al. 1, let. b, LN). Les étrangers de la deuxième génération (plus) sont particulièrement nombreux à remplir ces conditions formelles (72 %, 435 000 personnes), alors qu'ils sont 45 % chez les étrangers de la première génération¹¹.

⁷ RS 141.0

⁸ Message du 21 novembre 2001 concernant le droit de la nationalité des jeunes étrangers et révision de la loi sur la nationalité, FF 2002 1815, pt 1.2.1

⁹ Étude BASS, p. 21

¹⁰ Étude BASS, p. 73

¹¹ Étude BASS, p. 22 et 23

2.2 Nombre de naturalisations et taux de naturalisation

Les étrangers de la deuxième génération (plus) se font plus souvent naturaliser que ceux de la première génération. Environ la moitié des naturalisations sont le fait d'étrangers de la deuxième génération, bien que ceux-ci ne représentent qu'environ un tiers des personnes remplissant les conditions formelles de naturalisation au niveau national. Ainsi, le taux de naturalisation de la deuxième génération est nettement plus élevé que celui des autres générations. La proportion de personnes naturalisées entre 2020 et 2022 et originaires des pays voisins germanophones est en augmentation, tant pour la première que pour la deuxième génération d'étrangers. En revanche, la proportion de ressortissants de pays tiers naturalisés diminue sensiblement¹².

2.3 Raisons sous-tendant la naturalisation

Dans le cadre d'une enquête en ligne, environ 4000 étrangers qui remplissent les conditions formelles de naturalisation au niveau national, mais qui n'ont pas encore soumis de demande de naturalisation, ont donné leur avis sur ce qui, selon eux, favorise ou entrave la naturalisation.

Pour une grande majorité des personnes interrogées (93 %), leur propre intégration en Suisse est une raison de se faire naturaliser. Les relations sociales étroites avec des Suisses sont également citées par une majorité des personnes interrogées comme étant un motif potentiel de naturalisation. En outre, l'acquisition du droit de vote (78 %) et la perspective d'un avenir sûr (67 %) sont des raisons déterminantes de se faire naturaliser pour un très grand nombre de personnes interrogées.

Principales raisons de se faire naturaliser

- Propre intégration en Suisse
- Lien étroit avec la Suisse
- Droit de vote
- Liberté de voyage et opportunités
- Perspective d'un avenir sûr

De meilleures opportunités sur le marché du travail (52 %) et dans la recherche d'un logement (50 %) ainsi que des contacts plus faciles avec les autorités (57 %) sont également des raisons concrètes de se faire naturaliser. Une autre raison évoquée par certaines personnes est la réduction des coûts (assurances et impôts). Les motifs de naturalisation sont évalués différemment selon la nationalité des personnes interrogées. Ainsi, pour 80 % des ressortissants de pays tiers interrogés, la liberté de voyage est déterminante, alors que ce n'est le cas que pour 30 % des ressortissants des États membres de l'UE ou de l'AELE. Dans l'ensemble, les motifs de naturalisation sont pondérés de manière similaire par les trois générations d'étrangers. Toutefois, le droit de vote a tendance à être plus important pour les étrangers des deuxième et troisième générations. De même, les étrangers de la troisième génération accordent beaucoup plus d'importance à la protection contre l'expulsion du territoire suisse que les autres générations. En ce qui concerne l'âge des personnes interrogées, il apparaît que les jeunes étrangers ont tendance à accorder plus d'importance à la naturalisation que les étrangers plus âgés¹³.

¹² Étude BASS, pt 7

¹³ Étude BASS, pt 4.2

2.4 Motifs de renonciation à la naturalisation

Plus de la moitié des personnes interrogées (56 %) citent les coûts comme un obstacle très ou assez important à la naturalisation. La procédure de naturalisation obtient presque le même résultat : 54 % des personnes interrogées n'ont pas encore déposé de demande de naturalisation notamment car la procédure de naturalisation est perçue comme lourde et compliquée. L'examen sur la connaissance de la Suisse (48 %) et les entretiens avec les autorités (39 %) sont eux aussi souvent cités comme des raisons pertinentes de ne pas demander la naturalisation. Un cinquième des personnes interrogées déclarent en outre avoir entendu parler de mauvaises expériences en matière de naturalisation. L'effet inhibiteur de la procédure de naturalisation, souvent considérée comme lourde et longue, est également illustré par le fait qu'une grande majorité des personnes interrogées (78 %) déclarent qu'elles se feraient naturaliser si seuls les délais de résidence et les connaissances linguistiques étaient pris en compte.

De plus, la moitié des personnes interrogées ne veulent pas se faire naturaliser parce qu'elles ne souhaitent pas renoncer à leur nationalité d'origine. Selon leurs dires, 7 % des personnes interrogées sont des ressortissants de pays qui n'autorisent pas la double ou la multiple nationalité. Si l'on ne considère que ces personnes, le pourcentage de personnes qui ne veulent pas se faire naturaliser pour ne pas renoncer à leur nationalité passe à 71 %. En outre, un peu plus d'un tiers des personnes interrogées (37 %) ne voient globalement que peu d'avantages à la naturalisation, et, pour près de trois personnes sur dix (29 %), il n'est pas important de pouvoir voter et être élu en Suisse. Le service militaire obligatoire ou la taxe d'exemption n'est un obstacle à la naturalisation que pour les jeunes hommes. Par ailleurs, de nombreuses personnes interrogées (39 %) ne veulent pas demander quelque chose (la nationalité suisse) qui, selon elles, devrait aller de soi. Cela concerne en particulier les étrangers qui sont nés en Suisse ou qui y vivent depuis longtemps.

Une proportion relativement faible des personnes interrogées (8 %) a pour l'instant renoncé à se faire naturaliser en raison d'un faible attachement à la Suisse. De même, l'environnement social (famille et amis) est globalement peu pertinent dans la décision de ne pas se faire naturaliser. Une proportion importante des personnes interrogées (47 %) n'a pas encore décidé de se faire naturaliser et 37 % n'ont pas encore entrepris de démarches. En outre, une personne sur cinq (21 %) se considère trop âgée pour être naturalisée et presque autant (19 %) ne savent pas si elles rempliraient les conditions de naturalisation. Enfin, 14 % des personnes interrogées ont décidé de ne pas se faire naturaliser parce qu'elles ne souhaitent pas rester en Suisse pour toujours¹⁴.

¹⁴ Étude BASS, pt 4.3

2.5 Principale raison de ne pas demander la naturalisation par génération d'étrangers

À l'exception de l'âge, qui figure parmi les cinq raisons principales de ne pas demander la naturalisation uniquement pour la première génération d'étrangers, toutes les raisons proposées figurent au top 5 des raisons de ne pas demander la naturalisation pour au moins deux générations d'étrangers. Le coût et la procédure se classent même parmi les cinq principaux obstacles pour toutes les générations d'étrangers. Pour les deuxième et troisième générations, les réponses données se concentrent sur un plus petit nombre de raisons : 69 % des personnes interrogées ont cité l'une des cinq raisons principales comme étant la plus importante, tandis que 31 % ont cité l'une des 14 autres raisons. En revanche, pour la première génération, 46 % des réponses se concentrent sur les cinq raisons principales et 44 % sur les autres raisons.

Première génération		Deuxième génération		Troisième génération	
Raison principale	Part	Raison principale	Part	Raison principale	Part
Conserver sa nationalité d'origine	16 %	Ne pas avoir à le demander	20 %	Coûts élevés	23 %
Coûts élevés	13 %	Coûts élevés	18 %	Ne pas avoir à le demander	16 %
Pas encore décidé de se faire naturaliser	10 %	Procédure lourde et complexe	11 %	Service militaire / taxe d'exemption	12 %
Procédure lourde et complexe	9 %	Pas encore décidé de se faire naturaliser	10 %	Procédure lourde et complexe	10 %
Trop âgé	8 %	Service militaire / taxe d'exemption	10 %	Conserver sa nationalité d'origine	8 %
Autres raisons	44 %	Autres raisons	31 %	Autres raisons	31 %

2.6 Facteurs influençant la décision de ne pas se faire naturaliser

Les facteurs influençant la décision de ne pas se faire naturaliser sont nombreux et varient en fonction de l'âge, de la nationalité, du niveau d'éducation, du sexe et du contexte cantonal :

- **Âge** : avec l'âge, la raison du coût perd en importance, au profit de préoccupations concernant la procédure de naturalisation et la perte de sa nationalité d'origine. Ainsi, les personnes âgées voient globalement moins d'avantages à se faire naturaliser, les droits politiques les intéressent moins et l'argument de ne pas vouloir renoncer à sa nationalité d'origine pèse plus lourd dans la balance que pour les jeunes. Comme on pouvait s'y attendre, le service militaire obligatoire est une raison beaucoup plus pertinente pour les jeunes étrangers que pour les étrangers âgés. Pour les hommes de moins de 34 ans, c'est la principale raison de ne pas se faire naturaliser. Néanmoins, les hommes de cette catégorie d'âge sont beaucoup plus susceptibles de se faire naturaliser que les hommes plus âgés. Par ailleurs, l'âge est cité en premier lieu et très fréquemment par les personnes âgées de 65 ans et plus comme un obstacle à la naturalisation (une personne sur quatre de cette catégorie d'âge cite l'âge comme la principale raison pour laquelle elle ne s'est pas encore fait naturaliser). Dans l'ensemble, il apparaît que tous les arguments contre la naturalisation, à l'exception des coûts et du service militaire, ont un poids plus important avec l'âge.
- **Nationalité** : les ressortissants des États membres de l'UE ou de l'AELE voient moins d'avantages à la naturalisation (43 % contre 23 %) et sont moins susceptibles de renoncer à leur natio-

nalité d'origine pour obtenir la nationalité suisse (57 % contre 33 %). Inversement, les ressortissants de pays tiers sont deux fois plus nombreux que les ressortissants des États membres de l'UE ou de l'AELE à ne pas savoir s'ils remplissent toutes les conditions requises pour la naturalisation (31 % contre 15 %). Pour un peu plus d'une personne sur dix (12 %), il s'agit de la raison la plus importante de ne pas se faire naturaliser (seuls les coûts sont plus importants : pour 15 % des ressortissants de pays tiers, ils constituent le principal obstacle à la naturalisation). Les personnes originaires des pays du sud de l'UE, hors Italie (c'est-à-dire principalement les personnes originaires du Portugal et de l'Espagne), sont significativement plus nombreuses que les personnes originaires d'Italie, des Balkans occidentaux et de Turquie à déclarer qu'elles n'ont pas encore déposé de demande de naturalisation parce qu'elles ne souhaitent pas rester en Suisse pour toujours (24 %) ou parce qu'elles se sentent peu liées à la Suisse (14 %).

- **Niveau d'éducation** : les préoccupations concernant la procédure de naturalisation sont plus prononcées chez les personnes ayant un niveau d'éducation inférieur. De même, ces personnes sont plus incertaines quant à la procédure à suivre et au respect des conditions de naturalisation.
- **Sexe** : les femmes sont un peu plus nombreuses que les hommes à se laisser décourager par le coût, l'entretien et le test de naturalisation. Pour les hommes, la raison invoquée est plutôt le service militaire obligatoire.
- **Contexte cantonal** : dans les cantons où les exigences sont élevées, la procédure et les expériences négatives sont plus souvent citées comme obstacles, tandis que, dans les cantons où les émoluments sont élevés, ces derniers sont plus souvent cités. Dans les cantons où les exigences sont élevées, la lourdeur ou la complexité de la procédure de naturalisation est aussi plus souvent citée comme la principale raison de ne pas demander la naturalisation. Ainsi, les personnes vivant dans ces cantons sont plus nombreuses à citer la procédure comme raison de ne pas se faire naturaliser que les personnes vivant dans un canton où les exigences ne sont que modérément élevées (+7 points de pourcentage). En outre, les personnes vivant dans un canton où les exigences sont élevées déclarent plus souvent avoir entendu parler de mauvaises expériences et ont donc des doutes quant à la naturalisation. Bien que l'effet dissuasif de ces témoignages soit globalement peu pertinent (il constitue un obstacle pour une personne interrogée sur cinq), il peut être important dans les cantons où les exigences en matière de naturalisation sont élevées¹⁵.

2.7 Intention de se faire naturaliser

L'intention de se faire naturaliser à long terme est légèrement plus élevée chez les étrangers de la deuxième génération (77 %) que chez ceux de la première génération (68 %) et de la troisième génération (72 %). Les ressortissants de pays tiers ont plus souvent l'intention de se faire naturaliser que les ressortissants des États membres de l'UE ou de l'AELE. En effet, pour une grande majorité (85 %) de ces personnes, il est plutôt important ou très important d'acquérir la nationalité suisse. Cette proportion est nettement plus faible chez les ressortissants des États membres de l'UE ou de l'AELE (55 %), avec des différences parfois importantes entre les pays de l'UE.

Ainsi, pour 70 % des personnes originaires de France, une future naturalisation en Suisse est plutôt importante ou très importante, contre 56 % des personnes originaires d'Allemagne ou d'Autriche. En outre, pour quatre personnes sur cinq âgées de 25 à 44 ans, il est important ou très important de se faire naturaliser. À partir du milieu de la quarantaine, l'intention de se faire naturaliser est plus faible à mesure que l'âge augmente (à partir de 65 ans : 47 %). Cela est aussi dû au fait que les jeunes ayant

¹⁵ Étude BASS, pt 4.4

une forte intention de se faire naturaliser sont plus nombreux à effectivement le faire que les personnes plus âgées. Par ailleurs, l'intention de se faire naturaliser augmente avec le niveau d'éducation, ce qui conduit effectivement à davantage de naturalisations, comme le confirment les analyses sur les naturalisations effectuées.

Ainsi, pour 63 % des personnes interrogées n'ayant pas dépassé le niveau de l'enseignement obligatoire, une future naturalisation en Suisse est importante ou très importante. Cette proportion est de 68 % pour les personnes ayant un diplôme du degré secondaire II et de 73 % pour les personnes ayant un diplôme du degré tertiaire. En revanche, aucune différence claire ne peut être observée entre les femmes et les hommes.

Il apparaît également que l'intention de se faire naturaliser est plus élevée chez les personnes qui s'identifient fortement à la Suisse et que, à l'inverse, une forte identification au pays d'origine fait fléchir cette intention. Cette corrélation dépend toutefois de la nationalité, même si elle s'observe dans les deux groupes de pays d'origine. Néanmoins, l'intention de se faire naturaliser est plus élevée chez les ressortissants de pays tiers que chez les ressortissants des États membres de l'UE ou de l'AELE, indépendamment du sentiment d'appartenance à la Suisse et au pays d'origine¹⁶.

3 Motifs de rejet des demandes de naturalisation

Les explications suivantes portent sur les raisons pour lesquelles les demandes de naturalisation soumises par des étrangers de la deuxième génération sont refusées.

Les demandes de naturalisation ordinaire sont généralement déposées auprès des communes et enregistrées par les cantons. Sur la période 2019-2022, les cantons ont enregistré entre 20 000 et 23 000 demandes, une demande concernant souvent plusieurs personnes. 17 cantons¹⁷ enregistrent le traitement des demandes aux niveaux cantonal et communal. Selon les cantons, entre 0 % et 20 % des demandes de naturalisation ordinaire sont rejetées ou classées. En règle générale, la majeure partie des demandes non acceptées sont classées, et non pas rejetées. Les cantons de Glaris, de Schaffhouse, du Valais et de Neuchâtel font exception, puisque le nombre de demandes rejetées y est nettement supérieur à celui des demandes classées. Le classement des demandes est souvent dû à un retrait de la demande à la suite de l'octroi du droit d'être entendu. Dans la plupart des cantons, la majorité des classements et des rejets se font au niveau communal. Les principales raisons de l'échec de la naturalisation au niveau communal sont le manque de connaissances de base sur la Suisse et le manque de contact avec des Suisses. Le refus d'accorder le droit de cité cantonal est nettement plus rare et se fonde principalement sur des consultations de registres (comparaison avec le casier judiciaire, vérification des conditions de résidence cantonales). Lors de l'octroi de l'autorisation de naturalisation ordinaire, la Confédération examine les conditions de naturalisation relatives à la sécurité publique et à la menace pour la sûreté intérieure et extérieure, notamment en consultant le casier judiciaire informatique VOSTRA. Dans le cadre de la naturalisation ordinaire, moins de 0,2 % des procédures reçoivent chaque année un avis négatif de la part de la Confédération.

Les sources de données disponibles ne permettent pas de différencier les motifs de refus et de classement selon la génération d'étrangers. Selon les estimations concordantes de sept cantons¹⁸, l'inscription au casier judiciaire est l'un des principaux motifs de rejet des demandes des étrangers de la deuxième

¹⁶ Étude BASS, pt 5 (intention de se faire naturaliser et comportement en matière d'information)

¹⁷ Zurich, Uri, Nidwald, Glaris, Zoug, Fribourg, Soleure, Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Schaffhouse, Appenzell Rhodes-Extérieures, Grisons, Vaud, Valais, Neuchâtel, Genève, Jura

¹⁸ Nidwald, Soleure, Bâle-Campagne, Schaffhouse, Argovie, Neuchâtel, Jura

génération au niveau cantonal. La réputation financière (« poursuites ») est également mentionnée à plusieurs reprises. En revanche, on sait peu de choses sur les motifs de refus et de classement au niveau communal. Les données fournies par les représentants communaux sont basées sur quelques cas isolés. Certains représentants communaux soulignent donc que les demandes des étrangers de la deuxième génération ne sont pas ou rarement rejetées, car ils ont été scolarisés en Suisse. En outre, l'inscription au casier judiciaire, le manque de connaissances sur la Suisse, les conditions de résidence de la commune et la situation financière sont également mentionnés comme motifs de classement ou de rejet.

Des analyses approfondies montrent une corrélation entre le nombre de demandes de naturalisation et l'indice relatif aux conditions cantonales de naturalisation. Dans les cantons où les exigences sont modérément élevées, les demandes sont plus nombreuses que dans ceux où les exigences sont très élevées (voir point 4.1). Aucun effet n'est observé sur le taux de refus ou de classement. Les résultats de l'enquête réalisée auprès des cantons coïncident en grande partie avec les informations fournies par les 195 personnes interrogées dont la demande de naturalisation a été rejetée. Ainsi, quatre demandes sur cinq ont été rejetées ou classées au niveau communal, souvent pour des raisons qui concernent les critères d'intégration. Les raisons liées à la réputation financière et pénale sont également mentionnées dans les réponses des personnes interrogées, mais moins souvent que dans les réponses des cantons et des communes¹⁹.

4 Différences entre les cantons

Les explications suivantes portent sur les différences qui existent entre les cantons en ce qui concerne les obstacles à la naturalisation et le nombre de naturalisations d'étrangers de la deuxième génération.

4.1 Développement du cadre juridique relatif à la naturalisation

Le droit de cité au niveau national n'a été instauré qu'avec la fondation de l'État fédéral en 1848. La Confédération n'a repris que progressivement les compétences des cantons. La Constitution fédérale de 1874 a confié à la Confédération la supervision des naturalisations au niveau national. Une première loi sur la nationalité a été créée en 1876. La loi sur la nationalité adoptée au lendemain de la Seconde Guerre mondiale a certes été révisée à plusieurs reprises sur certains points, mais elle a longtemps marqué de son empreinte le cadre juridique des naturalisations en Suisse. La loi de 1952 sur la nationalité suisse prévoyait que les années passées en Suisse entre l'âge de 10 et de 20 ans révolus comptaient double dans le calcul des douze ans de résidence prévus par le droit fédéral, ce qui a permis de simplifier la procédure de naturalisation ordinaire pour les jeunes étrangers ayant grandi en Suisse, en introduisant pour eux des délais de résidence réduits. La naturalisation facilitée a aussi été instaurée à cette occasion. L'objectif était d'éviter aux personnes qui avaient déjà des liens étroits avec la Suisse, en particulier les époux et épouses de Suisses, de passer par la voie plus compliquée de la naturalisation ordinaire.

En 1994, les cantons de Berne, de Fribourg, de Vaud, de Neuchâtel, de Genève et du Jura ont signé une convention de réciprocité sur les conditions cantonales de naturalisation des jeunes étrangers. En 1996, le canton de Zurich y a également adhéré. Ces cantons se sont ainsi engagés à mettre en place des simplifications pour la naturalisation des étrangers âgés de 16 à 25 ans. En outre, seuls des émoluments minimaux pouvaient être prélevés et une durée de séjour minimale de deux ans, dont une

¹⁹ Étude BASS, pt 6 (classement ou rejet des demandes)

année avant le dépôt de la demande, pouvait être exigée. Ensuite, deux arrêts de principe rendus par le Tribunal fédéral en 2003²⁰ ont eu une influence déterminante sur la naturalisation. Dans ces deux arrêts, le Tribunal fédéral a affirmé que les procédures de naturalisation ne se déroulaient pas dans une zone de non-droit, mais qu'elles devaient respecter les droits fondamentaux des personnes concernées, notamment le droit d'être entendu et l'interdiction de discrimination. À la suite de cette jurisprudence, l'obligation de motivation et la garantie des voies de recours ont été réglementées en 2009 dans la loi sur la nationalité suisse (art. 19, 46 et 47 LN). Un autre changement important a été la révision du régime des frais en 2006. Depuis lors, les émoluments de naturalisation couvrent au plus les frais encourus (art. 35, al. 2, LN).

Le 1^{er} janvier 2018, la version entièrement révisée de la LN²¹ est entrée en vigueur. La durée de séjour requise est passée de douze à dix ans (art. 9, al. 1, let. b, LN). En outre, les requérants doivent être titulaires d'une autorisation d'établissement au moment du dépôt de leur demande de naturalisation (art. 9, al. 1, let. a, LN). Dans le calcul de la durée de séjour, le temps que les requérants ont passé en Suisse entre l'âge de huit et de 18 ans compte double (art. 9, al. 2, LN). Quant aux conditions matérielles, elles exigent que les requérants soient bien intégrés, qu'ils soient familiarisés avec les conditions de vie en Suisse et qu'ils ne mettent pas en danger la sûreté intérieure ou extérieure de la Suisse (art. 11 LN). Les conditions de naturalisation au niveau national ont été précisées dans l'ordonnance du 17 juin 2016 sur la nationalité (OLN)²². En outre, les cantons peuvent, même selon le nouveau droit, fixer leurs propres exigences en matière d'intégration pour la naturalisation aux niveaux cantonal et communal et aller ainsi au-delà des exigences du droit fédéral (art. 12, al. 3, LN). Parallèlement à la révision totale de la LN, le peuple a approuvé en 2017 une modification de la Constitution (art. 38, al. 3, let. a, Cst.) visant à permettre aux étrangers de la troisième génération de se faire naturaliser plus facilement (art. 24a LN). Après l'échec des projets de naturalisation en 1983, 1994 et 2004, c'est la première fois que le peuple a dit oui à une naturalisation facilitée²³.

4.2 Naturalisation ordinaire

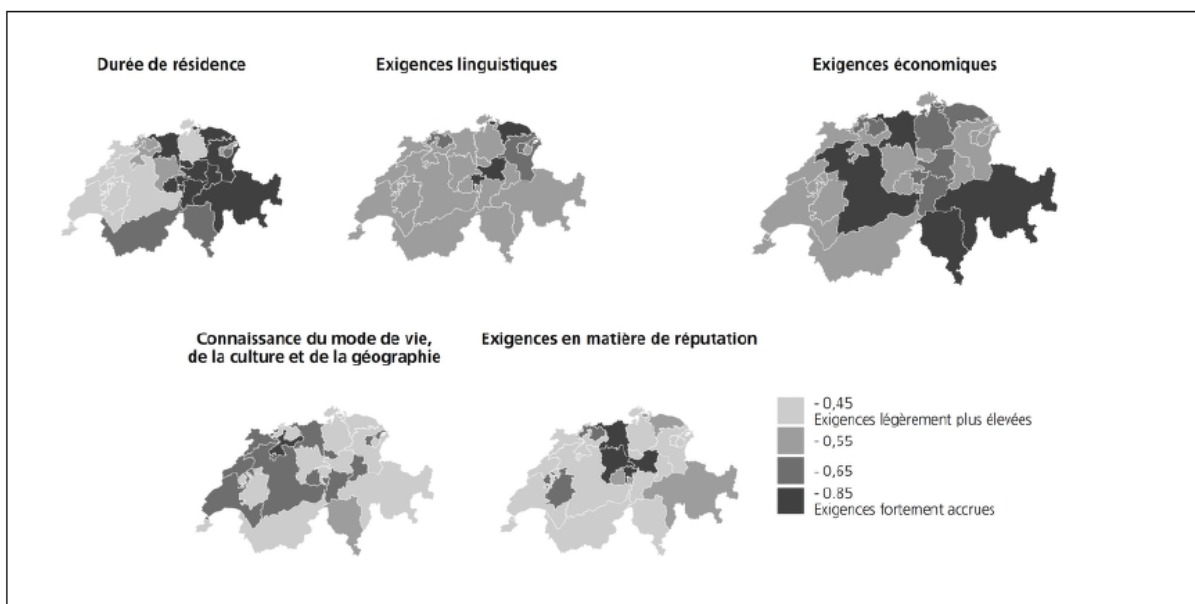
Les législations cantonales sur la nationalité règlent la procédure de naturalisation ordinaire dans les limites du cadre fixé par les dispositions du droit fédéral (art. 38, al. 2, Cst. et art. 13 ss LN). La procédure de naturalisation ordinaire se déroule en trois étapes, ce qui s'explique par la structure fédérale de la Suisse (voir les explications au point 4.1). Les conditions de naturalisation varient selon les lois cantonales sur la nationalité et leurs dispositions d'exécution. Afin de comparer de manière uniforme les différentes conditions cantonales de naturalisation, des indicateurs relatifs aux exigences en matière de durée de séjour, de langue, de situation économique, de connaissance du mode de vie, de la culture et des particularités géographiques de la Suisse ainsi que de réputation pénale ont été créés et regroupés en un indice. L'illustration ci-après montre ces cinq indicateurs relatifs aux conditions de naturalisation cantonales. Une coloration foncée correspond à des exigences très élevées et une coloration claire à des conditions modérément élevées.

²⁰ ATF 129 I 217, ATF 129 I 232

²¹ RO 2016 2561

²² RS 141.01

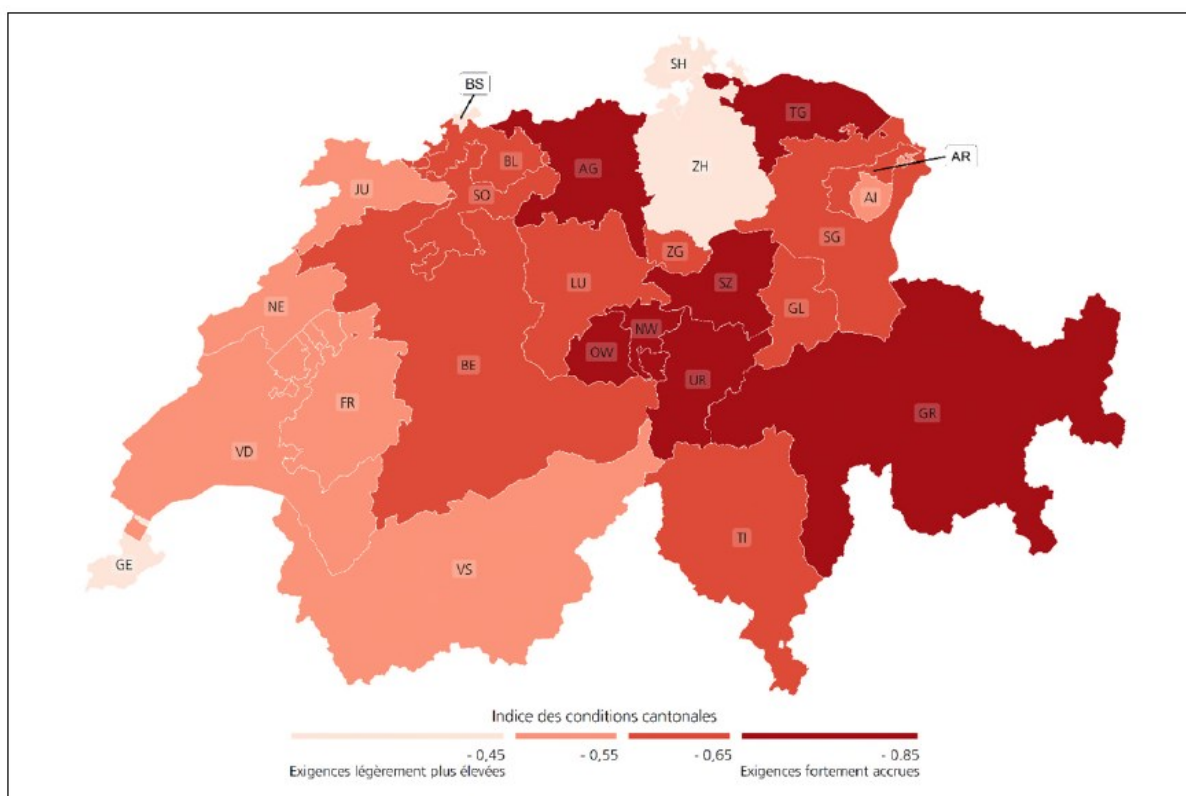
²³ Étude BASS, pt 2.4 (Développement du cadre juridique relatif à la naturalisation)



- **Durée de séjour** : la répartition spatiale des réglementations cantonales relatives à la durée de séjour montre que les exigences posées pour se faire naturaliser sont un peu moins élevées en Suisse romande qu'en Suisse alémanique et au Tessin, mais aussi que des cantons à forte dominante urbaine (Genève, Bâle-Ville et Zurich) s'écartent de la plus longue durée de séjour minimale possible (voir point 4.5).
- **Langue** : en ce qui concerne les exigences linguistiques, la plupart des cantons reprennent les exigences minimales fixées par la Confédération et exigent un niveau B1 à l'oral et un niveau A2 à l'écrit (art. 6 OLN). Il s'agit notamment de tous les cantons romands, ainsi que de Zurich et de Bâle-Ville.
- **Situation économique** : concernant les exigences économiques, tous les cantons romands et un certain nombre de cantons alémaniques reprennent les exigences minimales fixées par la Confédération, lesquelles ne prévoient aucun recours à l'aide sociale au cours des trois années précédant le dépôt de la demande de naturalisation (voir point 4.3).
- **Connaissance du mode de vie, de la culture et des particularités géographiques de la Suisse** : s'agissant de la connaissance du mode de vie, de la culture et des particularités géographiques de la Suisse, le contraste entre la Suisse romande et la Suisse alémanique est moins prononcé. Un test dans le cadre d'un entretien est considéré comme moins exigeant qu'un test formel impliquant des cours (en partie) obligatoires. Les cantons qui organisent des tests formels et éventuellement des cours font donc partie des cantons aux exigences accrues.
- **Réputation pénale** : en ce qui concerne les exigences cantonales en matière de réputation, la plupart des cantons appliquent les exigences minimales fixées par la Confédération. Il s'agit de tous les cantons romands, à l'exception de Fribourg, et de tous les cantons à forte dominante urbaine. Il existe cependant des cantons qui connaissent des exigences plus élevées dans ce domaine et qui exigent une absence totale d'antécédents judiciaires comme condition à la naturalisation (par ex. Argovie et Nidwald).

La moyenne de ces cinq indicateurs donne l'indice sur les exigences cantonales pour la naturalisation ordinaire. Plus la valeur de l'indice est élevée, plus les exigences cantonales liées à la naturalisation

sont élevées. La plage de valeurs s'étend de 0,35 (minimum, exigences modérément élevées) à 0,85 (maximum, exigences très élevées)²⁴.



²⁴ Étude BASS, pt 2 (procédure de naturalisation et conditions)

4.3 Différences dans les conditions cantonales et communales en matière de naturalisation

4.3.1 Aperçu des lois sur la nationalité et de leurs dispositions d'exécution

Les modifications des dispositions cantonales genevoises et zougises entrées en vigueur respectivement le 1^{er} septembre 2024 et le 1^{er} janvier 2025 ont été prises en compte²⁵.

Canton	Bases
Confédération	Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz, BÜG) ☞ Loi sur la nationalité suisse (LN) ☞ Legge federale sulla cittadinanza svizzera (Legge sulla cittadinanza, LCit) ☞ Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsverordnung, BÜV) ☞ Ordonnance sur la nationalité suisse (Ordonnance sur la nationalité, OLN) ☞ Ordinanza sulla cittadinanza svizzera (Ordinanza sulla cittadinanza, OCit) ☞ Handbuch Bürgerrecht ☞ Manuel Nationalité ☞ Manuale sulla cittadinanza ☞
AG	Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBÜG) ☞ Verordnung über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBÜV) ☞ Elektronisches Handbuch, ordentliches Einbürgerungsverfahren ☞
AI	Landsgemeindebeschluss über die Erteilung des Bürgerrechtes ☞ (abschliessende Regelung des Erwerbs des Kantons- und Gemeindebürgerrechts; Art. 1 VLG). Verordnung über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht (VLG) ☞
AR	Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht ☞ Gesetz über die Gebühren der Gemeinden (Gebührentarif für die Gemeinden) ☞ Amt für Inneres Abteilung Bürgerrecht und Zivilstand, Die ordentliche Einbürgerung von Ausländer/innen im Kanton Appenzell Ausserrhodon ☞
BE	Loi sur le droit de cité cantonal et le droit de cité communal (Loi sur le droit de cité, LDC) ☞ Ordonnance sur le droit de cité cantonal et le droit de cité communal (Ordonnance sur le droit de cité, ODC) ☞ Directive « Admission au droit de cité ou au droit de bourgeoisie de personnes suisses : naturalisation ordinaire de personnes étrangères » ☞
BL	Bürgerrechtsgesetz Basel-Landschaft (BÜG BL) ☞ Merkblatt über das Einbürgerungsverfahren von ausländischen Personen ☞
BS	Bürgerrechtsgesetz (BÜRG) ☞ Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz (BüRV) ☞
FR	Gesetz über das freiburgische Bürgerrecht (BRG) ☞ Loi sur le droit de cité fribourgeois (LDCF) ☞ Reglement über das freiburgische Bürgerrecht (BRR) ☞ Règlement sur le droit de cité fribourgeois (RDCF) ☞ Empfehlungen für die Gemeinden ☞
GE	Loi sur le droit de cité genevois (LDCG) ☞ Règlement d'application de la loi sur le droit de cité genevois (RDCG) ☞
GL	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Kantonales Bürgerrechtsgesetz, KBÜG) ☞ Verordnung zum Kantonalen Bürgerrechtsgesetz (Kantonale Bürgerrechtsverordnung, KBÜV) ☞
GR	Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBÜG) ☞ (Die Bürgergemeinden erlassen Vorschriften über die Erteilung, Zusicherung und Verweigerung des Gemeindebürgerrechts, soweit die Gesetzgebungen des Bundes und des Kantons keine Bestimmungen enthalten; Art. 3 Abs. 1 KBÜG) Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBÜV) ☞

²⁵ Le symbole «☞» renvoie à un lien Internet. Cliquer sur ces liens permet d'accéder aux pages Internet correspondantes (état : juillet 2025). Il peut arriver que certains liens ne soient plus à jour au fil du temps. Les cantons sont listés par ordre alphabétique.

Canton	Bases
JU	Loi sur le droit de cité (LDC) ☞ Décret concernant l'admission au droit de cité communal et cantonal et la libération des liens de ce droit de cité (Décret) ☞ Décret fixant les émoluments de l'administration cantonale (DEmol) ☞
LU	Kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG) ☞ Kantonale Bürgerrechtsverordnung (KBüV) ☞
NE	Loi sur le droit de cité neuchâtelois (LDCN) ☞ Règlement d'exécution de la loi sur le droit de cité neuchâtelois (RLDCN) ☞ Loi sur la procédure et la juridiction administratives (LPJA) ☞
NW	Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (Kantonales Bürgerrechtsgesetz, kBüG) ☞ Vollzugsverordnung zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz (Kantonale Bürgerrechtsverordnung, kBüV) ☞ Verordnung zum Gesetz über die amtlichen Kosten (Gebührenverordnung, GebV) ☞ Merkblatt für die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern ☞
OW	Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz, BRG) ☞ Verordnung zum Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (Bürgerrechtsverordnung, BRV) ☞ Ausführungsbestimmungen zur Bürgerrechtsverordnung (AB BRV) ☞ Merkblatt ordentliche Einbürgerung ausländischer Personen im Kanton Obwalden ☞
SG	Gesetz über das St. Galler Bürgerrecht (BRG) ☞ (Das kantonale Recht regelt die Mindestvoraussetzungen für die Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechts; Art. 104a Verfassung des Kantons St. Gallen, KV) ☞ Verordnung über das St. Galler Bürgerrecht (BRV) ☞ Wie erhalte ich das Schweizer Bürgerrecht ☞
SH	Bürgerrechtsgesetz ☞ Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz ☞
SO	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz) ☞ Vollzugsverordnung zum Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsverordnung) ☞ Gebührentarif (GT) ☞ Informationen zur ordentlichen Einbürgerung von ausländischen Staatsangehörigen ☞
SZ	Bürgerrechtsgesetz ☞ Bürgerrechtsverordnung ☞
TG	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) ☞ Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüV) ☞
TI	Legge sulla cittadinanza ticinese e sull'attinenza comunale (LCCit) ☞ (Le droit cantonal régit de manière exhaustive l'acquisition du droit de cité cantonal et communal ; art. 1 LCCit). Regolamento della legge sulla cittadinanza ticinese e sull'attinenza comunale (RLCCit) ☞
UR	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Kantonales Bürgerrechtsgesetz; KBüG) ☞ Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen für das Kantons- und Gemeindebürgerrecht ☞ Die ordentliche Einbürgerung im Kanton Uri ☞
VD	Loi sur le droit de cité vaudois (LDCV) ☞ Loi sur la procédure administrative (LPA-VD) ☞ Règlement d'application de la loi du 19 décembre 2017 sur le droit de cité vaudois (RLDCV) ☞

Canton	Bases
VS	Gesetz über das Walliser Bürgerrecht ☞ Loi sur le droit de cité valaisan ☞ Reglement betreffend den Vollzug des Gesetzes über das Walliser Bürgerrecht ☞ Règlement concernant l'exécution de la loi sur le droit de cité valaisan ☞ Leitfaden ordentliche Einbürgerung für die Walliser Gemeinden ☞
ZG	Gesetz betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz) ☞ Verordnung zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz (kant. BüV) ☞ Übergangsverordnung zum revidierten Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (ÜVBüG) ☞
ZH	Kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG) ☞ Kantonale Bürgerrechtsverordnung (KBüV) ☞ Handbuch Einbürgerungen ☞

4.3.2 La dépendance à l'aide sociale comme obstacle à la naturalisation

Selon la législation en vigueur, la naturalisation est exclue si l'étranger a bénéficié de l'aide sociale pendant les trois années précédant immédiatement le dépôt de sa demande de naturalisation ou s'il devient dépendant de l'aide sociale pendant la procédure de naturalisation. Le remboursement intégral de l'aide sociale perçue au cours des trois années précédentes rend la naturalisation possible (art. 12, al. 1, let. d, LN en relation avec l'art. 7, al. 3, OLN). Les cantons peuvent prévoir des règles plus strictes dans leur droit cantonal.

Cantons appliquant un délai de trois ans avant le dépôt de la demande

Canton	Base
AI	Aucune réglementation cantonale
AR	Aucune réglementation cantonale voir aussi le site Internet du canton ☞
BS	Art. 9, al. 3, BÜRg
FR	Aucune réglementation cantonale voir aussi le site Internet du canton ☞
GE	Art. 24, al. 3, LCDG
GL	Art. 5, al. 3, KBüV
JU	Aucune réglementation cantonale voir aussi le site Internet du canton ☞
LU	Art. 23, al. 3, KBüG
NE	Aucune réglementation cantonale voir aussi le site Internet du canton ☞
OW	Aucune réglementation cantonale
SG	Aucune réglementation cantonale
SH	Art. 1, al. 1, let. b, de la Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz
SO	Aucune réglementation cantonale
VD	Aucune réglementation cantonale voir aussi le site Internet du canton ☞
VS	Aucune réglementation cantonale
ZH	Art. 11, al. 2, let. h, KBüV

Cantons appliquant un délai de cinq ans avant le dépôt de la demande

Canton	Base
BL	Art. 14, al. 1, BÜG BL
NW	Art. 5, al. 1, ch. 2, KBüV
SZ	Art. 7, al. 1, let. c, de la Bürgerrechtsverordnung
TG	Art. 4, al. 3, KBüV
UR	Art. 7, al. 3, let. a, de la Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen für das Kantons- und Gemeindebürgerrecht
ZG	Art. 5, al. 3, KBüG

Cantons appliquant un délai de dix ans avant le dépôt de la demande

Canton	Base
AG	Art. 9 KBüG
BE	Art. 12, al. 1, let. c, LDC
GR	Art. 5, al. 2, let. c, KBüG
TI	Art. 12, al. 1, let. d, LCCit

4.3.3 Naturalisation individuelle des mineurs

Les requérants doivent apporter la preuve qu'ils ont séjourné en Suisse pendant dix ans en tout, dont trois sur les cinq ans ayant précédé le dépôt de leur demande (art. 9, al. 1, let. b, LN). Dans le calcul de la durée de séjour, le temps qu'ils ont passé en Suisse entre l'âge de huit et de 18 ans compte double (art. 9, al. 2, LN). Ainsi, le représentant légal d'un enfant mineur (art. 31, al. 1, LN) peut déposer une demande de naturalisation individuelle au plus tôt lorsque l'enfant a atteint l'âge de 9 ans.

Naturalisation individuelle des mineurs à partir de l'âge de 9 ans

Canton	Base
AG	Art. 14 KBüG
AR	Art. 7, al. 1, de la Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht
BE	Aucune réglementation cantonale
GE	Aucune réglementation cantonale
GL	Art. 3 KBüG
LU	Art. 13, al. 1, KBüG
NE	Art. 30, al. 1, LDCN
OW	Art. 10, al. 1, BRG
SG	Art. 38, al. 1, BRG
TI	Art. 35, al. 2, LCCi
UR	Aucune réglementation cantonale
VD	Art. 15, al. 1, LDCV
VS	Aucune réglementation cantonale
ZH	Aucune réglementation cantonale

Naturalisation individuelle des mineurs à partir de l'âge de 12 ans révolus

Canton	Base
BS	Art. 3, al. 2, BùRG
GR	Art. 23, al. 1, KBùG
JU	Conformément à la pratique. Information donnée par le Service de la population de la République et Canton du Jura
SH	Selon une pratique établie de longue date. À partir de l'âge de 12 ans, les enfants doivent remplir les conditions de naturalisation de manière autonome (art. 30 LN) et la preuve des compétences linguistiques est réputée fournie lorsqu'ils ont fréquenté l'école obligatoire dans une langue nationale pendant au minimum cinq ans (art. 6, al. 2, let. b, OLN) ²⁶ .
SZ	Les mineurs peuvent déposer une demande de naturalisation ordinaire à partir de l'âge de 9 ans s'ils sont nés en Suisse et sont de langue maternelle allemande. Conformément à l'art. 5, al. 2, let. b, KBüV, tous les autres mineurs, qui doivent apporter la preuve de leur connaissance de l'allemand, ne peuvent déposer une demande de naturalisation ordinaire qu'après avoir suivi en Suisse un enseignement de niveau primaire ou secondaire en allemand pendant au moins sept ans. Cela est possible à partir de l'âge de 12 ans environ.

Naturalisation individuelle des mineurs à partir de l'âge de 14 ans

Canton	Base
FR	Art. 14, al. 4, LDCF

Naturalisation individuelle des mineurs à partir de l'âge de 16 ans

Canton	Base
AI	Art. 8, al. 1, VLG
BL	Art. 6, al. 2, BùG BL
NW	Art. 4, al. 2, KBùG
SO	Art. 8, al. 1, de la Bürgerrechtsgesetz
TG	Art. 26, al. 1, KBùG
ZG	Art. 8, al. 1, KBùG

4.3.4 Délais de séjour cantonaux et communaux

Selon le droit en vigueur, la législation cantonale doit prévoir une durée de séjour minimale de deux à cinq ans (art. 18, al. 1, LN). En application de la convention de réciprocité du 16 décembre 1994 sur les conditions cantonales requises pour la naturalisation des jeunes étrangers de la deuxième génération, les cantons de Zurich, de Berne, de Fribourg, de Genève, de Vaud, de Neuchâtel et du Jura reconnaissent les années de résidence passées dans ces cantons (indiqué par une barre noire dans la marge du tableau)²⁷.

Cantons prévoyant un délai de séjour de deux ans

Canton	Durée de séjour minimale (base)
BE	2 ans sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 11, al. 1, LDC)

²⁶ Réponse de l'Office de la justice et des affaires communales (*Amt für Justiz und Gemeinden*) du canton de Schaffhouse

²⁷ Rapport de la Commission des institutions politiques du Conseil national daté du 30 octobre 2014, Initiative parlementaire « La Suisse doit reconnaître ses enfants », FF 2015 739, pt 1.5

Canton	Durée de séjour minimale (base)
BS	2 ans sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 3, al. 1, BÜRg)
GE	2 ans dans le canton (art. 17, al. 1, let. b, LDCG)
JU	2 ans dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 3 LCD, art. 4 Décret)
NE	2 ans dans le canton (art. 14, let. b, LDCN)
SH	2 ans sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 7, al. 1, BÜRg)
VD	2 ans dans le canton, 1 an dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 12, al. 3, LDCV)
ZH	2 ans dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 2, al. 1, let. a, KBÜg)

Cantons prévoyant un délai de séjour de trois ans

Canton	Durée de séjour minimale (base)
AR	3 ans sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 4, al. 1, de la Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht)
FR	3 ans dans le canton, dont 2 au cours des 5 ans précédant le dépôt de la demande (art. 9, al. 1, LDCF) 2 ans dans le canton, dont 1 au cours des 2 ans précédant le dépôt de la demande (art. 9, al. 2, LDCF)
LU	3 ans dans la commune où la naturalisation est demandée au cours des 5 ans précédant le dépôt de la demande (art. 18 en relation avec l'art. 17 KBÜg)

Cantons prévoyant un délai de séjour de quatre ans

Canton	Durée de séjour minimale (base)
SO	4 ans dans le canton, dont les 2 années précédant le dépôt de la demande (art. 14, al. 1, de la Bürgerrechtsgesetz) et 2 ans dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 18 de la Bürgerrechtsgesetz) Les années comptent double pour les jeunes (art. 14, al. 2, de la Bürgerrechtsgesetz). Naturalisation facilitée en cas de partenariat enregistré avec un Suisse ou une Suisse (art. 14, al. 3, de la Bürgerrechtsgesetz)

Cantons prévoyant un délai de séjour de cinq ans

Canton	Durée de séjour minimale (base)
AG	5 ans dans le canton, dont les 3 années précédant le dépôt de la demande sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 4, al. 1, let. a, KBÜg)
AI	5 ans dans le canton, dont les 2 années précédant le dépôt de la demande sans interruption (art. 1, al. 1, du Landsgemeindebeschluss über die Erteilung des Bürgerrechtes)
BL	5 ans dans le canton (art. 8, al. 1, BÜg), les communes pouvant exiger un séjour d'au minimum 2 ans et d'au maximum 5 ans sur leur territoire (art. 8, al. 4, BÜg)
GL	5 ans dans le canton, dont les 3 années précédant le dépôt de la demande sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 8, al. 2, let. g, KBÜg)
GR	5 ans dans la commune où la naturalisation est demandée, dont les 2 années précédant le dépôt de la demande sans interruption (art. 4, al. 1, KBÜg)
NW	5 ans sans interruption dans le canton et dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 6, al. 1, ch. 2, KBÜg)
OW	5 ans sans interruption dans le canton et dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 5, al. 1, BRG)
SG	5 ans sans interruption dans le canton et dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 9, al. 1, BRG)
SZ	5 ans sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 3, al. 1, de la Bürgerrechtsgesetz)

Canton	Durée de séjour minimale (base)
TG	5 ans dans le canton, dont les 3 années précédant le dépôt de la demande sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 4, al. 1, KBüG)
TI	5 ans dans le canton et 3 ans dans la commune où la naturalisation est demandée, dont les 2 années précédant le dépôt de la demande sans interruption (art. 12 et 13 LCCit)
UR	5 ans sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 4 KBüG)
VS	5 ans dans le canton (art. 3, al. 2, let. b, de la loi sur le droit de cité valaisan) et 3 ans dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 1, al. 1, let. a, de la loi sur le droit de cité valaisan)
ZG	5 ans dans le canton, dont les 3 années précédant le dépôt de la demande sans interruption dans la commune où la naturalisation est demandée (art. 10, al. 1, de la Bürgerrechtsgesetz) 5 ans dans le canton pour les jeunes étrangers de la deuxième génération

5 Émoluments

Les explications suivantes portent sur le coût de la naturalisation pour les étrangers de la deuxième génération.

Émoluments cantonaux

Selon le droit fédéral, les émoluments perçus pour la naturalisation couvrent au plus les frais encourus (art. 35, al. 2, LN). Le montant des émoluments cantonaux peut varier considérablement d'un canton à l'autre. Des cantons comme Zurich, Lucerne, Schwyz et Vaud perçoivent des émoluments relativement bas pour la naturalisation cantonale d'une personne seule, de l'ordre de 300 à 500 francs. En revanche, les émoluments cantonaux s'élèvent à environ 1500 francs à Bâle-Campagne et à Neuchâtel, et à 2000 francs à Saint-Gall²⁸.

Émoluments communaux

Les lois cantonales sur la nationalité réglementent différemment la marge de manœuvre en matière d'émoluments communaux. Dans 19 cantons²⁹, le droit de cité communal est réglé de manière exhaustive dans la loi cantonale sur la nationalité, tandis que sept cantons³⁰ accordent explicitement à leurs communes une marge de manœuvre dans la réglementation des conditions de naturalisation. Les cantons de Berne, de Glaris, de Bâle-Campagne, des Grisons, d'Obwald, de Zoug et du Jura accordent à leurs communes une marge de manœuvre pour la fixation des émoluments. Les cantons de Berne, d'Obwald et de Zoug laissent une liberté complète aux communes en ce qui concerne la fixation des émoluments communaux ; les émoluments perçus doivent simplement couvrir au plus les frais encourus. Les cantons de Glaris, de Bâle-Campagne, des Grisons et du Jura prescrivent soit un montant maximal, soit une fourchette.

Dans les cantons où les émoluments sont plus élevés en comparaison intercantonale, les émoluments au niveau communal ont tendance à être plus élevés, et inversement. Ainsi, les deux cantons où les émoluments sont les plus faibles au niveau communal (Grisons, Jura) sont également ceux où les émoluments cantonaux sont les plus faibles. En revanche, l'examen des émoluments communaux en fonction du degré d'urbanisation et de la typologie des communes ne permet pas de dégager un schéma

²⁸ Étude BASS, p. 13

²⁹ Zurich, Lucerne, Uri, Schwyz, Nidwald, Fribourg, Soleure, Bâle-Ville, Schaffhouse, Appenzell Rhodes-Extérieures, Appenzell Rhodes-Intérieures, Saint-Gall, Argovie, Thurgovie, Tessin, Vaud, Valais, Neuchâtel, Genève

³⁰ Berne, Glaris, Bâle-Campagne, Grisons, Obwald, Zoug, Jura

clair. Tant les communes à caractère urbain que celles à caractère rural ou d'agglomération demandent en moyenne entre 1200 et 1500 francs³¹.

Liste à titre d'exemple

Canton	Émoluments cantonaux pour la naturalisation ordinaire en francs	Émoluments communaux pour la naturalisation ordinaire en francs
AG	Fr. 750 Personnes seules Fr. 375 Enfants dès 10 ans et compris dans le projet des parents Gratuit pour les enfants jusqu'à 10 ans s'ils sont compris dans le projet des parents Art. 15, al. 1, let. d, et 2, KBüV	Fr. 1500 Personnes seules Fr. 750 Enfants dès 10 ans et compris dans le projet des parents Gratuit pour les enfants jusqu'à 10 ans s'ils sont compris dans le projet des parents Art. 15, al. 1, let. a, et 2, KBüV
AI	Fr. 1000 Adultes dès 20 ans Fr. 100 Pour chaque enfant mineur compris dans le projet des parents Fr. 200 Personnes mineures dès 16 ans Fr. 500 Personnes majeures jusqu'à 20 ans Ces émoluments s'appliquent à l'octroi du droit de cité ordinaire cantonal et communal. Art. 11, al. 1, let. a à d, VLG	
AR	Fr. 1000 Personnes majeures Fr. 500 Personnes mineures Amt für Inneres Abteilung Bürgerrecht und Zivilstand, Die ordentliche Einbürgerung von Ausländer/innen im Kanton Appenzell Ausserrhoden ☞	Fr. 2000 maximum Art. 11 de la Gesetz über die Gebühren der Gemeinden (Gebührentarif für die Gemeinden) ☞
BE	Fr. 1150 Adultes Fr. 575 Mineurs qui se font naturaliser sans leurs parents Annexe 5A de l'ordonnance fixant les émoluments de l'administration cantonale : Émoluments de la Direction de la sécurité ☞	Exemple : Ville de Berne Fr. 400 Personnes seules Fr. 600 Couples Fr. 200 Jeunes qui soumettent leur demande avant l'âge de 18 ans Site Internet de la Ville de Berne ☞
BL	Fr. 2000 maximum Supplément de 1000 francs maximum pour les cas exceptionnellement compliqués Art. 32, al. 3 et 4, BÜG BL	Fr. 2000 maximum Supplément de 1000 francs maximum pour les cas exceptionnellement compliqués Art. 31, al. 1 et 2, BÜG BL
BS	Fr. 850 Personnes seules âgées de 25 ans ou plus Fr. 600 Personnes seules jusqu'à 25 ans Assouplissements et exemption de frais pour des groupes de personnes spécifiques Art. 30, al. 1, let. a à c, BÜRV	Exemple : Bâle-Ville Fr. 950 Personnes seules âgées de 25 ans ou plus Fr. 700 Personnes seules jusqu'à 25 ans Assouplissements et exemption de frais pour des groupes de personnes spécifiques Bevölkerungsdienste und Migration, Leitfaden Einbürgerung ☞
FR	Fr. 800 à 1500 Service de l'état civil et des naturalisations, naturalisation ordinaire ☞	Exemple : Ville de Fribourg : Fr. 500 minimum Fr. 1650 minimum Assouplissements pour des groupes de personnes spécifiques Tarif de l'émolument en matière de naturalisation ☞

³¹ Étude BASS, p. 15

Canton	Émoluments cantonaux pour la naturalisation ordinaire en francs		Émoluments communaux pour la naturalisation ordinaire en francs	
GE	Fr. 300	Mineurs âgés de 9 à 17 ans	Éventuel émolument communal ³²	
	Fr. 850	Personnes âgées de 18 à 25 ans		
	Fr. 1250	Personnes majeures		
	Fr. 1360	Couples dont l'un des deux conjoints à moins de 25 ans		
	Fr. 2000	Couples dont les deux conjoints ont 25 ans ou plus		
	Fr. 300	Pour chaque enfant compris dans le projet des parents		
	Art. 13, al. 2, du Règlement d'application de la loi sur le droit de cité genevois (RDCG)			
GL	Fr. 1000		Fr. 2100 maximum	
	Art. 13, al. 1, KBüV		Art. 13, al. 3, KBüV	
GR	Fr. 100 à 1300	Personnes majeures	Fr. 2000 maximum	
	Fr. 150 à 1600	Couples	Art. 25, al. 2, KBüG	
	Fr. 100 à 1500	Parent avec enfants		
	Fr. 100 à 1100	Personnes mineurs		
	Art. 37, al. 1, KBüV			
JU	Fr. 200	Personnes âgées de moins de 25 ans	En moyenne, les émoluments communaux se situent entre 0 et 600 francs. Selon l'art. 15, al. 1, let. a et b, du Décret concernant l'admission au droit de cité communal et cantonal et la libération des liens de ce droit de cité, et d'après les renseignements fournis par le Service de la population de la République et Canton du Jura le 4 juillet 2024.	
	Fr. 500 à 1000	Personnes âgées de 25 ans ou plus		
	Art. 6, al. 1, DEmol			
LU	Fr. 350	Personnes majeures	Exemple : Ville de Lucerne	
	Fr. 150	Personnes mineures	Fr. 2300	
	Merkblatt Justiz- und Sicherheitsdepartement vom 1.1.2015 ☞		Bericht Stadtrat von Luzern vom 19.8.2020 B+A 23/2020 ☞	
NE	Fr. 1500	Personnes majeures	Fr. 150	Personnes majeures
	Fr. 650	Personnes mineures	Fr. 150	Personnes mineures
	Fr. 1900	Couples	Fr. 200	Couples
	Art. 16 RLDCN		Art. 16 RLDCN	
NW	Fr. 1000 à 1500	Personnes majeures	Fr. 1400 à 1600 Personnes majeures	
	Fr. 800 à 1300	Personnes mineures	Fr. 1060 à 1260 Personnes mineures	
	Annexe 1-1 à la Verordnung zum Gesetz über die amtlichen Kosten (Gebührenverordnung, GebV) ☞		Annexe 1-1 à la Vollzugsverordnung zum Gesetz über die amtlichen Kosten (Gebührenverordnung, GebV) ☞	
OW	Fr. 500 à 1500		Exemple : Sarnen	
	Art. 25, al. 1, let. a, BRV		Fr. 1200	Adultes dès 18 ans
			Fr. 1800	Couples
			Fr. 200	Enfants jusqu'à 18 ans compris dans le projet des parents
			Fr. 700	Enfants jusqu'à 18 ans qui se font naturaliser seuls
		Einwohnergemeinde, Reglement über Gebühren und Entschädigungen ☞		

³² Selon les informations données par l'Office cantonal de la population et des migrations, Département des institutions et du numérique, le 31 juillet 2024.

Canton	Émoluments cantonaux pour la naturalisation ordinaire en francs	Émoluments communaux pour la naturalisation ordinaire en francs
SG	Fr. 2000 Merkblatt Amt für Gemeinden und Bürgerrecht ☞	Exemple : Ville de Saint-Gall Fr. 1400 Personnes âgées de 25 ans ou plus Fr. 200 Personnes âgées de moins de 25 ans Art. 5 Gebührentarif für Dienstleistungen der Bevölkerungsdienste ☞
SH	Fr. 1000 Art. 16 BüG Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 7. Dezember 2021 an den Kantonsrat betreffend die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes ☞	Fr. 1000 Art. 16 BüG Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 7. Dezember 2021 an den Kantonsrat betreffend die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes ☞
SO	Fr. 200 à 3000 Art. 35, al. 1, du Gebührentarif	Exemple : Ville de Soleure Fr. 1500 Personnes seules Fr. 1800 Couples Einbürgerungsinformationen Bürgergemeinde Solothurn ☞
SZ	Fr. 100–500 Personnes seules Fr. 100–1000 Familles Art. 20, al. 1 et 2, kBüV	Exemple : commune de Schwyz Fr. 2850 Personnes seules, couples et familles Fr. 1350 Élèves, apprentis et étudiants Gebührentarif Gemeinde Schwyz ☞
TG	Fr. 800 Personnes âgées de 18 ans révolus ou plus Fr. 400 Personnes âgées de moins de 18 ans Gratuit pour les enfants compris dans le projet des parents Art. 19, al. 1, ch. 1, KBüV Gebühren Bund und Kanton für ordentliche Einbürgerungen	Exemple : Ville de Frauenfeld Fr. 1550 Personnes seules Fr. 780 Jeunes jusqu'à l'âge de 18 ans révolus Fr. 2350 Couples Site Internet de la Ville de Frauenfeld, Kosten ☞
TI	Fr. 800 Personnes seules Fr. 100 Enfants compris dans le projet des parents Art. 13 RLCCit	Exemple : Ville de Bellinzona Fr. 800 Informations fournies par le Dicastero amministrazione generale, settore servizi centrali, le 23 juillet 2024
UR	Fr. 500 à 1500 au niveau cantonal Justizdirektion, Merkblatt Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Uri ☞	En pratique, les communes s'appuient sur les tarifs appliqués au droit de cité cantonal pour fixer le montant de leurs émoluments. Justizdirektion, Merkblatt Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Uri ☞
VD	Fr. 450 Personnes seules Fr. 550 Familles Art. 32, al. 1, let. a et b, RLDCV	Fr. 100 à 400 Personnes seules Fr. 200 à 500 Familles Site Internet du canton de Vaud ☞
VS	Fr. 600 Personnes seules Fr. 1000 Familles, couples avec ou sans enfants, parents et leurs enfants Service de la population et des migrations, émoluments cantonaux ☞	Exemple : Ville de Sion ³³ Fr. 500 Personnes seules Fr. 300 Mineurs/apprentis Fr. 1000 Familles Dans toutes les communes Fr. 1000 maximum ³⁴

³³ Selon les renseignements fournis par le Service de la sécurité publique, Contrôle des habitants et bureau des étrangers, le 7 août 2024

³⁴ Selon les renseignements fournis par le Service de la population et des migrations, Département de la sécurité, des institutions et du sport, le 26 juillet 2024

Canton	Émoluments cantonaux pour la naturalisation ordinaire en francs	Émoluments communaux pour la naturalisation ordinaire en francs
ZG	Fr. 600 ³⁵	Exemple : Ville de Zoug Fr. 2400 Couples avec ou sans enfants et personnes seules avec enfants Fr. 2000 Personnes majeures Fr. 1600 Personnes mineures Fr. 1200 Étrangers de la deuxième génération Bürgererrat der Stadt Zug, Reglement betreffend Erteilung des Bürgerrechts der Bürgergemeinde Zug ☞
ZH	Fr. 500 Personnes âgées de 25 ans ou plus Fr. 250 Personnes âgées de moins de 25 ans Assouplissements et exonération des émoluments Art. 23, al. 1, KBüV Site Internet du canton de Zurich, Ordentliche Einbürgerung, Gebühren ☞	Exemple : Ville de Zurich Fr. 1200 Personnes âgées de 25 ans ou plus Fr. 500 Personnes âgées de 25 ans ou plus et nées en Suisse Aucun émolument pour les personnes de moins de 25 ans Site Internet de la Ville de Zurich, Gebühren ☞

6 Résultats des recherches

En résumé, les réponses aux questions posées dans le postulat sont les suivantes.

Qui se fait naturaliser ?

En Suisse, les naturalisations concernent principalement les étrangers ayant un bon niveau de formation, les couples avec enfants, les jeunes et les étrangers de la deuxième génération. Les raisons de se faire naturaliser sont une bonne intégration en Suisse, le désir de participer à la vie politique et le sentiment d'appartenance à la Suisse. Les obstacles cités sont les émoluments élevés et la lourdeur de la procédure de naturalisation. Les étrangers ayant un faible niveau de formation citent plus souvent ces raisons et sont plus préoccupés par les examens et les entretiens avec les autorités que les étrangers ayant un bon niveau de formation. Un autre obstacle réside dans le fait que de nombreux étrangers ne souhaitent acquérir la nationalité suisse que si leur pays d'origine leur permet de conserver leur nationalité. Pour les étrangers de la deuxième génération, le fait de ne pas vouloir demander quelque chose (la nationalité suisse) qui semble aller de soi pèse aussi dans la balance. Pour les jeunes hommes, le service militaire obligatoire constitue également un obstacle.

La plupart des étrangers qui peuvent se faire naturaliser souhaitent le faire : pour sept personnes interrogées sur dix, il est important de se faire naturaliser à long terme. Pour les étrangers de la deuxième génération, ce chiffre atteint même près de huit personnes sur dix. Nombre des étrangers interrogés sont bien informés : plus de six personnes interrogées sur dix disent savoir comment fonctionne la procédure de naturalisation et quoi faire pour obtenir la nationalité suisse. Environ quatre étrangers sur cinq qui peuvent être naturalisés déclarent remplir les conditions de naturalisation. Pour les étrangers de la deuxième génération, ce taux se monte à 92 %.

³⁵ Selon les renseignements fournis par la *Direktion des Innern des Kantons Zug, Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst*, le 26 juillet 2024

Pourquoi les étrangers de la deuxième génération ne se font-ils pas naturaliser ?

Les décisions liées à la naturalisation sont le résultat d'une interaction entre les incitations et les obstacles, entre les motivations positives et négatives. Chez toutes les générations d'étrangers, les principaux arguments en faveur de la naturalisation sont la bonne intégration en Suisse et le droit de participer à la vie politique. Nombreux sont ceux qui souhaitent, via la naturalisation, obtenir le droit de vote ou formaliser leur appartenance à la Suisse. Parmi les obstacles souvent cités, on trouve la procédure de naturalisation, parfois lourde, et les émoluments élevés. 56 % des personnes interrogées citent les coûts et 54 % la procédure comme des obstacles significatifs. La procédure est souvent perçue comme trop compliquée et trop chronophage. Les étrangers ayant un faible niveau de formation citent encore plus souvent ces raisons et sont plus préoccupés par les examens et les entretiens avec les autorités que les personnes ayant un niveau de formation élevé. Le fait que beaucoup ne veulent pas renoncer à leur nationalité d'origine, surtout si leur pays d'origine n'autorise pas la double nationalité, constitue un autre obstacle.

Il existe quelques différences entre les générations d'étrangers en ce qui concerne la pertinence des raisons de ne pas se faire naturaliser. Ainsi, il est particulièrement fréquent que les étrangers qui ont grandi en Suisse ne souhaitent pas demander quelque chose qui, de leur point de vue, devrait aller de soi. Pour 55 % des étrangers de la deuxième génération interrogés, c'est un argument important contre la naturalisation ; pour une personne sur cinq, c'est la raison principale. En outre, pour la deuxième génération d'étrangers et les générations suivantes, les coûts sont encore plus importants que pour la première génération. Les jeunes hommes, dont beaucoup appartiennent à la deuxième génération d'étrangers, citent également le service militaire obligatoire comme un argument important contre la naturalisation, mais, en réalité, les hommes en âge d'être astreints au service militaire sont plus nombreux à se faire naturaliser que les hommes plus âgés.

Quels sont les motifs généraux de rejet des demandes de naturalisation ?

La majorité des demandes classées ou rejetées le sont au niveau communal. Le refus d'accorder le droit de cité cantonal est plus rare, le taux correspondant se situant entre 1 et 2 % (dans les cantons qui peuvent fournir des informations à ce sujet). Dans les cantons qui enregistrent la liquidation des demandes aux niveaux cantonal et communal, entre 0 et 20 % des demandes de naturalisation ordinaire sont rejetées ou classées. Les principales raisons de l'échec de la naturalisation au niveau communal sont le manque de connaissances sur le mode de vie, la culture et des particularités géographiques de la Suisse ou le manque de contact avec la population locale. Le refus d'accorder le droit de cité cantonal est principalement basé sur les résultats de la consultation des registres (par ex. consultation du casier judiciaire, vérification des conditions de séjour cantonales).

Quelles sont les motifs spécifiques de rejet des demandes de naturalisation soumises par des étrangers de la deuxième génération ?

Selon les estimations concordantes de sept cantons³⁶, c'est souvent à cause de l'inscription du requérant au casier judiciaire que les demandes de naturalisation des étrangers de la deuxième génération sont rejetées, la réputation financière (par ex. poursuites) étant également mentionnée à plusieurs reprises. En raison du faible nombre de cas étudiés, l'enquête auprès des communes ne permet guère de tirer des conclusions généralisables sur les motifs de refus spécifiques à la deuxième génération d'étrangers. Dans l'ensemble, il semble que les demandes émanant des étrangers de la deuxième génération soient rarement rejetées, car les requérants ont pour la plupart suivi leur scolarité ou leur formation en Suisse. Outre les motifs déjà mentionnés (casier judiciaire, réputation financière), le non-

³⁶ Nidwald, Soleure, Bâle-Campagne, Schaffhouse, Argovie, Neuchâtel, Jura

respect des conditions de séjour ou le manque de connaissances sur le mode de vie, la culture et les particularités géographiques de la Suisse peuvent également entraîner un rejet.

Quelles différences y a-t-il entre les cantons en ce qui concerne le nombre de naturalisations d'étrangers de la deuxième génération et les réglementations cantonales ?

Pour la naturalisation ordinaire, la Confédération édicte des prescriptions minimales, ce qui conduit à des conditions de naturalisation différentes au niveau cantonal. Les données disponibles ne permettent pas d'établir un lien entre les différentes conditions cantonales de naturalisation et la proportion de demandes rejetées ou classées. Les conditions cantonales ont toutefois une influence sur le fait que les étrangers déposent ou non une demande de naturalisation. Dans les cantons où les exigences sont modérément élevées, davantage de demandes sont déposées et davantage de personnes sont naturalisées (par rapport au nombre de personnes qui remplissent les conditions formelles) que dans les cantons où les conditions sont plus strictes. En outre, des émoluments plus élevés vont de pair avec moins de naturalisations. Des émoluments élevés et des conditions de naturalisation strictes ont des effets multiples : ils conduisent à ce que moins de personnes remplissent les conditions requises. De plus, certains étrangers issus de milieux à faible formation et à faible revenu ne se font pas non plus naturaliser, car ils sont dépassés par la complexité de la procédure et voient moins d'avantages à obtenir la nationalité suisse.

Quel est le coût de la naturalisation pour les étrangers de la deuxième génération ?

Il n'existe pas de tarifs spécifiques pour les étrangers de la deuxième génération. Les émoluments perçus correspondent donc à ceux prévus pour la naturalisation d'une personne. L'émolument pour la naturalisation communale d'une personne varie entre 0 et 3500 francs dans les 33 communes interrogées des cantons de Berne, d'Obwald, de Glaris, de Zoug, de Bâle-Campagne, des Grisons et du Jura. Si l'on additionne les émoluments fédéraux, cantonaux et communaux, le coût d'une naturalisation dans ces sept cantons varie entre 600 et 5200 francs.

7 Conclusions

Le Conseil fédéral constate qu'il existe des différences considérables entre les cantons en matière de naturalisation ordinaire. Celles-ci concernent les exigences en matière de durée de séjour, de compétences linguistiques, de connaissance du mode de vie, de la culture et des particularités géographiques de la Suisse, de situation économique et de réputation (voir point 4). Il existe également des différences considérables concernant les émoluments (voir point 5).

Une uniformisation des conditions de naturalisation au niveau national nécessiterait une modification de la Constitution (art. 38, al. 2, Cst.). Le Conseil fédéral est toutefois d'avis qu'un tel transfert de compétences remettrait en question le système fédéraliste à trois niveaux prévu pour l'obtention de la nationalité suisse, lequel a fait ses preuves. Il suggère que les cantons examinent ensemble, sur la base des résultats des recherches, les possibilités qui existent pour simplifier et harmoniser la procédure de naturalisation. Ainsi, la commune et le canton dans lesquels les étrangers déposent leur demande ne seraient plus aussi déterminants. Cela devrait également conduire à une procédure plus efficace avec moins de formalités administratives, en particulier pour les communes, les cantons et la Confédération, mais aussi pour les requérants.

En outre, il serait souhaitable de prévoir des assouplissements qui tiennent encore mieux compte de la grande mobilité des requérants. Cela permettrait d'éviter qu'un changement de domicile au sein d'un même canton ou d'un canton à un autre n'entraîne des retards disproportionnés dans la procédure de naturalisation. Le DFJP, ou plus précisément le SEM, examinera, avec les cantons et les communes, les conclusions qui en sont tirées.

Annexe : étude comparée portant sur plusieurs pays

La présente annexe est un bref résumé de l'étude de droit comparé. Pour plus de détails, nous vous renvoyons à l'étude GLOBALCIT.

Belgique

Résumé du rapport sur la Belgique	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	Cinq ans de résidence légale (absences possibles)
Connaissance de la langue et du pays	• Test de langue de niveau A2 • Pas de test de connaissance de la Belgique
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Non
Acquisition de la nationalité par la naissance	• Les enfants nés en Belgique acquièrent automatiquement la nationalité belge à la naissance si au moins un des parents est né en Belgique et a résidé en Belgique pendant cinq ans au cours des dix années précédant la naissance de l'enfant (double droit du sol). • Les autres enfants nés en Belgique peuvent acquérir la nationalité belge à leur majorité s'ils ont vécu en Belgique jusqu'à cette date. • Les enfants nés en Belgique peuvent être naturalisés par déclaration des parents avant l'âge de 12 ans si les parents ont vécu en Belgique au cours des dix dernières années et si au moins l'un d'entre eux possède un titre de séjour permanent.
Taux de naturalisation en 2022	3,3
Procédure	En Belgique, l'intégration est évaluée sur la base de documents, ce qui limite le pouvoir discrétionnaire. Il reste cependant une certaine marge d'interprétation, car il n'est pas toujours possible de délimiter clairement les exigences.
Recours contre les décisions	Une décision de naturalisation négative peut faire l'objet d'un recours dans un délai de 15 jours. En raison des longs délais d'attente avant que le tribunal ne rende sa décision, les recourants se contentent le plus souvent de déposer une nouvelle demande.
Émoluments	En Belgique, les émoluments s'élèvent à 150 euros. S'y ajoutent des émoluments locaux compris entre 5 et 80 euros. • Naturalisation sur la base de la résidence 230 euros • Acquisition de la nationalité par déclaration 230 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	En Belgique, il n'est pas nécessaire de renoncer à sa nationalité actuelle pour obtenir la nationalité belge. Il ressort des débats parlementaires de 2012 que, si une telle exigence n'a pas été introduite, c'est notamment parce qu'il aurait été difficile pour certains requérants (par ex. les ressortissants marocains, qui constituent l'un des plus grands groupes historiques d'immigrés en Belgique) d'y satisfaire.

Danemark

Résumé du rapport sur le Danemark	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	Neuf ans de résidence permanente (si l'intention réelle est de rester au Danemark, une absence d'un an maximum est autorisée)
Connaissance de la langue et du pays	• Test de langue de niveau B2 • Test de connaissance du Danemark (45 questions en 45 minutes)
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Les personnes qui vivent au Danemark depuis 15 ans ou qui ont moins de 18 ans et qui ont suivi une formation à « caractère danois » peuvent déposer une demande de naturalisation.
Acquisition de la nationalité par la naissance	Non
Taux de naturalisation en 2022	0,9
Procédure	• Décision discrétionnaire • La procédure de naturalisation danoise est centralisée et les demandes sont traitées par le ministère de l'Immigration et de l'Intégration.
Recours contre les décisions	Au Danemark, il n'est pas possible de former recours contre une décision de naturalisation, raison pour laquelle il existe peu de jugements. Jusqu'à récemment, les tribunaux s'abstenaient de traiter les affaires de naturalisation, car celles-ci étaient considérées comme une prérogative du Parlement. Une procédure judiciaire aurait donc constitué une atteinte à la séparation des pouvoirs. Toutefois, en raison d'obligations de droit international, les tribunaux danois ont été contraints ces dernières années de traiter des cas individuels.
Émoluments	Naturalisation sur la base de la résidence 850 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	L'interdiction de la double ou multiple nationalité a été levée en 2015. Jusque-là, l'acquisition de la nationalité danoise impliquait la perte de la nationalité de l'autre État. Inversement, si un citoyen danois prenait une nationalité étrangère, il perdait sa nationalité danoise.

Allemagne

Résumé du rapport sur l'Allemagne	
Remarque	L'Allemagne a modifié sa législation sur la nationalité en 2024. L'étude de droit comparé tient compte de ces changements. Toutefois, le taux de naturalisation se réfère encore à l'ancien droit.
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	Cinq ans de résidence légale (centre de vie en Allemagne)
Connaissance de la langue et du pays	• Test de langue de niveau B1 • Test de connaissance de l'Allemagne (test à choix multiples nécessitant de répondre correctement à au moins 17 questions sur 33)
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Non
Acquisition de la nationalité par la naissance	Les enfants nés en Allemagne acquièrent automatiquement la nationalité allemande à la naissance si l'un des parents réside légalement en Allemagne depuis cinq ans et possède un titre de séjour permanent (droit du sol restreint).
Taux de naturalisation en 2022	1,5
Procédure	Les requérants ont droit à la naturalisation s'ils remplissent toutes les conditions requises. Les autorités ont peu de marge d'appréciation.
Recours contre les décisions	Les requérants peuvent faire recours ou intenter une action en justice auprès de l'autorité compétente, le choix de la voie de recours dépendant du Land.
Émoluments	Naturalisation sur la base de la résidence 255 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	À l'avenir, les naturalisations seront en principe autorisées sans restriction de double ou de multiple nationalité. Les arguments en faveur de ce changement sont la simplification de la naturalisation afin d'augmenter le taux de naturalisation (l'Allemagne est nettement à la traîne par rapport aux autres pays européens), la pratique effectivement appliquée en matière de naturalisation en Allemagne (depuis plus de 15 ans, plus de la moitié des naturalisations sont déjà accordées en acceptant la double ou la multiple nationalité) et le potentiel de conflit pratiquement négligeable dû à la double ou la multiple nationalité.

France

Résumé du rapport sur la France	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	Cinq ans de séjour légal avec résidence permanente en France
Connaissance de la langue et du pays	• Test de langue de niveau B1 ou diplôme délivré dans un contexte francophone • Entretien de naturalisation pour vérifier l'intégration
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	La France a récemment introduit une réglementation basée sur la résidence pendant l'enfance (« fratrie ») : les enfants qui ont immigré avec leurs parents avant l'âge de 6 ans, qui ont été scolarisés jusqu'à l'âge de 16 ans et qui ont (au moins) un frère ou une sœur nés en France (et qui a donc acquis la nationalité française) peuvent acquérir la nationalité française par déclaration. Le Sénat a rejeté cette réglementation, mais elle a été adoptée par l'Assemblée nationale. Cette nouvelle réglementation n'a pas encore été examinée par les tribunaux.
Acquisition de la nationalité par la naissance	• Les enfants nés en France acquièrent automatiquement la nationalité française avant leur majorité s'ils ont eu leur centre de vie en France pendant au moins cinq ans depuis l'âge de 11 ans. • Les enfants nés en France acquièrent la nationalité française par déclaration s'ils sont âgés de 16 ans et ont eu le centre de leurs intérêts en France pendant au moins cinq ans depuis l'âge de 11 ans ou s'ils sont âgés de 13 ans et ont eu le centre de leurs intérêts en France pendant au moins cinq ans depuis l'âge de 8 ans. • Les enfants nés en France acquièrent la nationalité française à la naissance si l'un des parents est né en France (double droit du sol).
Taux de naturalisation en 2022	2,1
Procédure	En France, des circulaires fixent les lignes directrices sur lesquelles les autorités doivent se baser pour prendre leur décision et l'exercice du pouvoir discrétionnaire est soumis à un contrôle judiciaire.
Recours contre les décisions	Une décision de refus de naturalisation peut faire l'objet d'un recours auprès du ministère de l'Intérieur. En cas de rejet du recours, la décision peut être portée devant un tribunal administratif.
Émoluments	• Naturalisation sur la base de la résidence 55 euros • Acquisition de la nationalité par déclaration 55 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	Non

Italie

Résumé du rapport sur l'Italie	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	• Dix ans de séjour permanent pour les ressortissants de pays tiers (les absences pour les études, le travail, les visites familiales ou un traitement médical sont autorisées sur présentation de documents appropriés)

Résumé du rapport sur l'Italie	
	• Cinq ans de séjour pour les réfugiés et les apatrides • Quatre ans de séjour pour les ressortissants de l'UE • Trois ans de séjour pour les personnes dont l'origine italienne est prouvée
Connaissance de la langue et du pays	• Test de langue de niveau B1 (les compétences linguistiques doivent être certifiées par un organisme autorisé) • Pas de test de connaissance de l'Italie
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Il n'existe pas de telles réglementations. Cependant, depuis la fin des années 1990, des efforts ont été déployés pour changer cette situation. Les propositions visaient notamment à subordonner l'acquisition de la nationalité italienne pour les enfants étrangers non nés en Italie à la scolarisation en Italie. Le débat politique sur une éventuelle libéralisation a été renforcé par la forte augmentation du nombre d'enfants étrangers nés en Italie entre 2002 et 2012. Malgré plusieurs initiatives, les tentatives de réforme ont échoué.
Acquisition de la nationalité par la naissance	• Les enfants nés en Italie peuvent, sur demande, acquérir la nationalité italienne à leur majorité s'ils résident légalement en Italie depuis au moins trois ans et si leurs parents ont leur domicile en Italie. • Les enfants nés en Italie peuvent acquérir la nationalité italienne par déclaration un an après leur majorité s'ils résident légalement et de manière ininterrompue en Italie depuis leur naissance et si leurs parents ont leur domicile en Italie.
Taux de naturalisation en 2022	4,2
Procédure	Décision discrétionnaire
Recours contre les décisions	Une décision de refus de naturalisation peut faire l'objet d'un recours dans les 60 jours auprès d'un tribunal administratif régional ou directement auprès du président de la République (le délai de recours est de 120 jours).
Émoluments	• Naturalisation sur la base de la résidence 250 euros • Acquisition de la nationalité par déclaration 250 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	Depuis 1992, les naturalisations sont autorisées sans restriction de double ou de multiple nationalité. Depuis lors, les citoyens italiens ne perdent pas leur nationalité s'ils adoptent une autre nationalité.

Lettonie

Résumé du rapport sur la Lettonie	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	Cinq ans de séjour permanent (absence jusqu'à un an autorisée, sauf immédiatement avant le dépôt de la demande)
Connaissance de la langue et du pays	• Test de langue de niveau B1 (dans les domaines de la lecture, de la compréhension orale et de l'expression orale et écrite ; il faut obtenir au moins 16 points sur 25 dans chaque domaine) • Certaines catégories de personnes ayant fréquenté une école ou une université lettone peuvent être dispensées de tout ou partie des examens portant sur la langue, l'histoire, la culture et la Constitution lettones. • Test de connaissance de la Lettonie
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Non
Acquisition de la nationalité par la naissance	Depuis le 1 ^{er} janvier 2020, les enfants nés en Lettonie acquièrent la nationalité lettone à la naissance, à la demande de leurs parents, si l'un d'eux possède un titre de séjour permanent.
Taux de naturalisation en 2022	0,4
Procédure	Décision discrétionnaire
Recours contre les décisions	Une décision de naturalisation négative peut faire l'objet d'un recours auprès de l'Office de la citoyenneté et des migrations dans un délai d'un mois. En cas de rejet du recours, la décision peut être portée devant un tribunal administratif.
Émoluments	Naturalisation sur la base de la résidence 28 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	La naturalisation implique l'abandon de la nationalité actuelle. Les requérants doivent présenter un certificat de renonciation à leur nationalité ou un certificat de perte de leur nationalité (sauf pour les réfugiés). Les ressortissants des pays membres de l'UE, de l'AELE ou de l'OTAN ainsi que les ressortissants australiens, brésiliens et néo-zélandais sont exemptés de cette exigence. D'autres exceptions peuvent être accordées sur la base d'accords, mais aucun accord de ce type n'a été conclu avant 2023.

Pays-Bas

Résumé du rapport sur les Pays-Bas	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	Cinq ans de séjour ininterrompu et permanent
Connaissance de la langue et du pays	• Test de langue de niveau B1 (réponse à des questions à la suite d'un court film) • Test de connaissance des Pays-Bas

Résumé du rapport sur les Pays-Bas	
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Les enfants nés aux Pays-Bas peuvent demander la naturalisation dès leur majorité s'ils résident légalement aux Pays-Bas depuis leur naissance. Il en va de même pour les enfants qui vivent légalement aux Pays-Bas de manière ininterrompue depuis l'âge de 4 ans. Aucune exigence en matière d'intégration ne s'applique à eux.
Acquisition de la nationalité par la naissance	Les enfants nés aux Pays-Bas acquièrent automatiquement la nationalité néerlandaise à la naissance si leurs parents sont nés aux Pays-Bas et si leurs grands-parents étaient domiciliés aux Pays-Bas. Un séjour légal n'est pas nécessaire pour les grands-parents.
Taux de naturalisation en 2022	4,4
Procédure	Les requérants ont droit à la naturalisation s'ils remplissent toutes les conditions requises. Les autorités ont peu de marge d'appréciation.
Recours contre les décisions	Une décision de naturalisation négative peut faire l'objet d'un recours auprès du ministère compétent dans un délai de six semaines. Si la demande est rejetée une seconde fois, un recours peut être déposé auprès du tribunal de district.
Émoluments	- Naturalisation sur la base de la résidence 970 euros - Acquisition de la nationalité par déclaration 206 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	La naturalisation implique en principe l'abandon de la nationalité actuelle. Des exceptions sont prévues pour les personnes nées aux Pays-Bas, les partenaires de ressortissants néerlandais et les réfugiés reconnus. La renonciation à la nationalité d'origine doit se faire par une déclaration dans laquelle la personne s'engage à faire tout ce qui est en son pouvoir pour renoncer à sa nationalité.

Autriche

Résumé du rapport sur l'Autriche	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	Dix ans de séjour légal, dont titre de séjour permanent pendant les 5 ans qui précèdent le dépôt de la demande (absence de 20 % maximum au cours des dix ans autorisée)
Connaissance de la langue et du pays	- Test de langue de niveau B1 (certificat de langue délivré par un institut reconnu) - Test de connaissance de l'Autriche (test à choix multiples de 18 questions au total)
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Non
Acquisition de la nationalité par la naissance	L'acquisition de la nationalité par la naissance n'est possible que dans un nombre de cas très limité. Pour les personnes nées en Autriche, un séjour légal et ininterrompu de six ans est requis. Il n'est pas nécessaire d'être titulaire d'un titre de séjour permanent. Aucun autre assouplissement n'est prévu.

Résumé du rapport sur l'Autriche	
Taux de naturalisation en 2022	0,7
Procédure	Depuis les années 1960, les décisions discrétionnaires doivent être motivées, ne doivent pas être prises de manière arbitraire et peuvent faire l'objet d'un recours devant les tribunaux administratifs. Parallèlement, les critères de naturalisation reposent parfois sur des notions juridiques imprécises, ce qui laisse une marge d'interprétation. Même dans les procédures où il existe un droit à la naturalisation, les autorités disposent d'une marge d'appréciation considérable.
Recours contre les décisions	Une décision de naturalisation négative peut faire l'objet d'un recours auprès des tribunaux administratifs des Länder. Si le recours porte sur une question juridique d'importance fondamentale, il est transmis au tribunal administratif fédéral.
Émoluments	Naturalisation sur la base de la résidence jusqu'à 2765 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	En principe, la nationalité actuelle doit être abandonnée avant la naturalisation ou dans les deux ans suivant l'acquisition de la nationalité autrichienne. Les exceptions ne sont autorisées par la loi que dans des cas très limités.

Portugal

Résumé du rapport sur le Portugal	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	Cinq ans de séjour avec titre de séjour légal
Connaissance de la langue et du pays	• Test de langue de niveau A2 • Pas de test de connaissance du Portugal
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Non
Acquisition de la nationalité par la naissance	• Les enfants nés au Portugal acquièrent automatiquement la nationalité portugaise à la naissance si l'un des parents réside légalement au Portugal ou vit au Portugal depuis au moins un an, qu'il possède ou non un titre de séjour (droit du sol restreint). • Les enfants nés au Portugal acquièrent automatiquement la nationalité portugaise à la naissance si l'un des parents est né au Portugal et réside au Portugal au moment de la naissance, indépendamment du type de titre de séjour ou du fait qu'il s'agisse d'un séjour légal ou illégal. • Les enfants nés au Portugal peuvent obtenir la nationalité portugaise à l'âge de 16 ans s'ils ont une connaissance suffisante de la langue, s'ils n'ont pas de casier judiciaire, s'ils ne représentent pas une menace pour la sécurité nationale et si soit l'un des parents a vécu au Portugal pendant au moins les cinq années précédant le dépôt de la demande, soit l'un des parents vit au Portugal muni d'un titre de séjour, soit le

Résumé du rapport sur le Portugal	
	jeune a terminé au moins l'enseignement primaire, secondaire ou professionnel au Portugal.
Acquisition de la nationalité sur la base de l'origine	Les requérants majeurs descendants de ressortissants portugais peuvent demander la naturalisation s'ils ont vécu au Portugal pendant au moins les cinq années précédant le dépôt de la demande, en possédant ou non un titre de séjour, s'ils ont des connaissances linguistiques suffisantes, s'ils n'ont pas été condamnés à une peine de prison et s'ils ne représentent pas une menace.
Taux de naturalisation en 2022	3,2
Procédure	Les requérants ont droit à la naturalisation s'ils remplissent toutes les conditions requises. Les autorités ont peu de marge d'appréciation.
Recours contre les décisions	Une décision de naturalisation négative peut faire l'objet d'un recours dans un délai de 30 jours auprès de l'autorité qui l'a rendue. Après examen, le recours est transmis au ministère de la Justice, qui prend la décision finale. Dans certains cas, un examen par les tribunaux administratifs est également possible.
Émoluments	Naturalisation sur la base de la résidence 250 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	Non

Suède

Résumé du rapport sur la Suède	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	• Cinq ans de séjour permanent • Deux ans pour les ressortissants des pays nordiques • Quatre ans pour les réfugiés et les apatrides
Connaissance de la langue et du pays	• Pas de test de langue • Pas de test de connaissance de la Suède
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Les enfants en séjour permanent et résidant en Suède depuis trois ans peuvent demander leur naturalisation par déclaration jusqu'à l'âge de 18 ans.
Acquisition de la nationalité par la naissance	Non
Taux de naturalisation en 2022	10,6
Procédure	• Décision discrétionnaire • Les requérants doivent prouver qu'ils remplissent les conditions de naturalisation.
Recours contre les décisions	Toute décision de refus de naturalisation peut faire l'objet d'un recours auprès du tribunal des migrations compétent. Pour les questions d'interprétation de la loi, il est possible de saisir l'instance supérieure.
Émoluments	• Naturalisation sur la base de la résidence 135 euros • Acquisition de la nationalité par déclaration 16 euros

Résumé du rapport sur la Suède	
Restrictions à la double ou multiple nationalité	Non

Royaume-Uni

Résumé du rapport sur le Royaume-Uni	
Exigence en matière de séjour pour l'acquisition de la nationalité	Cinq ans de séjour (absences de 90 jours maximum par an autorisées et pas plus de 90 jours au cours des 12 mois précédant la demande)
Connaissance de la langue et du pays	- Test de langue de niveau B1 - Test de connaissance sur le Royaume-Uni (24 questions en 45 minutes)
Acquisition de la nationalité par résidence / scolarisation dans l'enfance	Non
Acquisition de la nationalité par la naissance	Les enfants nés au Royaume-Uni acquièrent automatiquement la nationalité britannique à la naissance si l'un des parents réside légalement au Royaume-Uni. Les enfants nés au Royaume-Uni peuvent, sur demande, acquérir la nationalité britannique avant leur majorité s'ils n'ont pas vécu à l'étranger plus de 90 jours avant l'âge de 10 ans.
Taux de naturalisation en 2021³⁷	2,2
Procédure	Décision discrétionnaire
Recours contre les décisions	Il est possible de demander un nouvel examen de la demande. Il n'existe pas de procédure formelle de recours, mais les refus peuvent faire l'objet d'un contrôle judiciaire par la High Court s'ils sont illégaux ou abusifs. Toutefois, en pratique, les contestations aboutissent rarement.
Émoluments	- Naturalisation sur la base de la résidence 1745 euros - Acquisition de la nationalité par déclaration 1412 euros
Restrictions à la double ou multiple nationalité	Non

³⁷ Le taux de naturalisation pour le Royaume-Uni a été calculé en utilisant les données de l'Office for National Statistics, car Eurostat n'indique ce taux que jusqu'en 2019 pour le Royaume-Uni. La comparaison avec des données plus anciennes montre qu'il existe de légères différences entre les deux sources de données. Les taux de naturalisation « bruts » présentés par l'OFS pour la Suisse sont légèrement plus élevés que les taux présentés par Eurostat. Cela s'explique par des définitions légèrement différentes de la population résidente permanente.